universität wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Kollektive Identität in der Europäischen Union –
Die ungelöste Finalitätsfrage als Problem“

verfasst von

Melanie Schörkhuber, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 066 824
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Masterstudium Politikwissenschaft
Betreuer:	Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

1. **Einleitung** 7
   - 1.1 Problemstellung 7
   - 1.2 Forschungsfragen 9
   - 1.3 Methodische Herangehensweise 9
   - 1.4 Aufbau der Arbeit 10
2. **Kollektive Identität** 11
   - 2.1 Was bedeutet kollektive Identität? 11
   - 2.2 Multiple Identitäten 14
   - 2.3 Politische kollektive Identität 17
   - 2.4 Konstruktion kollektiver Identität 20
3. **Nationale Identität** 25
   - 3.1 Die Nation als kollektive Identität 25
   - 3.2 Entstehung der Nationen in Europa 26
   - 3.3 Nationalismus 30
4. **Europäische Identität** 33
   - 4.1 Entstehen der Europäischen Idee 33
   - 4.2 Geschichte der Europäischen Integration 38
   - 4.3 Identität in der Europäischen Union 47
     - 4.3.1 Politische Implikationen europäischer Identität 49
   - 4.4 Daten und Umfragen 52
     - 4.4.1 Einstellungen gegenüber der Europäischen Union 52
     - 4.4.2 Identifikation mit der Europäischen Union 54
     - 4.4.3 Einstellungen gegenüber Erweiterungen und „Anderen“ 57
   - 4.5 Konkurrenz zwischen Nationalstaaten und EU 59
   - 4.6 *Identity Building* der Europäischen Union 66
     - 4.5.1 Kulturelle Dimension 67
     - 4.5.2 Institutionelle Dimension 70
     - 4.5.3 Prozessbezogene Dimension 72
     - 4.5.4 Individuelle Dimension 74
     - 4.5.5 Exogene Faktoren 75

5. **Der Finalitätsdiskurs** 79
5.1 Finalität 79
5.1.1 Was ist die EU? 79
5.1.2 Integrationstheorien und Integrationsziele 81
5.1.3 Finalitätstheorien und Finalitätsdiskurse 83
5.2 Grenzen 87
5.2.1 Historische Abgrenzung Europas 87
5.2.2 Gemeinsames Gedächtnis 89
5.2.3 Aktuell 90
5.3 Erweiterung 93
5.3.1 Island, Schweiz, Norwegen 95
5.3.2 Länder des Balkans 96
5.3.3 Osteuropa 98
5.3.4 Die Türkei 99
5.4 Inklusion und Exklusion 102
5.4.1 Binnendefinition und Homogenisierungsprozesse nach innen – „Wer sind wir?“ 105
5.4.2 Außenabgrenzung und Differenzbildung – „Wer sind die Anderen?“ 108
6. **Conclusio** 113
7. **Quellenverzeichnis** 117
7.1 Literaturverzeichnis 117
7.2 Internetquellen 125

Anhang

Abstract 131
Curriculum Vitae 133

1. Einleitung

1.1 Problemstellung

Die Thematik einer europäischen kollektiven Identität, oder auch Bürgeridentität im politischen Sinne, ist für die Europäische Union (EU) zentral in Fragen nach Legitimität, Demokratie, Finalität, Integration sowie Solidarität ihrer Bürger. Der *permissive consensus* der 50er und 60er Jahre, bei dem das Einverständnis oder die Gleichgültigkeit der Bevölkerung den EU-Eliten freie Hand im Integrationsprozess gewährte, ist zu Ende und die Kluft zwischen Eliten und öffentlicher Meinung[1] beachtlich (vgl. Kaina 2009: 15 f.). In dem Handlungsspielraum, den die EU heute besitzt und benötigt, darf sie aber kein Elitenprojekt mehr sein – denn ohne einen europäischen *Demos* fehlt ein zentraler Bestandteil dieses politischen Gebildes, der für die Zukunft der Union vital ist.

Die Thematik mag durchaus umstritten, unklar definiert oder mit ambivalenten Meinungen und Forschungen belegt sein – die Relevanz einer europäischen kollektiven Identität ist aber unumstritten hoch. Die Europäische Union hat dies durchaus erkannt und versucht anhand von *Identity Building* Maßnahmen einzugreifen und zu lenken. Empirische Daten zeichnen in der Frage, wie es um das Zugehörigkeits- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Unionsbürger[2] steht, ein düsteres Bild. Warum? Was steht der Bildung und Konstruktion eines kollektiven europäischen Wir-Gefühls im Weg? Viele Faktoren und Facetten spielen in diesem Gebiet eine Rolle und zahlreiche Forschungsarbeiten und Wissenschaftler haben sich diesem Thema gewidmet, einerseits zu der zweifelsohne wichtigen Frage, welche Konsequenzen sich aus einem fehlenden *Demos* ergeben, etwa im Demokratie- und Legitimitätsdiskurs. Andererseits gibt es auch diverse Publikationen, die eine Ebene zuvor ansetzen und sich mit der Frage beschäftigen, wie kollektive Identität überhaupt entstehen kann und was ihr im Falle der EU entgegen steht. Dies ist auch die Ebene an der die vorliegende Masterarbeit anknüpfen möchte, denn „*without understanding the mechanisms that prevent a European 'demos' from materializing, it is hard to gauge the chances of transcending the nation-state as the prime locus of political identification*“ (Cederman 2001: 140). Insbesondere soll dabei auf das Paradox der

[1] vgl. eine Untersuchung von Liesbeth Hooghe 2003 (zitiert nach Kaina 2009: 15 f.).

[2] Die Autorin dieser Masterarbeit möchte auf zwei Dinge hinweisen: Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurde in manchen Fällen auf die Ausformulierung der weiblichen und männlichen Form verzichtet. Die Verwendung des generischen Maskulinums als gleichgeschlechtliche Schreibweise soll aber explizit kein Werturteil darstellen und meint etwa Europäer und Europäerinnen gleichermaßen. Auch wurde darauf verzichtet, die Übernahme der neuen Rechtschreibung in älteren Zitaten explizit gemäß [sic!] auszuweisen. Dabei handelt es sich nur um Veränderungen von „ß“ zu „ss“.

Finalitätsfrage in der EU eingegangen werden, denn in der psychologischen Bildung von Gruppenidentität (vgl. z.B. Kaina 2009) führt mehr Exklusion zu mehr Zusammenhalt, braucht Identität immer Alterität und „das Andere“ (vgl. Reinhard 1995: 132). Dies wiederspricht aber einerseits dem Grundgedanken der Nichtdiskriminierung in der Europäischen Union und durch den unabgeschlossenen und undefinierten Erweiterungsprozess gibt es auch keine „Anderen“, deren Abgrenzung für das Entwickeln einer kollektiven Identität essentiell ist. Wie kann dieser Widerspruch überwunden werden? Kann eine Gemeinschaft sich als Gemeinschaft fühlen, wenn es keine abgeschlossenen Grenzen oder Zugehörigkeiten gibt? Wie kann im Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten eine kollektive Identität entstehen, wenn Nicht-EU-Länder am Binnenmarkt teilnehmen, EU-Länder aber nicht an der Gemeinschaftswährung? Wer stellt die „*Outgroup*“ dar, die fundamental wichtig ist für die Entwicklung einer „*Ingroup*“? Werden in der Krise die Nationalstaaten zu den „Anderen“?

Drei Punkte erscheinen in der Beantwortung dieses Fragenkomplexes besonders relevant. Zum Ersten ist es unumgänglich, die starken nationalstaatlichen Identitäten in Europa mit einzubeziehen – einerseits, weil diese Art der kollektiven Identität über die letzten 200 Jahre maßgeblich beeinflussend war und andererseits, weil heute dadurch ein Gegenpol zu einer möglichen europäischen Identität besteht, der auch auf Inklusions- und Exklusionsprozesse Auswirkungen hat.

Zum Zweiten sind die EU selbst, die Entstehung einer „europäischen Idee“ und ihre Geschichte ein zentraler Anhaltspunkt dafür, wo wir heute in Europa stehen – in Folge gilt es, auch den Erweiterungs-, Integrations- und Finalitätsdiskurs in der Union zu beleuchten, um schließlich zu untersuchen, wer die *Outgroup* für ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl darstellt oder darstellen kann.

Und zum Dritten spielen auch die Konstruktionsansätze der EU eine Rolle. Diese hat bisher ohne großen Erfolg versucht, durch verschiedene Mechanismen das Kollektiv ihrer Bürger anzusprechen und ist in dem Versuch, ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl zu konstruieren, auch in Konkurrenz zu nationalstaatlichen Identitäten getreten. Wie wird der Finalitätsdiskurs hier adressiert? Wie wird mit möglichen Beitrittskandidaten umgegangen?

1.2 Forschungsfragen

Die forschungsleitende Problemstellung „Welchen Einfluss hat die ungelöste Finalitätsfrage der EU auf die Bildung einer kollektiven Identität?“ führt zu den folgenden Forschungsfragen:

1. Was sind die Voraussetzungen für die Bildung einer kollektiven europäischen Identität und wie sehr ist diese ausgeprägt?
2. Wie manifestiert sich die Konkurrenz zwischen Nationalstaaten und EU um das Legitimitätsmonopol der kollektiven Identität?
3. Wer spielt in Inklusionsprozessen eine wichtige Rolle, bzw. wer ist die wahrgenommene *Ingroup* und wer die *Outgroup* der Europäer und Europäerinnen?
4. Welche Konzepte verfolgt die Europäische Union im *Identity Building*? Welche Konzepte werden im Finalitäts- und Erweiterungsdiskurs verfolgt?

1.3 Methodische Vorgehensweise

Die Themen Identität im Allgemeinen und Prozesse der Inklusion und Exklusion im Besonderen sind kontextgebunden, sich ständig wandelnd und sehr schwer zu greifen. Dies gilt auch für eine wissenschaftliche Erfassung. Fragebögen und Interviews bieten daher auch ein sehr limitiertes Potenzial des Erkenntnisgewinns, weil sie eine bestimmte diskursive Umgebung schaffen, die beeinflusst. Und die Erkenntnis, dass Menschen oft andere Dinge tun, als sie sagen, ist in der Sozialwissenschaft kein Novum (vgl. Meinhof 2004: 227). Im Rahmen dieser Masterarbeit erscheint es also nicht sinnvoll, zusätzliche eigene Daten anhand von Umfragen, Experimenten oder Interviews zu erheben. Insbesondere auch, da die Fülle an vorhandenen Daten, etwa durch Eurobarometer-Untersuchungen oder wissenschaftliche Experimente zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommt. Auch stellt sich die Frage, wenn Europa für viele Menschen unterschiedliche Dinge bedeutet, wie aussagekräftig dann Umfragedaten sind (vgl. Risse 2004: 252 f.)? Zur konkreten Thematik Inklusion und Exklusion in der EU kann laut Kaina auch die schlechte und unvollständige Forschungslage bemängelt werden (vgl. Kaina 2009: 147).

Es erscheint daher wichtiger, die vorhandenen, teilweise sehr gut aufbereiteten Umfragedaten und Untersuchungen gemeinsam mit einer fundierten Literaturrecherche in

Zusammenhang zu bringen, um somit einen Grundstein für zukünftige Forschung zu legen, anstatt eine weitere Untersuchung in einem nicht ausreichenden Rahmen durchzuführen.

1.4 Aufbau der Arbeit

Zunächst soll ein theoretischer Überblick über die Bedeutung, Deutung und Konstruktion kollektiver Identität geschaffen werden, nähere Betrachtung verdienen dabei die Punkte einer politischen kollektiven Identität und das Konzept der multiplen Identitäten, die für den europäischen Kontext besonders relevant erscheinen. Im nächsten Kapitel wird die Entstehung der Nationen als kollektive Identitäten in der europäischen Geschichte, aber auch das Phänomen des Nationalismus behandelt. Im Kapitel zur Europäischen Identität soll zuerst ein vor allem historischer Überblick über die Entstehung Europas als Idee und die Entstehung der Europäischen Union selbst geschaffen werden, bevor explizit auf die europäische kollektive Identität in theoretischer sowie empirischer Hinsicht eingegangen wird. Daraufhin folgt auch die Beschäftigung mit den zahlreichen Bereichen des *Identity Buildings* der EU. Dem folgend werden unter dem Schlagwort Finalitätsdiskurs die Finalität und Integration der EU sowie Implikationen der Grenzen und Erweiterung behandelt, um schließlich Inklusions- und Exklusionsmechanismen sowie Projektionsflächen anzusprechen, die in Europa und der EU als „die Anderen“ fungieren (können).

Den Abschluss bilden eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse und ein Versuch, die Frage zu beantworten, welchen Einfluss die ungelöste Finalitätsfrage auf die Bildung kollektiver europäischer Identität nimmt.

2. Kollektive Identität

2.1 Was bedeutet kollektive Identität?

„Historisch gesehen orientiert sich die Selbstbeschreibung von Gesellschaft im Modus der kollektiven Identitätsbildung an folgendem Ausgangsproblem: die Erfahrung der Vielfalt von Gesellschaft und die Bestimmung eines Zugehörigkeitsverhältnisses der Teile zu ihrem Ganzen“ (Trenz 2005: 374.) Ohne Frage ist das Konzept einer kollektiven Identität schwierig zu definieren, in dem zahlreiche Faktoren eine Rolle spielen und in dem unterschiedliche disziplinäre Zugänge herrschen (vgl. Kaina 2009: 39). Die Bedeutungen und Operationalisierungen des Begriffs in den verschiedenen Disziplinen und auch innerhalb der Politikwissenschaft sind heterogen, ja sogar ambivalent. Kaina arbeitet dazu aber einige zentrale konstitutive Gemeinsamkeiten kollektiver Identitäten heraus, die eine gute Orientierung und einen Ausganspunkt für Ergänzungen bieten.

Erstens, kollektive Identität wird in Anlehnung an Esser (vgl. 2001: 341 f.) als emotionale Unterdimension von sozialer Identität gesehen. Soziale Identität beinhaltet die Vorstellungen und Modelle, die ein Individuum über sich selbst in typischen sozialen Situationen sowie über Beziehungen zu anderen Akteuren, die soziale Kategorien repräsentieren, hat. Es handelt sich dabei um Rollen- und Interaktionsprozesse der gegenseitigen Identifikation, um den Link zwischen Individuen und Gruppen oder Gemeinschaften. Einerseits besteht hier eine Ebene, auf der ein Individuum Erwartungen an andere, generalisierte Individuen stellt, andererseits gibt es die Ebene, auf der sich das Individuum mit einem Kollektiv, einer Gruppe identifiziert und dieser zugehörig fühlt (vgl. Kaina 2009: 40, Herrmann/Brewer 2004: 5).

Zweitens, darüber hinaus erscheint es sinnvoll, bei kollektiver Identität von zwei Ebenen zu sprechen: Einer individuellen und einer kollektiven. Dabei geht es einerseits um die interne Selbstidentifikation, das Selbstbild des Individuums und andererseits um das Selbstbild des Kollektivs, anhand dessen es sich als Gemeinschaft darstellt und extern wahrgenommen wird (vgl. Karolewski 2011: 937). Voraussetzungen dafür sind der Wille zur Zusammengehörigkeit, die gegenseitige Anerkennung als Mitglieder des Kollektivs und demzufolge die Anerkennung als „Gleiche“ (vgl. u.a. Eisenstadt/Giesen[3] 1995: 74, zitiert nach Kaina 2009: 42). Der besondere Unterschied von sozialen Identitäten zu individuellen liegt auch in der Konzeption von „*shared representations of a collective self*“ (Herrmann/

[3] Eisenstadt, Shmuel Noah/ Giesen, Bernhard (1995): The Construction of Collective Identity. In: European Journal of Sociology 36. S. 72-102.

Brewer 2004: 6). Eine Identität des Ichs kann sich nur durch die übergreifende Identität einer Gruppe ausbilden, während die Identität einer Gruppe, oder vielmehr „des Anderen", natürlich auch von den einzelnen Individuen abhängt (vgl. Habermas 1992: 96). Im Verständnis einer kollektiven Identität ist es also wichtig, auch die individuelle Identität zu verstehen: „die Gesamtheit der von einem Akteur gehaltenen Erwartungen und Bewertungen, insbesondere die im Gedächtnis gespeicherten Modelle von Situationen und Handlungen, der Frames und Skripte also, macht seine Identität oder sein Selbst aus" (Esser 2001: 335).

Drittens, Gefühle und Kognition sind beide gleichermaßen relevant für die Entstehung kollektiver Identitäten. Denn man kann davon ausgehen, dass vor Gefühlen der Zugehörigkeit zu einer Gruppe auch das Bewusstsein der Mitgliedschaft zu dieser sowie die Relevanz dieser Gruppe für die Selbst-Identifikation gegeben sein sollten (vgl. Kaina 2009: 42).

Viertens, Voraussetzung für das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist die Wahrnehmung des Kollektivs als wertvoll, insbesondere wenn „kostbare" Gemeinsamkeiten geteilt werden (vgl. Estel 1997: 79 f., Kaina 2009: 44). Bei sehr großen Gruppen kann diese Bedeutsamkeit nur eintreten, wenn die kostbaren Gemeinsamkeiten allen anonymen Gruppenmitgliedern unterstellt werden können. Bei dieser Art von Gruppen handle es sich daher um „*imagined communities*", wie Anderson in Bezug auf Nationen, aber auch grundsätzlich alle größeren Gemeinschaften, feststellt: „*It is imagined because members of even the smallest nation will never know most of their fellow-members … yet in the minds of each lives the image of their communion*" (vgl. Anderson 1993: 6). Erst dadurch wird die Interaktion zwischen Gruppenmitgliedern ein zentraler Faktor in kollektiven Identitätskonstruktionen, denn „erst wenn die Kategorie, der Personen angehören, tief greifende Konsequenzen in Form veränderter sozialer Interaktionsmuster verursacht, wird die Zuweisung zu einer bestimmten Kategorie relevant für die Selbst-Identität dieser Person" (Fuss/Grosser 2006: 213 f.).

Fünftens, „Andere" sind unentbehrlich für den Identitätsbegriff, bereits auf psychologischer und individueller Ebene (vgl. Kaina 2009: 40). Inklusion und Exklusion sind fundamentale Strategien der Identitätsbildung bzw. der Identitätskonstruktion. „*Codes of distinction*" zur Grenzziehung zwischen drinnen und draußen, *Ingroup* und *Outgroup*, „uns" und „denen" sind wichtige Voraussetzung, um sich gegenseitig als Gruppenmitglied anzuerkennen und gemeinsame Charakteristika im Unterschied zu „Anderen" zu stereotypisieren. Europäische Identität verlangt also Identifikation mit einer Eigengruppe

und Abgrenzung von einer Fremdgruppe (vgl. z.B. Esser 2001: 452, Hettlage 1999: 246, von Bogdandy 2005: 339, Karolewski 2011: 937 f.). Auch persönliche Identität braucht das Andere zur Anerkennung, zur Rückkoppelung, und auch in einer Gruppe kommt immer wieder die Frage auf, „Wer sind wir?" – durch das Zuschreiben von angenommenen oder echten Charakteristiken, die uns von anderen unterscheiden, entstehen emotionale Bindungen (vgl. Hettlage 1999: 244-245). „*It is one of the peculiarities and paradoxes of both individual and collective self-description that it need not only the other as addressee, but that it must also give itself an image and profile in opposition to the other. It would seem that identity is not to be defined as something positive in itself, but only in distinction from others*" (Hettlage 1999: 246). Die Dialektik der Identität bewegt sich also zwischen Inklusion und Exklusion, typischerweise können dabei Krisen Möglichkeiten sein, entsprechende Strategien dafür zu formulieren (vgl. Hettlage 1999: 247). In Anlehnung an die Soziale Identitätstheorie von Henri Tajfel bedürfen kollektive Identitäten sowohl einer Binnendefinition zur Bildung der Eigengruppe als auch der Außenabgrenzung von Fremdgruppen. Abneigung gegenüber anderen ist nicht automatisch gegeben, kann aber etwa bei Bedrohung oder knappen Ressourcen aktiviert werden. Das Streben nach einer belastbaren kollektiven europäischen Identität birgt also auch das Risiko einer „dunklen Seite" in Verbindung mit Nationalismus bzw. Eurozentrismus (vgl. Kaina 2009: 45). Aber auch positive Gefühle der *Ingroup* gegenüber sind nicht notwendig – die neutrale Wahrnehmung, dass man zur selben Gruppe gehört, reicht für ein Zugehörigkeitsgefühl aus (vgl. von Bogdandy 2005: 339). Ebenfalls relevant in Tajfels Theorie ist, dass Menschen immer nach einem möglichst positiven Selbstbild streben, also auch nach einer möglichst positiven kollektiven Identität. Wenn nun Vergleiche mit relevanten Fremdgruppen aber negativ ausgehen, also ein positives Selbstbild bedrohen, dann kann der Akteur auch die Mitgliedschaft zu seiner Binnengruppe aufgeben (vgl. Esser 2001: 452 f.). In europäischer Hinsicht kann hier ein Problem identifiziert werden, da nicht klar ist, wer dazu gehört und wer nicht – Identitätsbildung kann nur mit Grenzziehung einhergehen und eine stärkere Identität bedeutet gleichzeitig mehr Exklusion. Dies steht im Gegensatz zu den fundamentalen Europäischen Werten der Gleichheit, Freiheit und Pluralismus, wie etwa Stråth anmerkt, der in Folge sogar das Konzept der europäischen Identität verwirft (vgl. Stråth 2002: 397 f.).

Zusammenfassend definiert Kaina (vgl. 2009: 47) kollektive Identitäten als „komplexe Konstrukte, die neben emotionalen Facetten kognitive, evaluative und konative Elemente einschließen", und sieht darin die persönliche Identifikation mit einem Kollektiv auf individuelle Ebene. Kaina unterstreicht dabei, dass es sich nicht „nur" um ein Gefühl der

Zughörigkeit handelt, sondern vielmehr um einen Prozess, der stattfindet. Identitäten sind Konstruktionen, die auf Strategien von Exklusion und Inklusion beruhen. Kuhn (vgl. 2006: 995f) kommt in ihrem Versuch, die zentralen Thesen in der Forschung zur kollektiven Identität herauszuarbeiten, zu einem ähnlichem Ergebnis.

Es kann nicht die Rede davon sein, dass diese Aufzählung vollständig oder nicht umstritten wäre, es gibt durchaus auch andere interessante Ansätze zur Konzeptualisierung von kollektiver Identität, die aus Platzmangel aber nicht alle thematisiert werden können. Ein erwähnenswerter Ansatz ist jedoch die *Identity Process Theory* von Glynis Breakwell, die die Unterscheidung von sozialer und individueller Identität verlässt und von einer einzigen Identität spricht, die aber aus vielen verschiedenen Elementen besteht. Neue Identitäten können also nicht hinzugefügt werden, aber die holistische Identitätsstruktur kann modifiziert werden und sich anpassen, z.B. eben an eine europäische Dimension (vgl. Breakwell 2004: 28 f.).

2.2 Multiple Identitäten

Nationale Identitäten gelten den meisten Europäern als „primärer Bezugspunkt ihrer politischen Loyalität“ (Kaina 2009: 58). Deshalb ist eine vernünftige Ausbildung einer europäischen Identität dann am sinnvollsten, wenn sie nicht um die Vorherrschaft mit der nationalen Identität in Konflikt treten muss, sondern man davon ausgeht, dass verschiedene Identitäten nebeneinander existieren können bzw. ein Mensch multiple Identitäten aufweisen kann. Identitäten sind durchaus zu Wandel fähig: „Die Ich-Identität des Erwachsenen bewährt sich in der Fähigkeit, neue Identitäten aufzubauen und zugleich mit den überwundenen zu integrieren, um sich und seine Interaktion in einer unverwechselbaren Lebensgeschichte zu organisieren“ (Habermas 1995: 95).

Mittlerweile gibt es trotz Gegenstimmen auch den verbreiteten Konsens in der Forschung, dass Identitäten nicht exklusiv sind und basierend auf dem „Modell konkordanter Bindungen“ nach Westle mehrere kollektive Bindungen ohne Loyalitäts- oder Relevanzkonflikte bestehen können (vgl. Kaina 2009: 58, Westle 2003: 455, Esser 2001: 439). Durch eine Analyse von Eurobarometeruntersuchungen, zwischen 1992 und 2005, lässt sich diese Annahme weitgehend[4] empirisch bestätigen, dass die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union nationale und europäische Identifikationsbezüge als vereinbar ansehen, mit der Angabe sich in der Zukunft als europäisch *und* jeweils

[4] mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1999

nationalstaatlich zugehörig zu fühlen. Wenn man allerdings nur die Zahlen nach den Identifikationsbezügen ohne die Option „beides“ ansieht, wird ein starkes Gefälle sichtbar: ein sehr geringer Prozentsatz sieht sich als „nur europäisch“ an, während einige Staaten sogar Renationalisierungsprozesse erkennen lassen, wie etwa Großbritannien und Irland (vgl. Kaina 2009: 58-63). Westle unterscheidet auf europäischer Eben verschiedene Identitätskonfigurationen, entlang den Linien Regionen, Nationen und EU/Europa, die in allen verschiedenen Kombinationen existieren (vgl. Westle 2003: 455 f.). Auch das Unionsrecht selbst geht davon aus, dass nationale und europäische Identität sich nicht ausschließen müssen und multiple kollektive Identitäten möglich sind, sich im besten Falle sogar gegenseitig stützen können (vgl. von Bogdandy 2005: 360).

Damit multiple Identitäten ohne psychologischen Stress vereinbar sind, wird vorausgesetzt, dass die Bindungen an diese Gemeinschaften oder die Gemeinschaften selbst nicht miteinander in Konflikt geraten (Kaina 2009: 64). Es gibt verschiedene Konzeptualisierungen, wie multiple Identitäten nebeneinander existieren können, am fruchtbarsten für diese Arbeit und auch am besten empirisch untermauert ist die Vorstellung von *Nested identities* (oder auch *Russian Doll Modell)*: hier wird angenommen, dass die multiplen Identitäten auf unterschiedlichen Ebenen koexistieren, und wie verschiedene Schichten ineinander eingebettet sind. Ein Beispiel hierfür wären die föderalen Strukturen, die sich auch empirisch in den Eurobarometeruntersuchungen wiederfinden lassen, wenn Befragte ihre Verbundenheit zur Heimatstadt, der Heimatregion, dem Heimatland und Europa ausdrücken. Es muss festgehalten werden, dass trotz nationalen Unterschieden das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa sichtbar schwächer als zu den anderen föderalen Strukturen ausgeprägt ist (im Schnitt knapp 50 %, während Stadt, Region oder Land auf durchschnittlich um die 80 % rangieren), dennoch kann somit gezeigt werden, dass in den Köpfen vieler Unionsbürger unterschiedliche Identitäten vereinbar sind (vgl. Kaina 2009: 64 f., Standard Eurobarometer 2012: 8, Herrmann/ Brewer 2004: 8). Der Gedanke der Mehrfachzugehörigkeit „erlaubt eine Verbindung, und damit gleichzeitig eine Entschärfung traditionell nationalstaatlich orientierter Homogenitätskonzepte auf der Ebene der Mitgliedsstaaten, mit der legitimitätsstiftenden Funktion von anders gearteten Verfassungsprinzipien auf EU-Ebene“ (Griller 2005: 245).

Weitere Konzepte wären *Cross-Cutting Identities*, wobei hier einige, aber nicht alle Mitglieder einer Identitätsgruppe auch einem anderen Kollektiv angehören, *Seperate Identities*, denen zufolge es keine überlappenden Gruppenmitgliedschaften gibt, und im so

genannten *Marble Cake Model* wird davon ausgegangen, dass unterschiedliche kollektive Identitäten untrennbar vermischt bzw. verbunden sein können (vgl. Kaina 2009: 72, Herrmann/Brewer 2004: 8). Meinhof spricht als Gegenpart zu *Nested identities* auch von einem *Volcano Modell*, dass Identitäten ausschließt. Wenn sich jemand etwa als „Westdeutscher" charakterisiert, schließt das eine Vorstellung als „Deutscher" aus, weil es keine Vorstellung von einem geeinten Deutschland gibt (vgl. Meinhof 2004: 217 f.).

Die Konfiguration sozialer Identitäten gemäß einem dieser Modelle ist eine komplexe Angelegenheit, noch wichtiger aber als Kategorien und Kompositionen ist die persönliche Wahrnehmung dessen[5] – „*just sharing an objective feature of a category does not equate with felt identity, the objective overlap of group membership does not equate with the subjective overlap of group membership does not equate with the subjective representation of this overlap in a person's mind*" (Herrmann/ Brewer 2004: 9). Dies gilt insbesondere auch für die Wahrnehmung der EU (vgl. Herrmann/ Brewer 2004: 10).

Ein weiteres und wahrscheinlich größeres Problem birgt die Begrifflichkeit zwischen „Europa" und der „Europäischen Union" – in Untersuchungen wird oft nicht hinreichend zwischen beiden Begriffen differenziert. Obwohl die EU erfolgreich dabei ist, dass „Europa" immer mehr mit der Europäischen Union assoziiert wird (vgl. Laffan 2004) und sich die Bindungen an die Europäische Union im Zeitraum 2002 bis 2006 durchwegs verstärkt haben, zeigt sich immer noch eine Kluft zwischen der Bindung an Europa und der Bindung an die Europäische Union, wie Kaina auf Basis einer Eurobarometeranalyse 2006 zeigt (vgl. Kaina 2009: 73 f.). Wie bereits angesprochen, wäre für die EU aber ein Loyalitätsgefühl und Identifikation mit der politischen Gemeinschaft wichtig und nicht ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer unkonkreten „Idee" (vgl. Kaina 2009: 75). Das Wissen über die Europäische Union ist generell sehr niedrig, sie erscheint weit weg und Stereotype halten sich hartnäckig, möglicherweise liegt hier auch der Grund warum viele Europäer nationales und europäisches Verbundenheitsgefühl für vereinbar halten – denn wenig Wissen bedeutet wenig Spannungspotenzial (vgl. Kaina 2009: 76 f.). Das bedeutet auch, dass mehr Wissen auf Seiten der Europäer nicht automatisch zu mehr Unterstützung führen würde (vgl. Hix 2008: 65[6], zitiert nach Kaina 2009: 77). Denn dadurch können Interessenskonflikte auftreten oder Gewinner und Verlierer identifiziert werden, was auch für zukünftige Kompetenztransfers von nationaler Ebene und weitere Integrationsschritte

[5] Eine Person kann z.B. französisch sein, christlich, europäisch und kaukasisch. Dies ist theoretisch eine *cross-cutting identity*, weil nicht alle Franzosen Christen sind und umgekehrt. Für die Person selbst, kann dies aber als *nested identity* wahrgenommen werden, weil in der Vorstellung dieser Person alle Franzosen Christen, alle Christen Europäer und alle Europäer kaukasisch sind (vgl. Herrmann/Brewer 2004: 9).

[6] Hix, Simon (2008): What's wrong with the European Union and how to fix it. Cambridge: Polity Press.

ein gewisses Maß an Vorsicht bedeuten sollte, denn die Unionsbürger haben relativ genaue Vorstellungen welche Politikbereiche in nationalstaatlicher Kompetenz verbleiben sollten (vgl. Kaina 2009: 77 f.).

In der oben erwähnten *Identity Process Theory* von Breakwell gibt es diese Unterscheidung multipler Identitäten nicht, da jeder Mensch nur eine Identität mit unterschiedlichen Komponenten besitzt (vgl. Ebenda 2004: 28 f.). Im Kontext dieser Arbeit wird der Ansatz der multiplen Identitäten weitergeführt, kann aber mit Breakwells Theorie insofern in Einklang gebracht werden, dass die Elemente der einen Identität ebenso in Einklang vereinbart werden, einige vorherrschen und sich verändern können, wie multiple Identitäten. Es geht hier also vielmehr um unterschiedliche Benennungen sehr ähnlicher Phänomene. Die Annahme nur einer Identität mit unterschiedlichen Elementen erscheint zwar plausibel, die Abgrenzung zwischen europäischer Identität und beispielsweise nationaler Identität ist sprachlich aber anschaulicher im vorliegenden Kontext zu verwenden.

2.3 Politische kollektive Identität

Neben einem allgemeinen Zugang zu Identität gibt es verschiedene Ebenen der kollektiven Zugehörigkeit. Im Hinblick auf die Europäische Union ist besonders die politische Identität von größerem Interesse. Auch, weil Europäer durchaus eine Unterscheidung treffen, ob sie sich der eher geografischen Einheit Europa zugehörig fühlen, oder der EU im Sinne einer politischen Entscheidung (vgl. Breakwell 2004: 25). Jedes politische Gemeinwesen baut auf ausreichend ausgebildeten Sinn gemeinsamer Bürgeridentität auf, Meyer beschreibt dies als notwendige Bedingung für Legitimität politischen Handelns und die Solidarität der Bürger (vgl. Meyer 2009: 15).

Politische kollektive Identitäten beziehen sich auf diese politische Gemeinschaften (vgl. Kaina 2009: 47) und „*lead people to imagine that a group deserves to enjoy substantial sovereignty, that is, ultimate decision-making authority*“ (Herrmann/ Brewer 2004: 6). Herrmann und Brewer sehen politische kollektive Identitäten auf individueller Ebene als soziale Identitäten mit politischen Konsequenzen und verknüpfen das Thema eng mit Nationalismus und der Forderung nach Souveränität und Staatlichkeit. Dabei verdeutlichen sie die unterschiedlichen Zugänge zu den Hintergründen, die „*community identity*“ und „*state sovereignty*“ verbinden und in Folge auch die Qualität des Zugehörigkeitsgefühls

voneinander unterscheiden können (vgl. Ebenda 2004: 7 f.). Im Kontext der Europäischen Union und dem sich herausgebildeten Herrschaftsverband wird eine *politische* kollektive Identität benötigt, um in der Suche nach Volkssouveränität und einem europäischen Demos zu reüssieren (vgl. Kaina 2009: 47 f.). „*Fundamentally, political identities involve how individuals perceive and define who are the 'us' and therefore, by contrast, who are the ‚them', or the out-groups that are implicitly excluded from a community*" (Bruter 2003: 1150). Dabei kann insbesondere auch die Definition von symbolischen Grenzen helfen, eine politische Identität zu entwickeln (vgl. Bruter 2003: 1150).

Es gibt zwei Säulen politischer Identität, auf denen ein Gemeinwesen beruhen sollte um wirksam zu sein: Projektidentität und Zugehörigkeit. Erstens muss das Bewusstsein gegeben sein, zu einem gemeinsamen Gemeinwesen zu gehören, das die Macht hat, bindende Entscheidungen zu treffen. Zweitens muss auch das politische Projekt dieses Gemeinwesen (ihre Grundwerte, Staatsziele oder Verfassung) akzeptiert werden, ein Mindestmaß an Kenntnissen der Grundwerte und Ziele des Gemeinwesens ist dabei Voraussetzung (vgl. Meyer 2009: 20). Meyer sieht alle notwendigen Bedingungen für die Ausbildung einer europäischen Identität erfüllt, dass es dennoch einen Mangel an europäischer Bürgeridentität gibt, führt er auf die nicht offene Regierungsweise der EU, die schwache Ausbildung der europäischen Öffentlichkeit und der Diskrepanz zwischen Identitätsanspruch und –*Output* zurück (vgl. Meyer 2009: 28). Ob diese Bedingungen wirklich erfüllt sind, betreffend der Informiertheit über Ziele und Grundwerte der EU, kann jedoch angezweifelt werden.

Zwar ist es laut David Easton möglich, Gruppen aneinander zu binden *bevor* Gefühle der gegenseitigen Identifikation entstanden sind, jedoch kann dies keine langfristige, krisenfeste Option für die Europäische Union sein, insbesondere nicht unter Stress (vgl. Easton[7] 1965: 186 f., zitiert nach Kaina 2009: 36). Stress auf europäischer Ebene wird vor allem aus Legitimitätsmängeln, Effektivitätsdefiziten und Unsicherheit gespeist (vgl. Kaina 2009: 37).

Was ein politisches Gemeinwesen im Innersten zusammenhält, beschäftigt die politische Philosophie bereits seit mehr als 2500 Jahren. Pollak geht dabei bis auf Aristoteles zurück, dem klar war, dass eine *Polis* ein gewisses Ausmaß an „politischer Freundschaft" bedürfe, als ebenso wichtig nennt er auch die *Homonoia*, die Gleichgerichtetheit im Geiste, im Sinne eines gemeinsamen notwendigen Anliegens (vgl. Pollak 2007: 89 f.). Dieser

[7] Easton, David (1965): A Systems Analysis of Political Life. Chicago/ London: The University of Chicago Press.

Rückgriff auf Aristoteles macht ersichtlich, dass politische kollektive Identität nicht auf Nationen beschränkt ist, dies bedeutet allerdings im Umkehrschluss nicht, dass der „Sonderfall“ der Europäischen Union ohne weiteres zur Ausbildung einer solchen fähig ist.

Habermas stellt dazu 1976 die Frage, ob komplexe Gesellschaften überhaupt in der Lage sind, eine vernünftige[8] Identität auszubilden. Angesichts der Komplexität heutiger Gesellschaften werde es immer schwieriger den Begriff der Identität damit in Einklang zu bringen (vgl. Ebenda 1995: 92). Laut Habermas hat eine Gesellschaft nicht wie ein Gegenstand eine zugeschriebene Identität, die intersubjektiv nachvollziehbar ist, vielmehr wird ihre Identität durch eigene Leistung „hervorgebracht“ und erhalten (vgl. Habermas 1992: 92). Habermas sieht in der modernen Gesellschaft einen krassen Unterschied zwischen an Staaten haftenden kollektiven Identitäten und den Ich-Identitäten, vielmehr noch eine „dreifache Entzweiung“ zwischen Ich, Natur und Gesellschaft (vgl. Habermas 1992: 102 f.). In Anlehnung an Hegel führt Habermas aus, wie stark Identität über Jahrhunderte hinweg durch religiöse Weltbilder und Bezugspunkte geprägt war. Die Suche nach einem Ersatz, wie etwa die von Hegel vorgeschlagene Philosophie, lehnt er aber ab – Weltbilder und Traditionen sind nicht mehr nötig, „vielmehr beteiligen sich die Individuen selbst an dem Bildungs- und Willenbildungsprozeß einer gemeinsam erst zu entwerfenden Identität“ (Habermas 1992: 107). Die Vernünftigkeit dieser Identitäten hängt vom Erzeugungsprozess ab: „an den formalen Bedingungen des Zustandekommens und der Überprüfung einer flexiblen Identität, in der sich alle Gesellschaftsmitglieder wiedererkennen und reziprok anerkennen, d.h. *achten* können“ (Habermas 1992: 107). Wissenschaft und Philosophie können Anregungen dazu geben. Der Staat hingegen ist als Ebene der Identitätsbildung überholt, einerseits weil dieser Partikularinteressen und nicht Gemeinschaftsinteressen fördert, Stichwort Wirtschaft und Kapitalismus, andererseits weil sich zwei andere Formen der kollektiven Identität in den letzten zwei Jahrhunderten etabliert haben: die Nation und die Partei. Doch in der heutigen Gesellschaft konstatiert Habermas, lässt sich Identität nicht mehr in Organisationen unterbringen, auch nicht in diesen (vgl. Habermas 1992: 108-111). Darauf aufbauend entwirft Habermas ein Konzept wie eine „neue Identität“ von modernen Gesellschaften aussehen könnte, das mit universalistischen Ich-Strukturen verträglich ist und weg geht von hochkulturell ausgebildeten, staatszentrierten und auf Weltbildern aufgebauten Identitäten. Erstens sieht er das Konzept dieser neuen Identität als staatsübergreifend an, nicht auf ein Territorium oder eine bestimmte Organisation bezogen, sondern als reflexive Chance der Teilnahme an

[8] “Vernünftig” versteht Habermas als normativ, ideal.

Kommunikationsprozessen, in denen eine kontinuierliche Identitätsbildung stattfindet. Zweitens braucht diese aufkommende „Weltgesellschaft“ Inhalte, jedoch keine fixierten Inhalte oder Weltbilder sondern vielmehr wert- und normbildende Lernprozesse durch Kommunikation und Diskurs (vgl. Habermas 1992: 115-121).

Geht es also nach Habermas, hätte die Europäische Union eine schlechte Voraussetzung zur Bildung einer modernen Identität, da sie staatsähnliche Züge und ein bestimmtes Territorium aufweist. Dennoch sind seine Überlegungen bezüglich der Selbstbestimmung zentral und lassen hier auch einen Anknüpfungspunkt zu Ernest Renan zu, der auch im Nationenbildungsprozess den Kern der kollektiven Identität im sich immer wiederholenden Zustimmen zur Nation und Eigenverantwortlichkeit sieht (vgl. Renan 1995). Außerdem zeigt Habermas auf, dass Identitätskonzepte sich verändern können, und angesichts veränderter Umwelt sogar müssen.

2.4 Konstruktion kollektiver Identität

Grundsätzlich können zwei Haupttheoriestränge der kollektiven Identität aus der Nationalismusforschung identifiziert werden: im Essentialismus, dem primordialen Lager, ist die Identität bereits vorgezeichnet und durch Sprache, Blutlinie, Geschichte oder ähnliches determiniert. Im Konstruktivismus, dem modernen Lager, hingegen befindet sich das Konzept der Identität im Wandel, weil es auf moralischen oder zivilen, bürgerlichen Prinzipien aufgebaut ist (vgl. Kohler 2012: 29/ 31 f., Cederman 2001: 141 f.). Konkreter besteht die Unterscheidung zwischen diesen beiden Ansätzen auch in der Relevanz von Kultur und Politik, während im Essentialismus Ethnizität und Kultur automatisch eine politische Identität entstehen lassen, kann im Konstruktivismus aktives *Identity Building* durch die Beeinflussung kultureller Symbole betrieben werden. Allerdings gibt es auch innerhalb dieser Theoriefamilien unterschiedliche Auffassungen (vgl. Cederman 2001: 142). Der Konstruktivismus-Ansatz hat sich in Forschung und Lehre weitgehend durchgesetzt – zumindest in dem Maße, dass kollektive Identitäten nicht ausschließlich natürlich generiert werden, sondern weitgehend künstliche Produkte sind (vgl. Cederman 2001: 141-143). Intellektuelle, politische Aktivisten sowie deren Manipulation von Symbolen oder Mobilisierung von Trennlinien spielen bei dieser Konstruktion eine wichtige Rolle (vgl. Cederman 2001: 142, Kaina 2009: 43), ebenso wie der narrative Kontext, indem Sprache und Diskurs Identitäten konstruieren oder verändern (vgl. Meinhof 2004: 219).

Auch auf der individuellen Ebene kann davon ausgegangen werden: „Die Identität des Menschen ist – auch vor dem Hintergrund fest eingerichteter Institutionen – eine ganz und gar *gesellschaftlich* erzeugte Instanz. Sie entsteht erst dadurch, dass sich die zur Disposition gestellten Selbsthypothesen in der *Interaktion* mit anderen Akteuren in *persönlichen* Begegnungen ‚bewähren'" (Esser 2001: 348). Menschen konstruieren ihre Identitäten mithilfe Politik, Kultur und Erfahrungen, dabei muss dies nicht immer zu einem "*cohesive whole*" führen. Vielmehr entstehen im facettenreichen alltäglichen Leben paradoxe Varianzen in menschlichen Identitäten – besonders oft wenn es um *Ingroup*- und *Outgroup*-Konstruktion geht (vgl. Meinhof 2004: 243). Als fundamentales Strukturmerkmal aller Gruppen wird seit dem amerikanischen Soziologen W. G. Sumner zwischen *Ingroup* und *Outgroup* unterschieden, erstere wird von einem „Wir-Gefühl" zusammengehalten, das durch Normen, Verhaltensweisen aber auch Symbolen hergestellt wird, letzte wird durch Abgrenzung hergestellt (vgl. Schulze 1994: 111 f.). Insbesondere Eliten spielen auch eine zentrale Rolle im Formen von kollektiven Identitäten: "*Elites can shape these constructions by actively employing symbols and narratives emphasizing commonalities and strategies of inclusion and exclusion*" (Bruter 2005, zitiert nach Kuhn 2006: 996[9]). Zu der Frage, ob und inwieweit Nationen und Nationalgefühl konstruiert und von Eliten forciert werden kann, stellt Hroch fest: „[n]ationale Identität konnte nicht unabhängig von historischen, politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen erfunden werden" (Hroch 2005: 243). Dies bedeutet zwar, dass eine Grundlage vorhanden sein muss, nicht aber, dass diese nicht durch Emotionen, Symbolen, Denkmälern, Nationalhelden oder Nationalen Feiern beeinflussbar wäre.

Kaina unterscheidet zwei verschiedene Klassen möglicher Einflussfaktoren auf die Herausbildung eines europäischen Gemeinschaftsbewusstseins: Prädispositionen von Individuen und Kontext- bzw. Gelegenheitsstrukturen. Kontextfaktoren lassen sich aufschlüsseln in einerseits exogene Faktoren, wie etwa Bedrohungen von außen und endogene Faktoren, wie etwa kulturelle (z.B. Normen, Werte, Symbole), institutionelle (z.B. Parteien, Governance, Performanz, Effektivität, Interessensorganisationen) und prozessbezogene Dimensionen (z.B. europäische Öffentlichkeit, Wohlstand, Wachstum, Homogenität). Die individuellen Aspekte enthalten die Subdimensionen persönlicher Erfahrungen, Einstellungen und Ressourcen (z.B. sozioökonomischer Status, Bildung/ Interesse/ Information, Sprachkenntnisse und Sozialkapital) (vgl. Kaina 2009: 49-51).

[9] Bruter, M. (2005): Citizens of Europe? The Emergence of a Mass European Identity. Houndsmills: Palgrave Macmillan.

Die Art und Intensität individueller Einstellungen muss allerdings nicht gleich verlaufen und auf unterschiedlichen Stadien bleiben. Ausgehend von der Überlegung, dass vor der Entwicklung von „Wir-Gefühlen“ erst eine Vorstellung dieser Gruppe und auch eine Wahrnehmung als relevante Kategorie der Selbstidentifikation gegeben sein sollte, diese sich aber nicht automatisch in tatsächliches Verhalten übersetzen lässt, hat Kaina (2009: 53) die Ebenen der Identifikation systematisiert. Zuunterst steht die Ebene der Bewusstheit, die sich kognitiv etwa durch Wissen, Salienz oder Interesse an einem Kollektiv ausdrückt. Eine Stufe höher auf einer affektiven, evaluativen Ebene entstehen Gefühle wie Vertrauen, Sympathie, Stolz, Vorurteile oder Stereotype. Und die höchste Ebene der Identifikation benennt Kaina Verhaltensabsichten, die sich konativ in Solidarität, Loyalität und Vertrauen wiederspiegeln.

Will nun die Europäische Union die Konstruktion einer europäischen Identität fördern und vorantreiben, gibt es hier zahlreiche Problembereiche, die schwer zu kontrollieren sind, aber auch zahlreiche Punkte an denen angesetzt werden kann. Natürlich ist in der Konstruktion europäischer Identität auch die Fähigkeit wichtig, die EU von anderen zu differenzieren, sich also auch selbst Abgrenzung und somit Abgrenzungsmöglichkeiten für die Bürger und Bürgerinnen zu bieten. Allerdings ist umstritten, zu welchem Grad das erfolgen soll: eine negative, exklusive Abgrenzung oder eine positive, inklusive Form der Abgrenzung (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 38).

Neben Modellen, die sich auf die pure Existenz von Institutionen als Wandlungsimpulse stützen, gibt es auch Sozialisierungsmodelle für Identitätsformation und *Persuasion Models*. Erstere konzentrieren sich dabei auf (geteilten) Erfahrungen von Individuen mit Institutionen und ihren Konsequenzen, während das „Verführungsmodell“ durch deliberative Versuche soziale Identifikation durch Symbole, das Unterstreichen gemeinsamer Interessen, Werte, Geschichte und eines geteilten Schicksals schaffen möchte – also aktives *Identity Building* betreibt (vgl. Herrmann/Brewer 2004: 14 f.). Auch besteht ein Unterschied zwischen der Beeinflussung von Individuen und der nicht zwingend daraus resultierenden Beeinflussung von Gruppen (vgl. Breakwell 2004: 27 f.).

Die Konstruktion von Identität im Zusammenhang mit der Europäischen Union kann aber auch nicht ohne die Frage nach der Rolle der Nationalstaaten gestellt werden. Es gibt hier zwei grundsätzliche Möglichkeiten, die Cederman einteilt in *Retention*, also die Beibehaltung nationaler Identität und *Supersession*, also eine Überholung der nationalen Identität und des Nationalismus hin zu einer supra-nationalen politischen Identität (vgl. Cederman 2001: 144). In einer Korrelation der vier theoretischen Hauptstränge, also

Essentialismus, Konstruktivismus, Retention und Supersession kommt Cederman zu verschiedenen Perspektiven auf die Zukunft der europäischen und nationalen Identität in Europa. „*Ethno-Nationalismus*“ geht davon aus, dass die Nation das finale Equilibrium für kollektive Identität darstellt, da multikulturelle Konstruktionen wie die EU nicht genügend historische Tiefe haben und somit nicht genügend Emotionen für politische Loyalität hervorrufen würden. „*Pan-Nationalismus*“ geht davon aus, dass es möglicherweise eine kulturelle Entität geben wird, die größer ist als der Nationalstaat und erst noch „entdeckt“ oder wieder entdeckt werden muss, nämlich Europa oder die EU. „*Post-Nationalismus*“ geht als klassische konstruktivistische Sichtweise davon aus, dass die Nationen irrelevant werden, angesichts der Annahme „*politics will prevail, leading to a redefinition of culture to serve political functions*“. „*Bounded integration*“ geht als konstruktivistische Sichtweise davon aus, dass politische und kulturelle Grenzen der Nationalstaaten zu stark sind, um von Post-Nationalismus zu sprechen. Nationalismus ist mächtig und sehr stabil, verstärkt durch zahlreiche stabilisierende Mechanismen wie staatliche-organisierte Bildung oder nationale Medienlandschaften. Für Cederman ist dies die am plausibel erscheinenste Zukunftsaussicht, supranationale Identitätsbildung erscheint ihm schwierig (vgl. Cederman 2001: 145-152). „*Without the clear boundaries and identity-(re)producing processes of the nation-stare, it is hard to imagine how a viable European identity could ever emerge*“ (Cederman 2001: 152). Um dieser Situation entgegenzuwirken gibt es zwei Vorschläge: einerseits, „*Autonomy protection*“: der Integrationsprozess muss verlangsamt werden, „*in order for identity-formation to catch up*“ (Cederman 2001: 162). Vorausschauenderweise bemerkt Cederman dabei schon 2001, dass es unverantwortlich wäre, mit der Stärkung des internen Zusammenhalts zu warten, bist eine Krise eintreten würde. Zum zweiten, scheint es daher auch sinnvoll, aktive, direkte „*Identity Promotion*“ zu betreiben, etwa auch um eine europäische Medienöffentlichkeit voranzutreiben: „*Once ‘Europeanized‘ citizens with a broader cultural horizon and better language skills start to enter the media ‚market place‘, the conditions for all-European mass media might finally materialize*“ (Cederman 2001: 163).

Die Ausgangslage zur Bildung einer europäischen Identität ist also nicht rosig, aber auch nicht ausgeschlossen. Um einen Schritt in diese Richtung zu gehen, wird sich das nächste Kapitel der nationalen Identität in Europa widmen, um die historischen Hintergründe besser zu verstehen, die Konstruktion einer europäischen Identität erschweren.

3. Nationale Identität

Nationale Identität ist die Art von kollektiver Zugehörigkeit, die in Europa am stärksten ausgeprägt ist und nicht nur aus einer möglichen Konkurrenz zwischen nationalstaatlicher und europäischer Ebene heraus, sondern insbesondere weil die nationale Identität ausgehend von den Umbrüchen der französischen Revolution über Dekaden hinweg die kollektiven Zughörigkeitsgefühle in Europa dominiert hat, lohnt es sich auf diesen Prozess näher einzugehen.

3.1 Die Nation als kollektive Identität

„Nationen sind geistige Wesen, Gemeinschaften, die existieren, solange sie in den Köpfen und Herzen der Menschen sind, und die erlöschen, wenn sie nicht mehr gedacht und gewollt werden; Nationen beruhen auf Nationalbewusstsein“ (Schulze 1994: 110 f.). Ebenso wie es unterschiedliche Zugangsweisen zur Entstehung der Nationen gibt, existieren zahlreiche Kontroversen bereits in der grundsätzlichen Begriffserfassung „der Nation“, die seit dem Mittelalter gebräuchlich ist. Die Übersetzung in die verschiedenen europäischen Sprachen bedeutete eine Vielzahl an Zuschreibungen, die sich an die jeweiligen politischen und sozialen Bedingungen anlehnen (vgl. Hroch 2005: 11).

Versuchen, die Nation durch objektive Merkmale zu bestimmen, stand die Denkweise entgegen, dass die Nation subjektiv zu definieren sei: „(…) ob sich eine bestimmte Gruppe von Menschen ihrer Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst ist und sich diese wünscht“ (Hroch 2005: 15). Nach 1945 wird die Vorstellung der Nation als primordiale Gemeinschaft, als Urkategorie oder gar Blutsgemeinschaft, verworfen, ebenso wie die Ansicht, dass sich Nation alleine durch ethnische Merkmale definieren lasse. Zunehmend wurde die Nation damit als „eigenständige politische oder soziale Gemeinschaft“ anerkannt, dessen Angehörige sich ihrer Zusammengehörigkeit als Wertkategorie bewusst sind (vgl. Hroch 2005: 16 f.).

Ernest Renan, als ein französischer Vordenker in der Materie, sieht bereits 1882 in der Nation eine Solidargemeinschaft, getragen von den für sie gebrachten Opfer: „ein Plebiszit, das sich jeden Tag wiederholt, so wie die Existenz eines Individuums eine dauernde Bestätigung des Lebensprinzips ist“ (Renan 1995: 57). Selbstbestimmungsrecht, Mitspracherecht des Volkes in einer Nation und moralisches Bewusstsein sind die essentiellen Faktoren die Renan identifiziert; während Rasse, Sprache, Religion,

Interessensgemeinschaften und geografische Anhaltspunkte keine Nation ausmachen (vgl. Renan 1995: 58). Denn viele Nationen besitzen keine kollektive Ethnie, keine gemeinsamen Vorfahren oder Sprache – vielmehr ist es das Wesen der Nation, dass sie über die Gemeinsamkeiten auch vieles vergessen haben, was sie trennen würde, wie Eroberer, Massaker oder Gewalttaten (vgl. Renan 1995: 45 f.). Auch gemeinsame Interessen, reichen nicht aus, wenn das Gefühl fehlt: „Ein Zollverein ist kein Vaterland" (Renan 1995: 55). Es ist die Seele, ein geistiges Prinzip, das die Nationen zusammenhält – in der Vergangenheit die Erinnerungen und in der Gegenwart der Wille zusammenzuleben und das gemeinsame Erbe hochzuhalten (vgl. Renan 1995: 56).

Eine weitere berühmte Charakterisierung nimmt Anderson vor, indem er Nationen als „*imagined communities*" bezeichnet: „*it is an imagined political community – and imagined as both inherently limited and sovereign*" (Anderson 1993: 6) . Im Prinzip sind aber alle Gemeinschaften, die über primordiale Dörfer hinausgehen, *imagined* (vgl. Anderson[10] 1993: 6). Auch wenn diese Sichtweise eine Abgrenzung zu anderen, ähnlichen Phänomenen vermissen lässt (vgl. Greenfeld 1999: 47 f.), ist dieser Begriff auch im Nationalismus und allgemein kollektiven Identität von Bedeutung. Insbesondere auch die Abgrenzung, dass Nationen in den Köpfen der Menschen als begrenzt angesehen werden, stellt ein Problem für die Europäische Union dar: „*Nation is imagined limited*" (Anderson 1993: 7).

3.2 Entstehung der Nationen in Europa

Lange Zeit bot das Christentum in Europa das übergeordnete Ganze an (vgl. Occhionero/ Trenz 2005: 13), doch mit dem Aufbrechen der institutionellen Ordnung des Papst- und Kaisertums vervielfachten sich die Möglichkeiten der geistigen und politischen Repräsentation (vgl. Trenz 2005: 13). Die „moderne" Selbstbeschreibungen sieht Trenz in Anlehnung an Theoretiker wie Rokkan oder Schulze stark in der Tradition der europäischen Staatsbildung in der Moderne verhaftet (vgl. Trenz 2005: 374).

Eine eigene nationale Identität konnte stellenweise bereits schon vor Jahrhunderten beobachtet werden, wie am Beispiel der Kreuzzüge, wo Deutsche und Franzosen sich durch die negativen Zuschreibungen der jeweils anderen Gruppe in ihrem Selbstbild bestätigten (vgl. Schulze 1994: 121). Kriege waren nicht alleiniger Ursprung der Nationen,

[10] Anderson, Benedict (1991): Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. New York: Verso.

wohl aber ein Katalysator. Schon früh zeigte sich, dass es die Abgrenzung gegen den Nachbarn, Feindschaft oder Kämpfe waren, durch welche europäischen Nationen zu sich selbst fanden (vgl. Schulze 1994: 126). Die bereits vor der französischen Revolution entstandenen Staatsnationen, deren Wurzeln im Mittelalter bzw. in der Frühneuzeit liegen, sind nicht als Selbstverständlichkeit entstanden. Diese Staaten vertieften zunehmend die Zentralisierung, verwirklichten ein Steuersystem und eine Verwaltung, sowie Bildungseliten und Polizeiapparat. Die herrschende Klasse mit politischen Rechten war eine Minderheit und die Herrschergewalt war religiös begründet. Diese alte religiöse und politische Legitimität wurde jedoch durch die Aufbruchsstimmung zur Bildung moderner Nationen als Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger in die Krise gestürzt. Staatspolitik sollte nun nicht mehr im Namen Gottes oder des Königs, sondern im Namen der Nation geführt werden (vgl. Hroch 2005: 43 f.).

Bis Ende des 18. Jahrhunderts bildeten Nationen nicht die Gesamtheit des Volkes, vielmehr war es die herrschende, politisch repräsentierte Schicht der „Adelsnation“, von der die Rede sein konnte (Schulze 1994: 117 f.). Durch die revolutionären Umbrüche 1789 in Frankreich änderte sich jedoch der Kreis der politisch handelnden Individuen. Die Französische Revolution lieferte liberales und radikal-demokratisches Vokabular und Ziele in die ganze Welt, allen voran den Begriff und Wortschatz des Nationalismus (vgl. Hobesbawm 1963: 108). Der Wandel hin zu „Volksnationen“ war dadurch aber nicht einfach getan. Die Gruppe, die die Revolution anführte, die Bourgeoisie, vertrat zu dieser Zeit die Ideen des klassischen Liberalismus, der sich zwar gegen die adelige Hierarchie richtete und Gleichheit vor dem Gesetz forderte, jedoch nicht für eine demokratisch-egalitäre Gesellschaft eintrat (vgl. Hobesbawm 1963: 117). Was jedoch einen Meilenstein in der kollektiven Identitätsbildung darstellte, war die Nation als alleinige Quelle der Souveränität des Staates – und die Identifizierung des Volkes mit dieser Nation (vgl. Hobesbawm 1963: 118 f.). Grob kann davon ausgegangen werden, dass die heute so selbstverständlichen Nationen in den letzten Jahrzehnten des 18. und im 19. Jahrhundert entstanden sind – erdacht von Gelehrten, Dichtern und Intellektuellen. Krieg und Feind waren zentrale Hilfsmittel, in denen Siegeszüge zu nationalem Pathos verklärt wurden und Fremdherrschaft zu nationalen Aufständen führte, wie etwa in Spanien unter napoleonischer Besatzung 1808/9 (vgl. Schulze 1994: 189 f.).

Wimmer beschriebt wie es Napoleon erstmals in der europäischen Geschichte gelang, einen Staat zum Hegemon über fast ganz Europa zu machen, nicht aus waffentechnischer Überlegenheit, sondern durch die allgemeine Wehrpflicht, durch eine riesige Volksarmee

der Nation (vgl. Wimmer 2000: 62). In den Nationalstaaten Westeuropas wurde die nationale Idee überwiegend durch Militär und Schulen transportiert, in Mittel- und Osteuropa wurde sie von „Literatur und Zeitungen, Parteien und Assoziationen, Kaffeehauszirkel und gesellschaftliche Kränzchen, Vereinen und Verbindungen“ genährt und verdichtet (Schulze 1994: 203). Auch wenn es noch andere Meinungen und Unsicherheiten gab, war spätestens mit der Revolution von 1848 in der öffentlichen Meinung Europas der Nationalstaat als einzige legitime Alternative der Staatsorganisation verblieben (vgl. Schulze 1994: 224).

Die Entstehung der europäischen Nationen verlief keineswegs homogen und geradlinig. Während in den langen Traditionen Englands und Frankreichs die Gemeinschaft selbstverständlich als Nation angesehen werden konnte, mussten andere um ihre Existenz kämpfen und erst Merkmale zur Abgrenzung definieren (vgl. Hroch 2005: 13). Schulze entwirft hier eine Unterscheidung von einem Nationenverständnis aus französischer Sicht als Sache der freien Entscheidung, während in Deutschland die Idee der Nation als Kultur- und Sprachgemeinschaft verstanden wurde. Einerseits also eine subjektiv-politische, andererseits eine objektiv-kulturelle Vorstellung, die sich gegenseitig befruchteten (vgl. Schulze 1994: 169-171). Gerade zu Ende des 18. Jahrhunderts bot die Nationenidee somit auch für die Menschen Orientierungs- und Entscheidungshilfe und avancierte zur neuen Rechtfertigung und Legitimation des Staates (vgl. Schulze 1994: 172).

Schieder (1991: 110 f.) unterteilt hingegen drei idealtypische Entstehungsverläufe in der europäischen Geschichte der Nationen. *Erstens* ein westeuropäischer Typ, in dem sich die moderne Nation durch innerstaatliche Revolution und Umformung des bisherigen absolutistischen Fürstenstaates neu gründet, *zweitens* die unifizierenden Nationalstaaten im westlichen Mitteleuropa und *drittens* die sezessionistischen Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa, die sich aus übernationalen Großstaaten heraustrennten. Dies geschieht in drei Etappen der nationalstaatlichen Neuordnung von 1789 bis 1919: Erst bildet sich die moderne Nation in Frankreich, wo das subjektive Bekenntnis zum Staat das einzige Merkmal politischer Nationalität bleibt. Im nächsten Schritt der deutschen und italienischen Bevölkerung entsteht die Idee des Volkes als schöpferische Kraft, die sich in Sprache und Volksgeist ausdrückt. Und in einer dritten Etappe trennen sich Nationalbewegungen aus den östlichen Reichsgebilden heraus, die in einem „Erwachen der Völker“ erst ihre Sprache, Erinnerungen und Geschichten ausbilden (vgl. Schieder 1991: 277-279).

Hroch kommt zu ähnlichen Schlüssen, sieht es allerdings als zentral an, zwischen Staatsnationen und den zunächst staatenlosen Nationalbewegungen zu unterscheiden (vgl. Ebenda 2005: 40). Grundsätzlich gibt es also zwei Wege zur modernen Nation. Auf der einen Seite stehen die Staatsnationen, die seit dem Mittelalter bestehen und durch innerstaatliche Revolution diesen Schritt vollziehen. Auf der anderen Seite gibt es Situationen, in denen nicht-herrschende ethnische Gruppen Nationalbewegungen bilden, um nationale Existenz zu erlangen; wobei der unabhängige Nationalstaat hier kein notwendiges Ziel sein musste (vgl. Hroch 2005: 42). Im Europa des Jahres 1800 war „Die Nation" als Schlagwort eher ein Zukunftsvision, keine Notwendigkeit oder Selbstverständlichkeit. Der Weg dorthin war unvermeidlich mit einem Konflikt gegen die herrschenden Eliten bzw. der herrschenden Kultur verbunden. Somit können die Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts als Kämpfe der Modernisierung und Überwindung alter Legitimität angesehen werden (vgl. Hroch 2005: 43). Ein zentraler Unterschied zwischen diesen beiden Wegen liegt auch in der Mobilisierung der Massen. Während die Staatsnation ihren Staats- und Machtapparat bereits vor der modernen Nation errichtet hatte, war die permanente Unterstützung der Bevölkerung nicht nötig, ja sogar hinderlich für die neue herrschende Klasse. Die Nationalbewegungen hingegen waren völlig davon abhängig, von den Massen unterstützt zu werden (vgl. Hroch 2005: 44).

Die Forschung sei sich mehrheitlich einig, von der Existenz einer Nation dann zu sprechen, „wenn sich alle oder fast alle, die als ihre Angehörigen in Betracht kommen, mit der Nation identifizieren" (Hroch 2005: 45). Koordinaten, auf die sich die nationale Identität richten konnte, mussten in einer Anfangsphase oft erst geschaffen werden: die Abgrenzung des Territoriums, Erkenntnisse über national relevante Ereignisse, Kodifizierung der Sprache, Bestimmung von Merkmalen der Kulturtradition, Lebensweisen und Bräuchen. Die nächste Phase brauchte Mitglieder ethnischer Gruppen die aktiv für die Verbreitung dieses Nationalbewusstseins eintraten und politische oder kulturelle Ziele formulierten. Erst danach konnten sich nationale Massenbewegungen und differenzierte politische, nationale Programme herausbilden und gegebenenfalls zum „Erfolg" einer Nation führen (vgl. Hroch 2005: 45-47).

Zusammengefasst gibt es mehrere zentrale Faktoren, die stark zu dem „Wir-Gefühl" von Gruppen und zur Nationenbildung beigetragen haben, die allerdings nicht als exklusiv zu

verstehen sind. Insbesondere Sprache[11], Kultur und Prozesse der Modernisierung[12] spielten eine wichtige Rolle im Selbstverständnis der Menschen.

3.3 Nationalismus

Schieder beschreibt im Nationenbildungsprozess einen Moment in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in dem die Bereicherung und Erweiterung des europäischen Geistes in negative Formen kippte. Einerseits schlugen manche Nationalbewegungen in missionarische, imperialistische Ziele um – wie etwa in Russland, das alle slawischen Völker befreien und einigen wollte. Anderseits gab es Veränderungen, die innerhalb der Nationalstaaten Assimilierungsdruck erzeugten und einheitliche Sprache und Volkstum durch Machtausübung herstellen wollten. Ähnlich problematisch waren auch neue Staaten, die den Anspruch eines Nationalstaates stellten, in dessen Staatsvolk aber mangels politischer Integrationskraft Minderheiten nicht einbezogen wurden, wie etwa am Baltikum. Dies verdeutlicht die Minderheitenfrage als Krankheitssymptom der neuen nationalstaatlich verfassten Welt (vgl. Schieder 1991: 280 f.). Es lag von Beginn an in der Idee der Nation sich durch Feinde zu definieren und zu bestätigen, aber den negativen Höhepunkt dessen stellt ohne Frage Hitlers „Drittes Reich“ dar, das gezeigt hat, wozu der Nationalstaat fähig sein kann wenn das Nationale totalisiert wird und als heilig und absolut angesehen wird (vgl. Schulze 1994: 316 f.).

Schieder bezeichnet den Durchbruch des nationalstaatlichen Prinzips, insbesondere im Osten Europas sowie den Zerfall übernationaler Reiche, als Unheil, das durch nationalen Egoismus massive Streitfragen entfesselte. Er geht sogar so weit zu sagen, dass in

[11] Die Unterscheidung in Eigen- und Fremdgruppe durch Sprachfamilien funktionierte bereits in den mittelalterlichen Universitäten, aber auch am Beispiel der Kreuzzüge, bei denen negative Stereotype der „Fremden“ und ihrer unverständlichen Sprachen gut dokumentiert sind (vgl. Schulze 1994: 119 f.). Sprache transportierte dabei nationales Bewusstsein ebenso stark wie Ruhmestaten (vgl. Schulze 1994: 123 f.). Bruchlinien der Sprache betreffend müssen innerhalb von Staaten und Staatsnationen nicht zwingend ein Problem darstellen, wie etwa das Beispiel der Schweiz zeigt, dessen Verfassungsentwurf 1848 das Sprachenproblem nur nebensächlich behandelt (vgl. Schieder 1991: 44 f.). Außerdem waren „übernationale“ Sprachen bereits seit der Antike gebräuchlich, und im Mittelalter in Europa durch Latein im Westen und Griechisch im Osten zumindest überregional vereint. Die Straßburger Eide wurden beispielsweise bereits in zweisprachiger Ausführung verfasst. Allerdings trifft dies nur auf die gebildeten Schichten zu (vgl. Hroch 2005: 59).

[12] Auch Modernisierungsprozesse haben massiv zur Herausbildung nationaler Gefühle und zur Festigung der Nationen beigetragen, auch wenn betont werden muss, dass es zwar eine Korrelation, aber keinen kausalen Zusammenhang zwischen beiden gibt (vgl. Hroch 2005: 241). Der drastische Bevölkerungszuwachs, Wanderungsbewegungen Massenverkehr, bessere sowie schnellere Kommunikation und Informationskanäle; leichteres und schnelleres Reisen und somit das Erlebbar werden von der „weiten Welt“, zunehmende Alphabetisierung, Landflucht und die Industrialisierung hatten auch massive Auswirkungen auf das politische System Europas (vgl. Schulze 1994: 150-162).

Ostmitteleuropa die nationale Vielfalt zur politischen Atomisierung der Grenzgebiete führte und im weiteren auch zur „Katastrophe Gesamteuropas“ – indem Grenzen nicht mehr nach Nationalität gezogen wurden, das Ziel nicht mehr nur Assimilierung war, sondern aus willkürlich festgesetztem Staatsraum fremde Nationalitäten vertrieben wurden (Schieder 1991: 282). Meist werden verschiedene Formen von Nationalismus in Europa unterschieden: politisch vs. kulturell, westlich vs. östlich und bürgerlich vs. ethnisch. Im Grunde sind dies aber die gleichen Trennlinien, mit nur unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen (vgl. Greenfeld 1999: 48).

Nationalismus ist definitorisch nicht eindeutig zu bestimmen. Hobesbawn etwa spricht davon, dass der Keim des Nationalismus bereits in der Französischen Revolution enthalten war, wenn Rivalität zwischen zwei Nationen oder die Unterordnung einer Nation unter eine andere proklamiert wurde (vgl. Hobesbawn 1962: 119). Er verwendet den Begriff also eindeutig negativ konnotiert. Hroch hingegen plädiert dafür, „Nationalismus“ als „politische oder gedankliche Einstellung“ sowie „ein mit Werturteilen belastetes Instrument des politischen Kampfes“ als eine Neubildung im politischen Diskurs anzusehen, die im historischen Sinne nichts mit dem Begriff der Nation zu tun hat (vgl. Hroch 2005: 12). Auch Greenfeld sieht Nationalismus ohne Wertung als „*general phenomenon*“, als „*particular way of seeing*“ oder „*style of thought*“. Die Liebe zur Nation sei klar abzugrenzen vom Patriotismus, der als Liebe zum Land, einer Stadt und kann historisch auch als Liebe zum Christentum verstanden werden (vgl. Greenfeld 1999: 37/ 40 f.). Sehr oft wird der Nationalismus als ambivalent dargestellt, als möglich positiv oder negativ, durch die historische Bedeutung wird auch teilweise versucht, den Nationalismus die negative Konnotation zu überlassen und für die positiven Formen Wörter wie Patriotismus, Nationalbewusstsein oder Vaterlandsliebe zu verwenden (vgl. Hroch 2005: 28/ 31). „Eine wirkliche terminologische Innovation bieten dagegen einige Soziologen und Anthropologen, die in historischer Perspektive, also in Entwicklungsprozessen denken und dabei ansetzen, dass sich das, was man als Nationalismus bezeichnet, aus bestimmten vorangegangen Einstellungen und Beziehungen entwickelt habe, die sich mit den Begriffen ‚*loyalty*‘ oder häufiger ‚*identity*‘ erfassen lassen“ (Hroch 2005: 32). In den 90er Jahren kam es zu einem Durchbruch der Befassung mit „nationaler Identität“. Einerseits wird somit Wertneutralität erlangt, andererseits wird der Begriff gegenüber dem Nationalismus verwischt und mittlerweile teilweise ebenso inflationär verwendet (vgl. Hroch 2005: 34 f.). In der Diskussion um eine europäische Identität sollten also auch die Gefahren eines möglichen europäischen Nationalismus nicht vergessen werden.

4. Europäische Identität

4.1 Entstehen der europäischen Idee

„Die Europa-Idee als gesellschaftliche Organisation und politische Union Europas ist tief in der Vergangenheit verwurzelt“ (Occhionero 2006: 25). Der Begriff Europa ist jedoch historisch gesehen weder geografisch, politisch, kulturell noch religiös klar und dauerhaft umrissen. Europa – das ist ein Ort der Selbstidentifikation und Selbstdefinition derer, die sich Europäer nennen (vgl. Schröder 2005: 289). Durch die Mythologie bekannt wurde die Bezeichnung „Europa“ für die gleichnamige phönizische Königstochter, die Zeus in Gestalt eines Stieres entführte, um mit ihr Nachkommen zu zeugen[13] (vgl. Münkler 1995: 15 f.).

Frühe Mythen betonen bereits die Verflechtung aber auch die Differenz zu Asien. Zu Zeiten Herodots gab es die zwei Welten Europa und Asien, deren Gegensatz die Geschichte bis zum Kalten Krieg durchzieht. Auch stammen alle Kontinentalbezeichnungen von den Europäern selbst, „Europa“ kann also als Erfindung der Europäer angesehen werden (vgl. Schröder 2005: 289, Kocka 2005: 276). Im Reich Alexander des Großen oder im Römischen Reich spielte Europa keine Rolle, weil sich diese Reiche darüber hinaus erstreckten; gegen Ende des Weströmischen Reichs taucht Europa dann als Identifikationsbegriff wieder auf, ist nordwesteuropäisch dominiert und grenzt sich von Ostrom und Byzanz ab, nicht mehr von Asien (vgl. Schröder 2005: 290).

Im Mittelalter dominierte die christliche Religion, Europa wurde über längere Zeit mit dem Christentum gleichgesetzt, sogar als identisch angesehen: die *Christianitas war* Europa (vgl. Occhionero 2006: 25). Die Abgrenzung von Afrika und Asien als gleichbedeutend mit dem Islam, erleichterte dies, denn zu dieser Zeit waren nicht die Asiaten, sondern die Heiden „die Anderen“ (Vgl. Kocka 2005: 276/ Münkler 1995: 18 f.). Doch auch die europäische Einheit war umstritten, in Religion und Politik etwa waren früh unterschiedliche Auffassungen in West- und Osteuropa zu sehen (vgl. Münkler 1995). Durch den langsamen Niedergang der kirchlichen Allmacht wurden die einzelnen Staaten zunehmend in ihrem Unabhängigkeitsstreben und Nationalgefühlen bestärkt (Occhionero 2006: 26). Schieder sieht im Auseinanderbrechen des fränkischen Königtums und im darauffolgenden Zerfall in ein ostfränkisches und westfränkisches, später in deutsches und

[13] Dieser wenig schmeichelnde Gründungsmythos birgt außerdem die Charakterisierung von Mischwesen, die halb Mensch, halb Stier sind: Ihnen wird Kriegslust nachgesagt und dass sie sich, wenn keine Feinde mehr da sein würden, selbst bekämpfen und ausrotten würden. Im Hinblick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts ist dieses Bild leider sehr passend (vgl. Münkler 1995: 15).

französisches Reich nicht nur Vorboten späterer nationalstaatlicher Entwicklung. Vielmehr sieht er in dem deutsch-französischen Dualismus entschieden, dass „die europäische Zukunft nicht einheits- und universtalstaatlich verlief, was im Jahre 800 durchaus möglich erschien“ (Schieder 1991: 273).

In den Geschichtsbüchern wird von „Europa“ gesprochen, wenn dieses in Schlachten verteidigt und gerettet wurde, meist gegen Angriffe aus dem Osten (vgl. Münkler 1995: 17 f.). Silvio Piccolomini[14] beklagte sich bereits 1454 darüber, dass Europa, „unser Vaterland“ von fremden Ländern angegriffen werden würde (vgl. Foerster1967: 86 f.[15], zitiert nach Preuß 2005: 504). Aber dass es sich bei Europa um keinen territorialen sondern einen idealen Begriff handelt, „hat verhindert, dass es zu einer die politischen Konflikte transzendierenden Größe werden konnte und statt dessen in fast allen großen Konflikten immer selbst zur Disposition stand bzw. gestellt wurde“ (Münkler 1995: 15).

Im Humanismus tauchte daraufhin erstmals ein kultureller Europabegriff auf, verbunden mit einer ideologischen Frontbildung, mit Aufklärung und Fortschritt. Durch die Entdeckung der Neuen Welt und die Kolonien der europäischen Mächte erlangte Europa ein neues Selbstbewusstsein, stellte imperialistische Ansprüche und gewann ein Gefühl der Überlegenheit. Zuvor war dies gegenüber dem Orient und dem Osten nicht möglich gewesen, da sich die Europäer den Asiaten als gleichwertig oder sogar unterlegen fühlten (vgl. Münkler 1995: 20 f., Schröder 2005: 290 f.). In der Zeit der Romantik gibt es aber eine Rückbesinnung auf das Christentum und in dieser Zeit wird auch das begriffliche Gegensatzpaar Abendland und Morgenland geprägt (vgl. Schröder 2005: 291 f.). Generell kann in der Zeitspanne vom 15. bis zum 18. Jahrhundert beobachtet werden, wie die Idee eines völker- und staatenumspannenden „Europa“ schrittweise im Denken der Eliten – auch als Vorstellung eines europäischen Friedens durch Zusammenschluss – die Idee einer umspannenden Christenheit ersetzt: „als Wille und Vorstellung ist Europa vor allem ein Produkt der Neuzeit“ (Kocka 2005: 278). Frederico Chabod stellt fest, dass „die erste klare Bestimmung Europas als eine laizistische, nicht-religiöse Gemeinschaft auf Machiavelli zurückgeht. Und weil es sich um Machiavelli handelt, kann es sich natürlich nur um eine politische Formulierung handeln“. Chabod kommt zu dem Schluss, dass „die Idee Europas als moderne und staatsbürgerliche Einheit um das Jahr 1700 geprägt worden ist“ (Chabod 1947: 7 f. [16], zitiert nach Occhionero 2006: 27).

[14] Gelehrter und späterer Papst Pius II.
[15] Foerster, Rolf Hellmut (Hg.) (1967): Europa. Geschichte einer politischen Idee. München.
[16] Federico Chabod (1947): L’idea di Europa. In: La Rassegna D’Italia. Vol. 2, Nr. 4. S. 3-17.

Weitere Meilensteine auf dem Weg hin zu einem europäischen Denken bilden der Westfälische Friede im Jahr 1648, bei dem zum ersten Mal offiziell der Solidaritätsgedanke moderner Staaten anerkannt wird und der Wiener Kongress im Jahr 1815, der in der Frage nach Gleichgewicht die Relevanz von Allianzen und Gruppierungen zeigt. Das am Wiener Kongress etablierte „Wiener System" der damaligen Großmächte Europas hatte zum Ziel, den Status Quo des Staatensystems zu bewahren und etwaige Veränderungen *gemeinsam* zu beraten und zu sanktionieren (vgl. Occhionero 2006: 26, Wimmer 2000: 62 f.). „Bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert beobachten wir verstärkte Bemühungen um eine Reformulierung des moralisch verbindlichen Solidaritätsprinzips nach der Erfahrung, dass stärkere Differenzierungen eben höhere Generalisierungen erforderlich machen" (Trenz 2005: 374). Im 19. Jahrhundert stärkte sich zunehmend das europäische Bewusstsein, allerdings gilt das Gleiche auch für das nationale Bewusstsein (vgl. Occhionero 2006: 27). Die Idee des souveränen Nationalstaates feierte ihre größten Triumphe „auf Kosten übernationaler Staats- und Reichsgebilde durch Auflösung und Zerstörung alteuropäisch geprägter Rechtsbeziehungen, Unionen und Föderationen" (Schieder 1991: 39). Dennoch wurde im Liberalismus der politische und ideelle Vorrang des Nationalstaates lange Zeit bestritten und ein über den Nationalitäten stehendes Staatsprinzip als überlegen angesehen (vgl. Schieder 1991: 40).

„Der erste, der in den ‚Vereinigten Staaten von Europa' die *einzige* Chance sah, Europa von der Geißel des Krieges zu befreien, war vermutlich *Ernest Renan* 1870" (Wimmer 2000: 71). Renan sah die Nation als nichts Ewiges, sondern als etwas Vorübergehendes an: „Die europäische Konföderation wird sie wahrscheinlich ablösen" (Renan 1995: 57). Doch Renan erkennt bereits zu diesem Zeitpunkt, wie tief die Teilung Europas geht. Jeglicher Versuch, eine umfassende Herrschaft zu errichten, würde sehr schnell Koalitionen auf den Plan rufen, die allzu ehrgeizige Nationen wieder in ihre Schranken verweisen. Auch ein Verschmelzen der europäischen Nationen sieht er für die nächsten Jahrhunderte als ausgeschlossen an (vgl. Renan 1995: 42).

Die katastrophale Niederlage Frankreichs im Deutsch-Französischen Krieg im Jahr 1870 verletzte den französischen Nationalstolz, während durch den Sieg der preußischen Armeen der deutsche Nationalismus gefüttert wurde. Die Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich sollte bis 1945 andauern, aber auch das einzige stabile Element im europäischen Staatengefüge darstellen (vgl. Wimmer 2000: 64). Für Ernest Renan sind Deutschland und Frankreich Brüder, die sich streiten, aber unzertrennlich sind

(vgl. Renan 1995: 60). Dies spiegelt sich auch in der heutigen EU und der Vormachtstellung dieser beiden Länder wieder.

Von 1871 bis 1913 herrschte eine ungewöhnlich lange Friedensperiode dank einem „Gleichgewicht der Kräfte“, zu Beginn des Jahres 1914 glich die Situation aber einem Pulverfass, in dem sich die bewaffneten Lager misstrauisch beäugten (vgl. Liedtke 2010: 23 f./ 26). Der Erste Weltkrieg brach im Juni 1914 nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers aus, was aufgrund von Militärbündnissen die Mobilmachung von allen Großmächten nach sich zog und Millionen Menschenleben forderte. Neben einer militärischen Materialschlacht gab es erstmals auch eine totale Mobilisierung gesellschaftlicher Ressourcen und eine grundlegende politische Veränderung im Osten Europas durch die Oktoberrevolution und die Gründung der UdSSR (vgl. Wimmer 2000: 66 f., Liedtke 2010: 26-31). In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wechselten sich markante Ereignisse für die Entwicklung der europäischen Gesellschaft ab. Die Kolonialpolitik der Großmächte führte zu einer starken Zersplittung in der Welt, durch die die Einheitsidee verworfen wurde. Die soziale Depression der Zwischenkriegszeit ließ einerseits die Nationalismen erstarken, andererseits „war sie aber ein Anreiz für Politiker, unter den europäischen Ländern neue, effektive und dauerhafte Bande zu knüpfen“ (vgl. Liedtke 2010: 34). Beispielsweise die Pan-Europa-Union oder etwa die Europäische Zollunion unter Aristide Briand (Briand Memorandum 1930 für moralische europäische Einheit und Solidarität). Doch dieses Projekt scheiterte ebenso wie der Völkerbund (vgl. Occhionero 2006: 28). In der Zwischenkriegszeit hatte sich das Staaten- und Nationengefüge in Europa verändert, ein Teil der europäischen Staaten blieb demokratisch, ein anderer entwickelte sich hin zu Diktaturen. Von dem totalitären deutschen Staat gingen auch die Hegemonialbestrebungen und Provokationen aus, die im September 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg auslösten (vgl. Wimmer 2000: 67 f., Liedtke 2010: 36). Dieser Krieg brachte ein ungeheures Leid über den Kontinent und stellt durch den systematischen Völkermord an Juden und anderen Gesellschaftsgruppen in Konzentrationslagern einen Tiefpunkt in der europäischen Geschichte dar (vgl. Liedtke 2010: 47 f.). Viele waren davon überzeugt, dass der erste Weltkrieg das europäische Bewusstsein ausgelöscht haben könnte. Dennoch waren sich die meisten Staaten darüber bewusst, dass sie nach dem Verlust der Hegemonie „alleine“ nur sehr begrenzten Spielraum besaßen. Der darauffolgende Zweite Weltkrieg hatte schließlich offenbart, dass „europäische Anarchie, die der Logik der souveränen Nationalstaaten entsprang, in die Katastrophe führt“ (Occhionero 2006: 29/31).

“Man kann die Geschichte Europas als immer wiederkehrenden Versuch deuten, die verlorene Einheit des Kontinents durch die Errichtung der Hegemonie eines Staates herzustellen“ (Schulze 1994: 319). Ausgehend von Spanien im 16. und 17. Jahrhundert, gefolgt von Frankreich unter Ludwig dem XIV. und später Napoleon. England versuchte im 18. und 19. Jahrhundert eine indirekte Herrschaft zu errichten, während Russland am östlichen Europa interessiert war. „Alle diese Hegemonialversuche sind am Widerstand der übrigen Staaten Europas gescheitert, die sich zu Koalitionen gegen die jeweilige Vormacht zusammenschlossen und früher oder später das Gesamteuropäische Gleichgewicht der Staaten wieder herstellten“ (Schulze 1994: 319). Die zweimaligen Bestrebungen Deutschlands nach Hegemonie, und insbesondere der Zweite Weltkrieg, waren allerdings so verheerend, dass Europa erstmals nicht mehr in der Lage war, sich aus eigener Kraft wiederherzustellen und sein Schicksal zu beeinflussen. Die Selbstbestimmung der europäischen Nationen war in weite Ferne gerückt und die Beschlüsse von Stalin, Roosevelt und Churchill auf der Jalta Konferenz 1945 teilten Europa auf - eine Teilung, die sich im Laufe des Kalten Krieges noch verstärkten sollte (vgl. Schulze 1994: 320 f.).

Visionen und Konzepte für eine Einigung Europas reichen also weit in die Geschichte zurück[17], die Grundmotive dafür waren meist Friedenssicherung, Sicherheit, aber auch Selbstbehauptung im internationalen System, Abkehr von Totalitarismus oder etwa wirtschaftlicher Wohlstand (vgl. Wessels 2008: 55). Nach den zerstörerischen Kriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden wieder intensive Debatten zur Neuordnung des Kontinents (vgl. Wessels 2008: 57) und im Zuge der europäischen Vereinigung wurde Europa noch einmal zum Kulturbegriff, als Identifikationselemente spielten dabei einerseits das Herodotmotiv („Gefahr aus dem Osten“) eine wichtige Rolle, andererseits auch das romantische Motiv vom christlichen Abendland. In den politischen Gestaltungsprozessen setzte sich aber die Aufklärungstradition mit einer Wertschätzung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft durch (vgl. Schröder 2005: 292).

[17] Wessels identifiziert fünf verschiedene Herrschaftsmuster, unter denen die „Idee Europa“ verkauft und verfolgt wurde: Durch eine zentrale Hierarchie mit einer Person an der Spitze wie Papst oder Kaiser, durch eine hegemoniale Hierarchie mit einem dominanten Staat an der Spitze wie Frankreich oder Deutschland, durch eine Gruppenhegemonie der Großmächte, durch eine föderale Struktur gemäß den „Vereinigten Staaten von Europa“ oder durch einen „Föderalismus freier Staaten“ (vgl. Wessels 2008: 55).

4.2 Geschichte der Europäischen Integration

Die Geschichte der Entstehung der Europäischen Union könnte anhand verschiedener Muster oder Stränge erzählt werden, der Übersichtlichkeit halber erscheint eine Anlehnung an Wessels (2008) Strukturierung nach Jahrzehnten sinnvoll.

In den 1940er Jahren prägend waren zahlreiche Beiträge zur Debatte um die Konstruktion Europas, hervorzuheben sind dabei das 1941 von Altiero Spinelli verfasste Manifest von Ventotene für ein freies und vereintes Europa; Winston Churchills Rede in Zürich; das Hertensteiner Programm der Union Europäischer Föderalisten, die gemeinsame föderalistische Ziele vereinbarten und die Erklärung des Den Haager Kongresses, welcher 1948 den Dachverband wichtiger Europa-Verbände darstellte und den Grundstein für den Europarat und das Europa-Kolleg bildete (vgl. Wessels 2008: 57-59). Occhionero geht sogar soweit, die berühmte Züricher Rede Churchills im Dezember 1946 als eigentlichen Gründungsakt eines politischen gemeinsamen Europas zu bezeichnen: Churchhill erschien es nach dem Zweiten Weltkrieg als einzige Lösung, die Europäische Familie wieder aufzubauen und die Vereinigten Staaten von Europa zu fordern (vgl. Occhionero 2006: 29, Schulze 1994: 327). Relevant ist dabei aber auch, dass Churchill hierbei Großbritannien nicht in seine Überlegungen mit einbezog (vgl. Wessels 2008: 58).

Prägend war auch der im Entstehen begriffene Ost-West-Konflikt. 1947 wurde bei den Beratungen zur Marshall-Hilfe klar, dass eine einheitliche europäische Einigung trotz des katastrophalen Krieges und des amerikanischen Druckes nicht möglich war und das Fehlen der Länder, die von der Roten Armee besetzt waren, deutete bereits auf die Spaltung Europas hin, die im Kalten Krieg Realität wurde (vgl. Wimmer 2000: 70). Auf der westlichen Seite wurden die Staaten durch das Truman-Doktrin und den Marshall-Plan von den Vereinigten Staaten vor allem wirtschaftlich unterstützt, durch das Modell der parlamentarisch-liberalen Demokratie fanden die Menschen aber auch ein politisches Vorbild in den USA. Währenddessen wurde in den Ländern unter sowjetischer Herrschaft Nationalismus unterdrückt und nationale Ambitionen oder Minderheiten polizeilich und militärisch in Schach gehalten[18] (vgl. Schulze 1994: 122-125). Eine erste sicherheitspolitische Zusammenarbeit westeuropäischer Staaten wurde durch den Brüsseler Pakt eingeleitet, 1948 folgte die *Organisation for European Economic Co-operation* (OEEC, später OECD), 1949 wurden die *North Atlantic Treaty Organisation* (NATO) und im gleichen Jahr der Europarat gegründet (vgl. Wessels 2008: 59). Die Festschreibung

[18] Die Bereitschaft der UDSSR, keinen „nationalen Kommunismus“ zu dulden, wurde besonders in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 deutlich (vgl. Schulze 1994: 125).

einer europäischen Finalität wurde von Beginn an gefordert, aber bis dato nicht festgelegt (vgl. Wessels 2008: 60).

Die 1950er Jahre waren stark geprägt von dem Ost-West Konflikt, aber auch von einem weltpolitischen Machverlust Frankreichs und Großbritanniens (vgl. Wessels 2008: 61). Die Erklärung des französischen Außenministers Schuman am 9. Mai 1950 gilt als weichenstellend für die europäische Integration. 1951 wurde nach Bemühungen Robert Schumans und Jean Monnets der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von Westdeutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten unterzeichnet. Auch wenn das offenkundige Ziel die wirtschaftliche Zusammenarbeit war, waren auch politische Zusammenarbeit und Friedenssicherung von Beginn an Motive, (vgl. Wessels 2008: 62 f.) – insbesondere, weil es sich bei Kohle und Stahl um für die Kriegsführung unerlässliche Schlüsselindustrien handelte (vgl. Pernice 2005: 764) und auch weil Frankreich so die Chance hatte, Deutschland als Partner ohne volle Souveränität an seiner Seite gegen die Sowjetunion im Boot zu haben, gleichzeitig zu zügeln bzw. kontrollieren zu können (vgl. Reinhard 2002: 42, Preuß 2005: 493). Charakteristisch war bereits damals die „Monnet-Methode“ der kleinen, sektoral begrenzten Schritte, die das gemeinsame Europa den Bürgern durch konkrete Leistungen näher bringen sollte (vgl. Wessels 2008: 63). Es wurde aber auch eine weitere Spaltung Europas in integrationswillige vs. „nur“ kooperationswillige Staaten sichtbar, die sich später in EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) vs. EFTA (*European Free Trade Association*) abbilden sollte (vgl. Wessels 2008: 64). Es wurde bereits damals die institutionelle Grundarchitektur der Europäischen Union festgelegt, eine unabhängige „Hohe Behörde“ (später die Europäische Kommission) stand im Zentrum, ebenfalls gegründet wurden ein Ministerrat und eine gemeinsame Versammlung (später das Europäische Parlament), sowie ein Gerichtshof (EuGH). Damals fehlte noch ein Gremium für die Regierungs- und Staatschefs, eine Widerspiegelung des Wertes, den Monnet auf unabhängige Experten legte (vgl. Wessels 2008: 65). Eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sowie eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG), die einen echten bundesstaatlichen Charakter gehabt hätten, scheitern an der französischen Nationalversammlung. Nach intensiven Verhandlungen auf der Außenministerkonferenz von Messina gelingt aber 1957 der Schritt Richtung Euratom-Vertrag und EWG als Zollunion und gemeinsamer Markt (vgl. Wessels 2008: 66-69, Reinhard 2002: 43). Diese drei europäischen Verträge, auch als Römer Verträge bekannt, bildeten den Grundstein der EU und besonders die Gründung der EWG war politisch wie ökonomisch ein bedeutendes historisches Ereignis (vgl. Reinhard 2002: 43, Dinan 2010: 26).

Vom politischen Nullpunkt 1945 folgten also diese „hoffnungsvollen Gründerjahre“ der späten 40er und 50er Jahre (vgl. Schieder 1991: 360). Schulze hat für diese Ereignisse eine fast deprimierende Erklärung. „Ohne die beiden großen Despoten des 20. Jahrhunderts, Hitler und Stalin, wäre eine europäische Einheitsbewegung, die das erste Mal in der Geschichte des Kontinents dauerhafte, übernationale Institutionen hervorbringen sollte, nicht möglich gewesen. Der Blick auf die Entwicklung des europäischen ‚Wir‘-Gefühls von der Schlacht von Salamis bis in die Gegenwart gibt dafür eine ebenso einfach wie bedrückende Erklärung: Europa hat sich immer nur gegen etwas, nie für etwas zusammenschließen können“ (Schulze 1994: 327). Und auch Pollak ist der Meinung, dass in diese Gründerjahre keine Wiederentdeckung gemeinsamer Werte hineininterpretiert werden dürfe, vielmehr bestanden noch tiefe Gräben zwischen Deutschland und Frankreich, denn die Kriegswunden waren nicht einfach vergessen, was sich auch in den Gründerverträgen widerspiegelt (vgl. Pollak 2007: 92). Jean Monnet „erkannte die Unmöglichkeit Europa auf gemeinsamen Werten und idealen Konzepten aufzubauen und bediente sich der List der Vernunft: die schrittweise Zusammenarbeit in unpolitischen technischen Bereichen würde irgendwann auch zu einem politischen Europa führen“ (Pollak 2007: 92). Wimmer (2000: 72) sieht in den Anfängen der EU zwei Tendenzen sichtbar: Einerseits die besonderen Haltung Großbritanniens zwischen dem Selbstbild einer Weltgroßmacht und der Rivalität zu Frankreich, andererseits das Scheitern einer gemeinsamen Außenpolitik an der französischen Nationalversammlung.

Die 1960er Jahre waren durch mehrere Entwicklungen und Kontroversen geprägt, etwa durch den Bau der Berliner Mauer oder De Gaulle als nationale Machtinteressen verfolgenden französischen Präsidenten. Erstmals bewarben sich andere Staaten für eine Mitgliedschaft in der EU, was allerdings durch ein Veto De Gaulles vorerst verhindert wurde, 1967 folgte dennoch der zweite Beitrittsantrag Großbritanniens, Irlands und Dänemarks (vgl. Wessels 2008: 71). Durch den Diplomaten Fouchet legte Frankreich Pläne dar, wie eine politische und sektorale Ausdehnung der Gemeinschaft aussehen könnte, die intergouvernemental geprägten Fouchet-Pläne fanden allerdings keinen Konsens. Trotz der Ablehnung wurden Teile davon zu einem späteren Zeitpunkt verwendet bzw. Ersatzlösungen gefunden – die Forderung nach regelmäßigen Treffen von Staats- und Regierungschefs wurde im deutsch-französischen Elyséevertrag 1963 vorangetrieben bzw. in den 70er Jahren mit dem Europäischen Rat auch tatsächlich umgesetzt (vgl. Wessels 2008: 72, Dinan 2010: 205/ 54). Die Krise des „leeren Stuhls“ führte zu dem „Luxemburger Kompromiss“: Nachdem De Gaulle seine Minister im Ministerrat abzog als er nationale Interessen bedroht sah, wurde Frankreich 1966 in Luxemburg ein Vetorecht

bei Mehrheitsbeschlüssen eingeräumt (vgl. Wessels 2008: 73). Zentral in der Europäischen Integration der 60er Jahre ist der Fusionsvertrag 1967, durch den eine einheitliche institutionelle Struktur von EGKS, EWG und Euratom geschaffen und in die Gestalt der Europäischen Gemeinschaften überführt wurde (vgl. Wessels 2008: 71).

Die 1970er Jahre waren gezeichnet von der internationalen Verschärfung des Kalten Krieges, durch den Prager Frühling, den Vietnamkrieg und die darauffolgende Entspannung auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Helsinki 1975, aber auch von zunehmenden wirtschaftlichen Turbulenzen in Verbindung mit dem Nahostkrieg, der Erdölverknappung und dem Ende des *Bretton-Woods-Systems* (vgl. Wessels 2008: 75). Der deutsche Bundeskanzler Brandt und sein französischer Kollege Pompidou schlugen auf den Gipfelkonferenzen von Den Haag und Paris eine richtungsweisende Dreierstrategie zur Vollendung, Erweiterung und Vertiefung vor. Mehrere Initiativen blieben zunächst ohne Umsetzung, waren aber richtungsweisend, wie etwa die Forderung nach einer Wirtschafts- und Währungsunion, einer Europäischen Union und einer politischen Zusammenarbeit (vgl. Wessels 2008: 76 f.). Der Tindmansbericht[19], als Plan zur Schaffung einer Europäischen Union bis 1980 mit flexiblen Elementen für ein Europa mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, fand, wie die Pläne von Fouchet, nicht den nötigen Konsens, wurde aber später wieder aufgegriffen (vgl. Wessels 2008: 78). In den 70er Jahren begann auch die Zusammenarbeit in nicht-wirtschaftlichen Bereichen auf Grundlage des Davignon-Berichts, auch wenn die Ausrichtung eher intergouvernemental konzentriert war. 1970 wurde die Europäische Politische Zusammenarbeit gegründet, um regelmäßige Treffen der Außenminister und ihrer Mitarbeiter zu koordinieren (vgl. Dinan 2010: 44).

1973 entstand das Kopenhagener Dokument zur Europäischen Identität[20] als Ausdruck eines Zusammenschlusses gegenüber den Interessen der USA, die unter Kissinger die Ausarbeitung einer „Neuen Atlantik-Charta“ zu forcieren versuchte, in dem europäische Länder nur mit regionalen Interessen angeführt waren. Um dem entgegenzuwirken, einigten sich die damals neun Außenminister auf eine eigenständige europäische Proklamation, ein „politisches Instrument im Ringen um hegemoniale Ansprüche“ (vgl. Pollak 2007: 93). Dies kann dem Kopenhagener Dokument zur Europäischen Identität auch angelastet werden, denn es ist nach außen definiert und nicht nach innen (vgl. Haller 1999: 266). Aber mit diesem Dokument kommt das Thema der europäischen Identität auf

[19] benannt nach dem belgischen Premier
[20] http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Organe/ER/Pdf/Dokument_Identitaet.pdf

die EU-Agenda und wird zu einem Schlüsselbegriff, „sowohl für die Beziehungen zum Bürger als auch für die äußere Politik“ (von Bogdandy 2005: 333, Stråth 2002: 388). Das Dokument war auf einer Geschlossenheit der neun Mitgliedsländer, der Dynamik der Europäischen Konstruktion und einer Verantwortung gegenüber dem Rest der Welt[21] aufgebaut (vgl. Stråth 2002: 389).

1973 folgte auch die erste Erweiterungsrunde mit dem Vereinigten Königreich, Irland und Dänemark; Norwegens Bevölkerung lehnte einen Beitritt ab. Die Verhandlungen verliefen relativ unproblematisch, viel eher stellten sich die britischen Forderungen um Neuverhandlungen und einen Rabatt der Beitrittszahlungen als Belastung dar (vgl. Wessels 2008: 79). Darüber hinaus wurden für die Gemeinschaft in Den Haag auch erstmals Eigenmitteleinnahmen beschlossen, die heutigen „traditionellen Eigenmittel“[22], die in den kommenden Jahren noch weiter ausgebaut werden sollten (vgl. Dinan 2010: 44). Mit dem „Cassis de Dijon“-Urteil des EuGH 1979 wurde der Weg frei gemacht für den gemeinsamen Binnenmarkt (vgl. Delors 2004: 251). Ein weiterer europäischer Meilenstein folgte 1979, als erstmals die Direktwahl für das europäische Parlament (damals: Gemeinsame Versammlung) eingeführt wurde. Als aber schon wenige Jahre später die Wahlbeteiligung massiv zu sinken begann, einigte man sich im Parlament auf einen *top-down* Ansatz, um den Bürgern die Integration näher zu bringen (vgl. Pollak 2007: 94). Insgesamt waren die Regierungen aber auch in diesem Jahrzehnt nicht in der Lage, einen Konsens für die Zukunft der EU zu finden: „angesichts deutlicher Unterschiede waren weitreichende Gesamtentwürfe für eine politische Finalität – nicht zuletzt angesichts des Scheiterns der Anläufe der fünfziger und sechziger Jahre – nicht tragfähig“ (Wessels 2008: 81).

Die 1980er Jahre wurden erschwert durch die Unmöglichkeit der europäischen Akteure, eine gemeinsame Linie in außenpolitischen Fragen zu finden. Stark national agierende Akteure wie Margaret Thatcher, Francois Mitterand oder Andreas Georgiou Papandreou und auch die Beitrittsanträge südeuropäischer Staaten stellten die Führungspersonen der Gemeinschaft vor Dilemmata. 1981 trat Griechenland der Gemeinschaft bei, fünf Jahre später folgten Spanien und Portugal (vgl. Wessels 2008: 83). Alternative Vorschläge und Entwürfe zur Zukunft der Gemeinschaft, etwa durch die Außenminister Deutschlands und Italiens oder einen Verfassungsentwurf Altiero Spinellis, wurden nicht aufgegriffen (vgl.

[21] Der „Rest“ der Welt war hierarchisch angeführt: 1. Die anderen europäischen Nationen, 2. Die mediterranen Länder, Afrika und der Nahe Osten, 3. USA, 4. Sowjetunion und osteuropäische Länder und 5. China und Lateinamerika.
[22] Zölle und Zuckerabgaben

Wessels 2008: 84). Allerdings kam es zu zentralen Vertragsänderungen durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) 1987: Die Umsetzung des Binnenmarktes wurde bis 1992 fixiert, die EPZ wurde vertraglich formuliert und angegliedert, die qualifizierte Mehrheit im Rat ausgedehnt, legislative Befugnisse des Europäischen Parlaments gestärkt und bereits praktizierte Sektorpolitiken vertraglich festgehalten. Konkret wurden auch die Währungsunion und die politische Finalität nach der Errichtung eines Binnenmarktes angesprochen (vgl. Wessels 2008: 84). Insgesamt stellt diese erste Vertragsrevision keinen Neuanfang dar, vielmehr eine Fortführung eines Grundmusters hin zu einem Dreieck zwischen Kommission, Rat und EP und einer gleichmäßigen Stärkung intergouvernementaler sowie supranationaler Elemente (vgl. Wessels 2008: 86). Auch die Konzeption der Finanzierung der Gemeinschaft wurde entschieden vorangetrieben. 1984 in Fontainebleau wurden Nettozahlerrabatte, insbesondere für Großbritannien, ausgehandelt um Thatchers Zustimmung zur EEA zu gewinnen und 1988 wurde mit dem Delors I-Paket ein gemeinsamer Haushalt sowie neben Zöllen, Grenzabschöpfungen und Mehrwertsteueranteilen eine vierte Einnahmequelle der EU anteilig am Bruttoinlandsprodukt verabschiedet (vgl. Delors 2004: 292/295, Wessels 2008: 84/86).

Das Jahr 1989 stellte einen historischer Meilenstein in der Geschichte eines gemeinsamen Europas dar. Das Ende des Kalten Krieges veränderte fast alle Parameter, die überhaupt erst zur Gründung der EU geführt hatten. Preuß attestiert der Union in dieser Hinsicht aber eine erstaunliche Schnelle und Flexibilität, wie damit umgegangen wurde (vgl. Preuß 2005: 511). „Es schien als wäre die gesamte politische Elite Europas von einem neuen Glauben an die historische Mission des Kontinents erfasst worden“ (Pollak 2007: 94).

Die 1990er Jahre waren stark von dem Ende des Kalten Krieges, dem Ende der Bipolarität und der damit verbundenen neuen Aufbruchsstimmung in Europa verbunden: Inhaltlich gab es Fortschritte mit der ersten Stufe der Währungsunion, der Vollendung des Binnenmarktes und eine weiter ausdifferenzierten Finanzierung der EU durch das Delors-II-Paket sowie der Agenda 2000. Durch den Vertrag von Maastricht wurde die EU formal begründet und im Vertrag von Amsterdam weiterentwickelt, die EFTA-Staaten Österreich, Finnland und Schweden traten der Union 1995 bei und der Beitritt neuer Kandidaten aus Osteuropa wurde vorbereitet (vgl. Wessels 2008: 88 f.). 1993 wurden zu diesem Zweck auch die Kopenhagener Kriterien festgelegt: Die Aufnahmefähigkeit der EU selbst muss ebenso gegeben sein wie politische, wirtschaftliche und rechtliche Standards (vgl. Wessels 2008: 95, Europäische Kommission 2013[23]). In den 90er Jahren zeigte sich aber auch auf

[23] http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/index_de.htm

traurige Weise am Balkan und im Irak, dass außenpolitisch nach wie vor nicht an einem Strang gezogen wurde (vgl. Haller 1999: 267).

Der 1992 unterzeichnete und ein Jahr später in Kraft getretene Vertrag von Maastricht hat mit der so genannten „Tempelkonstruktion“[24] eine umfassende Neuordnung der Europäischen Union mit sich gebracht, auch wenn bezüglich einer europäischen Finalität der Trend der vergangenen Jahrzehnte fortgeführt wurde – wieder wurden intergouvernementale *und* supranationale Elemente gestärkt (vgl. Wessels 2008: 90/ 92). So wurden Aufgaben der Union ergänzt, jedoch nicht unbedingt auf eine alleinige Kompetenzstufe gehoben. Das Subsidiaritätsprinzip wurde eingeführt, ein Zeitplan und die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) festgelegt, ein Mitentscheidungsverfahren zwischen EP und Rat eingeführt und somit der Einfluss des Parlaments gestärkt, dem EuGH wurde die Möglichkeit einer Zwangsgeldeinhebung bei Verstößen von Mitgliedsstaaten zugebilligt und ein Ausschuss der Regionen wurde installiert. Die zweite Säule der GASP wurde sehr vage gehalten und die dritte Säule Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres wurde zwar an die EU herangeführt, aber ohne Gemeinschaftsmethode und mit Vetorecht der Länder (vgl. Wessels 2008: 90 f.).

1997 wurde der Vertrag von Amsterdam unterzeichnet und trat zwei Jahre darauf in Kraft. Dieser Vertrag kann als Revision und Ergänzung von Maastricht charakterisiert werden, mit sehr begrenztem Innovationspotenzial. Die Politikfelder wurden weiter ausgebaut, wesentliche Teile der Innen- und Justizpolitik, insbesondere die Asyl- und Einwanderungsagenden, wanderten in die erste Säule, so dass die dritte Säule in polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) umbenannt wurde. Das Mitentscheidungsverfahren wurde ausgeweitet, der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschlossen und der Posten eines Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Die eigentliche Aufgabe des Vertrages zur Vorbereitung auf die Aufnahme der osteuropäischen, beitrittswilligen Staaten scheiterte allerdings und wurde erst mit dem Vertrag von Nizza nachgeholt (vgl. Wessels 2008: 94 f.).

Im neuen Millennium setzte die Europäische Union zunehmend Schritte zur Vertiefung und Erweiterung – insbesondere die Euroeinführung als *„most ambitious policy innovation ever“* (Dinan 2010: 133) und die Osterweiterung stellen Meilensteine dar. Die Zeit seit der Jahrtausendwende bis zum heutigen Tag war aber auch von schweren Krisen geprägt:

[24] Das Dach dieses Tempels als einheitlicher und institutioneller Rahmen bildet der Europäische Rat, die erste Säule bildet die Gemeinschaftspolitik (WWU, Kohäsionsfonds, Unionsbürgerschaft ect.), die zweite Säule ist die Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) und die dritte Säule die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (vgl. Wessels 2008: 89).

Wirtschaftliche Schwierigkeiten durch den Globalisierungsdruck, die Terroranschläge des 11. September 2001 und den darauffolgenden Irakkrieg sowie die tiefe Wirtschafts- und Eurokrise (vgl. Dinan 2010: 133, Wessels 2008: 97).

2001 wurde der Vertrag von Nizza zur Vorbereitung auf die Osterweiterung unterzeichnet, der 2003 in Kraft trat. Der „Reformvertrag" führte nach schwierigen Verhandlungen und großen Machtunterschieden der einzelnen Länder zu Veränderungen der Stimmgewichtung und Beschlussmodalitäten im Rat, der Ausweitung der Qualifizierten Mehrheit, einer Stärkung des Kommissionpräsidenten und einer Festlegung der Zusammensetzung der Kommission auf einen Kommissar pro Nation. Weiter wurden das EP gestärkt und der EuGH reformiert, neue Beamtengremien eingesetzt (z.B. das Politische und Sicherheitspolitische Komitee, PSK) sowie eine Charta der Grundrechte der EU verabschiedet (vgl. Wessels 2008: 99 f.). Im Jänner 2002 wurde in zwölf Mitgliedsstaaten die Gemeinschaftswährung Euro eingeführt, die bereits seit 1999 offizielle, virtuelle Währung war. Aktuell dient der Euro in 17 Mitgliedsstaaten als Währung, Dänemark und das Vereinigte Königreich haben eine *Opt-out*-Klausel ausgehandelt, während die restlichen Mitgliedsstaaten erst die Bedingungen zur Übernahme erfüllen müssen (vgl. Europäische Kommission 2013[25]). 2004 fand die erste Osterweiterung um zehn neue Mitgliedsstaaten statt: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern (vgl. Wessels 2008: 97). Mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien 2007 sowie Kroatien 2013 umfasst die Europäische Union aktuell 28 Mitgliedsstaaten (vgl. Europäische Union 2013[26]).

Ein Konvent zur Zukunft der Europäischen Union wurde auf der Gipfelkonferenz 2001 in Laeken beschlossen und 2002 die erste Sitzung abgehalten. In Folge entstand daraus ein erster Verfassungsentwurf für Europa, der sich insbesondere auch durch den Einbezug vieler verschiedener Akteure auszeichnete (vgl. Wessels 2008: 103). 2004 wurde dieser Verfassungsvertrag auch unterzeichnet, scheiterte jedoch an Referenden in Frankreich und den Niederlanden und wurde daraufhin von einer Reflexionsphase unterbrochen. 2007 wurde ein neuer Auftrag für einen „Reformvertrag" gegeben und am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet. Die Ablehnung des Vertrages bei der irischen Bevölkerung verzögerte das Inkrafttreten ebenso wie die Ablehnung des tschechischen Präsidenten Klaus. Nach einer Wiederholung des irischen Referendums mit positivem Ausgang trat der Vertrag im Dezember 2009 schließlich in Kraft (vgl. Dinan 2010: 150-154.). Hummer

[25] http://ec.europa.eu/economy_finance/euro/index_de.htm
[26] http://europa.eu/about-eu/countries/member-countries/index_de.htm

spricht bei dem Vertrag von Lissabon von einem „Etiketten-Schwindel“, da die Substanz des Verfassungs-Konzepts so weit wie möglich übernommen werden sollte und quasi nur die Benennung verändert wurde (vgl. Hummer 2009: 39). Der Vertrag von Lissabon änderte zwar „nur“ die bestehende Vertragsarchitektur und stellt nicht wie im Verfassungsentwurf vorgesehen, einen eigenen Vertragstext dar. Die Veränderungen sind allerdings massiv (vgl. Hummer 2009: 36). Die Säulenstruktur seit Maastricht wurde aufgelöst, der EU wurde eine Rechtspersönlichkeit verliehen und die intergouvernementalen Bereiche der GASP und PJZ wurden, mit institutionellen Besonderheiten, in das Unionsrecht überführt. Ebenso wurde die Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative eingeführt (vgl. Obwexer 2009: 106/111) und auch die Grundrechtecharta wird verbindlich (vgl. Hummer 2009: 37). Des Weiteren werden die nationalen Parlamente stärker in Budgetkontrolle und Rechtssetzung einbezogen, das System der Qualifizierten Mehrheit wird gerechter, die Kompetenzen des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik ausgebaut, ein Europäischer Auswertiger Dienst gegründet, das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates eingeführt und erstmals wird die Möglichkeit eines EU-Austritts geregelt (vgl. Dinan 2010: 155, Europäische Union 2013[27]).

Prägend für die vergangenen fünf Jahre war auch die mehrere Bereiche umfassende Euro-Krise; wenn man so will handelt es sich dabei um „mehrere Krisen“: Finanzkrise, Staatsschuldenkrise, Währungskrise, Bankenkrise und Wirtschaftskrise. Im Endeffekt wird sogar von einer Existenzkrise der Union gesprochen, die die europäische Solidarität und das europäische Vertrauen in Frage stellt. Ausgehend von der US-amerikanischen Krise im Kredit- und Bankensektor 2007, war wenige Monate später auch Europa betroffen. Das drastische Ausmaß begann aber erst ein Jahr später sichtbar zu werden, insbesondere nachdem der Finanzriese „Lehman Brothers“ kollabierte. Die EU ergriff durchaus frühe Maßnahmen um der schwächelnden Wirtschaft zu helfen, diese wurden aber ob ihres geringen Ausmaßes und zu national-protektionistischen Ansätzen kritisiert (vgl. Dinan 2010: 156-160). Ende 2009 sah es zunächst danach aus, als würde sich Europa wirtschaftlich langsam wieder stabilisieren, bis Anfang 2010 der nächste Schock mit der Staatsschuldenkrise Griechenlands folgte (vgl. Dinan 2010: 162). Durch die anfängliche Ablehnung der restlichen EU-Länder, Griechenland und weiteren „Problemkindern“ zu helfen, kippte der Glaube an eine europäische Solidarität in der Eurozone – und zeigte sich deutlich an den Finanzmärkten, an denen die Zinssätze für die schwer verschuldeten

[27] http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm

Staaten in fast unhaltbare Höhe schossen, während die europäischen Staatsoberhäupter den Märkten mit verspäteten Halbmaßnahmen hinterherrannten (vgl. Ash 2012: 7 f.). 2010 wurde der EFSF (*European Financial Stability Facility*) als kurzfristiger Rettungsfond eingerichtet, der 2011 in den finanzkräftigeren ESM (*European Stability Mechanism*) überführt wurde (vgl. Gocaj/ Meunier 2013: 239 f.). Auch eine Fiskal- und Bankenunion ist im Gespräch, eine solche Union mit ausreichenden Mittel und Macht ist aber angesichts der nationalen Resistenz eher als Wunsch von Optimisten anzusehen (vgl. Donnelly 2013: 2). 2012 wurde ein Fiskalpakt unterzeichnet, der aber keine Fiskalunion darstellt, sondern eher eine Überwachung der Budgetpolitik. Insgesamt werden in den Antworten auf die Krise nationale vor europäische Interessen gestellt, etwa wenn die Kredite an die verschuldeten Krisenstaaten Griechenland, Portugal, Irland und Zypern wieder zurück in die Finanzzentren des Nordens fließen und die Länder der Peripherie zusätzlichen Nachteilen aussetzt werden (vgl. Donnelly 2013: 17 f.).

4.3 Identität in der Europäischen Union

Es ist schwierig, eine genaue Abgrenzung zu finden zwischen der Europäischen Union[28] und Europa als Ganzem. Der Fokus soll natürlich auf der EU liegen, aber angesichts der ungeklärten Finalität und den laufenden Erweiterungen kann hier keine formale Grenze gezogen werden. Auch im wissenschaftlichen Umgang werden die beiden Begrifflichkeiten EU und Europa oft vermischt (vgl. z.B. Stråth 2002 oder Diez Medrano 2010).

Eine Unterscheidung, die oft benutzt wird, ist jene in politisch/ bürgerliche und kulturelle Identität Europas. Bruter etwa unterscheidet zwischen einer bürgerlichen und einer kulturellen Europäischen Identität. Als bürgerliche Identität kann das Maß verstanden werden, nachdem sich Bewohner der EU-Mitgliedsstaaten als Bürger eines Europäischen politischen Systems fühlen, dessen Regeln, Gesetze und Rechte einen Einfluss auf das tägliche Leben haben. Kulturelle Identität hingegen beschreibt, dass andere Europäer einem Individuum näher sind als Nicht-Europäer. Diese Unterscheidung von Identifikation mit einer politischen Gemeinschaft als menschliche Gruppe oder politischem System führt Bruter zu dem Schluss, dass es unmöglich sei, politische Identität als einfaches Beispiel für soziale Identität anzuführen (vgl. Bruter 2003: 1155 f.). Meyer führt aus, dass Europäische Identität nur ein politisches und kein kulturelles Konzept sein kann, auf der Ebene der

[28] Respektive der europäischen Gemeinschaft vor dem Vertrag von Maastricht.

sozialen und politischen Grundwerte des Zusammenlebens mit Anderen (vgl. Meyer 2009: 15/17). Und auch die Identifizierung der Bürger mit der Europäischen Union zeigt einen Unterschied zwischen einer eher verbreiteten, kulturellen Identität Europas und einer politischen Identifizierung mit der EU, die bis jetzt unemotional und wenig vorhanden war (vgl. Kaelble 2005: 319).

Ob es nun eine europäische Gesellschaft gibt, eine europäische Identität, ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl, ist umstritten. Cederman ist skeptisch, was die Existenz einer europäischen Identität angeht. Im Sinne seines vorgeschlagenen Modells der *Bounded Integration* sind die Nationalstaaten zu stark und gut organisiert, um einfach so abgelöst zu werden. Er schließt aber für die Zukunft nichts aus (vgl. Cederman 2001). Stråth hingegen ist der Meinung, dass die Idee einer europäischen Identität im Sinne einer Abstraktion, einer Fiktion und Ideologie als historisches Konzept, als historischer Diskurs angesehen werden sollte und somit nicht zukunftsrelevant ist (vgl. Stråth 2002: 387 f.). Die großen Problembereiche, die Kaina für die Zukunft der EU und ihrer Identität identifiziert, sind einerseits das *Dilemma der gegensätzlichen Geschwindigkeit*, das sich im ungleichzeitigen Integration- und Erweiterungsprozess und die heterogenen Ländern abbildet (vgl. Kaina 2009: 209-211). Andererseits sieht sie ein *Dilemma der Gleichzeitigkeit*, in dem eine kollektive Identität für weitere Demokratisierungsschritte vital wäre, Demokratisierung und Legitimität aber von einem *Demos* abhängig sind – „Die Demokratisierung der EU zu forcieren und parallel dazu günstige Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich allmählich ein europäisches kollektives Gemeinschaftsbewusstsein bei den Europäern herausbildet, birgt desintegrativen Sprengstoff“ (Kaina 2009: 210).

Ohne Frage existieren kulturelle und politische Mauern zwischen den Nationalstaaten und auch starke innereuropäische Unterschiede durch Industrialisierung, Modernisierung, die Weltkriege oder den Eisernen Vorhang sind vorhanden (vgl. Kaelble 2005: 301 f.). Jedoch sind auch Abmilderungen dieser Unterschiede feststellbar, denn die Harmonisierung der EU und gesellschaftliche Austauschbeziehungen zwischen den europäischen Nationalstaaten haben sich seit den 50er Jahren verstärkt (vgl. Kaelble 2005: 304 f.). Konsum, Lebensstil, Berufsmigration, Studien im Ausland und auch internationale Heiraten führen zu Verflechtungen und zu Europäisierung, und zwar intensiver als anderswo: Die EU verstärkt diese Tendenzen (vgl. Kaelble 2005: 305-308). Eine europäische Zivilgesellschaft sowie die Unionsbürgerschaft können als ausgeprägt angesehen werden, einer Europäischen Öffentlichkeit fehlt es aber an Grundsätzlichem, auch wenn Fortschritte im Entstehen begriffen sind (vgl. Kaelble 2005: 316/ 319).

4.3.1 Politische Implikationen europäischer Identität

"Wie für jedes andere politische Gemeinwesen auch, so ist für die Europäische Union ein ausreichend ausgebildeter Sinn für gemeinsame Bürgeridentität eine notwendige Bedingung sowohl für die Legitimität ihres politischen Handels als auch für die Solidarität ihrer Bürger" (Meyer 2009: 15). Zur Überlebensfähigkeit politischer Systeme und auch als Voraussetzung demokratischer Ordnungsmodelle ist ein Minimum an diffuser politischer Zustimmung im Sinne von Legitimität ebenso wichtig wie Vertrauen und Effektivität. Eine starke kollektive Identität wird auch immer wieder als Bedingung für ein langfristiges europäisches System genannt (vgl. Kaina 2009: 32 f./ 36).

Vier Punkte sollen im Folgenden angesprochen werden, in denen eine kollektive Identität für Europa eine wichtige Rolle spielt: Demokratie, Legitimität, Solidarität und Finalität.

Erstens, immer wieder wird der EU jedoch ein Demokratiedefizit aufbauend auf Zunahme exekutiver Macht zuungunsten der Parlamente, das Fehlen europäischer Wahlen, das Fehlen von Bürgernähe, Technokratie und eine von den Bürgerpräferenzen zu weit entfernte neo-liberale Regierungspolitik vorgeworfen (vgl. Kaina 2009: 171). Deutliche Risse zeigten sich erstmals im Ratifikationsprozess des Maastrichter Vertrages als sich über 50% der Dänen dagegen aussprachen. Dies führte bei den europäischen Politikern zu einem Schock. Bereits im Tindemans-Bericht im Jahr 1976 war mehr Bürgernähe gefordert worden, aber nun entbrach erstmals eine Debatte um das Demokratiedefizit und um die Legitimität der europäischen Idee (vgl. Pollak 2007: 95, Kreis 2007: 62). Paradoxerweise ging die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament aber in dem Maße zurück, als seine Bedeutung zunahm (vgl. Kreis 2007: 62). Fragen zur ausreichenden politischen Mitbestimmung stellten sich auch, als der Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde. Im Verfassungsgebungsprozess müssten schon zu Beginn, nicht erst am Ende, die Bürger mit einbezogen werden, um demokratisch zu sein und am Schluss ein Verfassungsentwurf gesamteuropäisch zur Abstimmung gestellt werden (vgl. Kreis 2007: 68). Die Frage nach einer kollektiven europäischen Identität ist damit eng verbunden, denn Ergebnisse einer demokratischen Entscheidungsfindung müssen auch von jenen anerkannt werden, deren Interessen sie widersprechen. Das tun die Menschen in der Regel aber nur, wenn ein Gemeinschaftsbewusstsein der Entscheidungsbetroffenen vorhanden ist (vgl. Decker[29] 2002: 263, zitiert nach Kaina 2009: 172). Eine vernünftige demokratische Ordnung kann sich darüber hinaus erst dann bilden,

[29] Decker, Frank (2002): Governance beyond the Nation-state: Reflections on the Democratic Deficit of the European Union. In: Journal of European Public Policy 9. S. 256-272.

wenn es einen *Demos* gibt. „Mit äußerster Konsequenz hat z.B. der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof im berühmten Maastricht-Urteil sowohl die Unstaatlichkeit der Union als auch deren grundsätzliche Demokratieunfähigkeit behauptet“ (Wimmer 2000: 99). Denn Demokratie benötigt ein sich selbst als Volk oder Nation begreifendes Subjekt, das Volk bedarf einer eigenen politischen Identität, im besten Sinne sollte es sich als Solidargemeinschaft verstehen (vgl. Wimmer 2000: 99). Dazu gibt es in der Wissenschaft divergierende Meinungen, ob entsprechend der „*no demos*-These“ nach Kielmansegg oder Grimm ein Gemeinschaftsglaube nicht vorhanden ist, oder wie andere Forscher postulieren, durchaus eine kollektive Identität in Anfängen vorhanden bzw. zumindest möglich ist (vgl. Kaina 2009: 173). Die Europäische Bürgerinitiative könnte einen neuen Anfang bedeuten, weil damit neue demokratische Rechte eingefordert werden können und auch weil damit transnationale Kooperationen von Parteien und Verbänden, auf jeden Fall aber von oberer und unterer Ebene gefördert werden (vgl. Kreis 2007: 65). Die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land und in der EU „stellen äußert wichtige Bedingungen dafür dar, das sich die Bürger/innen nicht nur mit ihren Nationen, sondern auch mit der EU identifizieren“ (Westle 2004: 475). Wenn in Zukunft das Demokratiedefizit der Union noch stärker wahrgenommen wird und Integration ohne Mitbestimmung der Bürger staatfindet, kann davon ausgegangen werden, dass dies zu Renationalisierungstendenzen führt und eine ansatzweise vorhandene europäische Identität erodiert (vgl. Westle 2004: 475).

Zweitens, Legitimität ist ebenfalls eng mit Identitätsbildung verbunden. In Zeiten des *permissive consensus* wurde die Frage nach mehr Demokratie oder Legitimität nicht gestellt. Seit dem Vertrag von Maastricht aber hat sich die öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf das Demokratiedefizit der EU gerichtet, in einem weiteren Schritt hat sich diese Diskussion auf die Identitätsbildung und die damit verbundene angenommene Legitimitätsfunktion verlagert (vgl. Cederman 2001: 153). Stråth sieht den Identitätsdiskurs als Kompensation für die wirtschaftlichen und politischen Probleme bereits in den 80ern an (vgl. Ebenda 2002: 389). Legitimität des europäischen Regierens als funktionale Voraussetzung für effiziente, liberale Herrschaft, ist ebenfalls eng verknüpft mit der ungeklärten Finalität Europas (vgl. Scharpf 2005: 705 f.). Konkret fehlt den EU-Institutionen die *Input*-Legitimation, was allerdings unschädlich ist, dank der vielen Vetopositionen und Zugangsmöglichkeiten – es kann also niemand übergangen werden. Dies gilt allerdings nur für Beschlussverfahren, viel schwieriger bis teilweise unmöglich wird es, bestehendes Recht rückgängig zu machen oder zu verändern (vgl. Scharpf 2005: 730). Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Wähler die EU nicht zur

Verantwortung ziehen können, sondern nur die nationalen Regierungen. Wenn diese allerdings die Verantwortung für EU-Politiken ablehnen, wird das Demokratiedefizit verstärkt und die Legitimität sinkt. Legitimität politischen Handelns bleibt auf dieser Ebene also immer noch auf Strukturen und Prozesse des Nationalstaates angewiesen (vgl. Scharpf 2005: 731/ 736).

Drittens, Solidarität – je weiter und je tiefer die Integration der EU vorangeschritten ist, desto abhängiger wurde sie von öffentlicher Unterstützung, besonders in Krisenzeiten (vgl. Karolewski 2011: 936). Insbesondere durch die Krise, die die Europäische Union aktuell durchlebt, zeigt sich, dass es durchaus Probleme bei der Solidarität und im Zusammenhalt zwischen den einzelnen Mitgliedsländern und ihren Bevölkerungen gibt. Viele Autoren unterstreichen, wie wichtig kollektive Identität für soziale und politische Kohäsion zwischen EU Bürgern und den Eliten ist (vgl. Karolewski 2011: 935) oder anders ausgedrückt: „*Identity becomes a problem when there is no identity, particularly in situations of crisis and turbulence, when established ties of social cohesion are eroding or breaking down*" (Stråth 2002: 387). Die immer wieder genannten Gegensätze konzentrieren sich dabei auf Geberländer mit Prototyp Deutschland und Nehmerländer mit Vorzeigebeispiel Griechenland. Dass hier wenig Solidarität aufkommt, wenn beide Nationen sich im Recht glauben, „Fairness" unterschiedlich verstanden wird und die Bevölkerungen fundamental unterschiedliche Lebenserfahrungen machen, ist kontraproduktiv, aber nicht unverständlich (vgl. z.B. Surowiecki 2012) und verlangt nach Lösungen oder Maßnahmen die dem entgegen steuern.

Viertens, Finalität. Bereits John Stuart Mill (1861[30], zitiert nach Kaina/Karolewski 2009: 5 f.) sieht eine kollektive Identität als notwenige Voraussetzung für eine demokratische Entscheidungsfindung an. „*A shared sense of European community*" sei entscheidend für weitere Integrationsschritte. Wenn also eine gemeinsame Demokratie und Legitimitätsgrundlage in der europäischen Union fehlt und wenn auch die Solidarität zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten auf sehr unsicheren Beinen steht – wie sollen dann vernünftige Schritte in Richtung weiterer Integration gesetzt werden? Wie sollen Diskussionen über die Finalität stattfinden, wenn sich die Bürger nicht angesprochen fühlen und wieso werden Länder aufgenommen, die nicht die Zustimmung der Unionsbürger besitzen? Festzustellen ist, dass Fragen der kollektiven Identität also für die Zukunft der Union großen Wert besitzen. Der Themenkomplex der Finalitätsfrage wird

[30] Mill, John Stuart (1861): Considerations on representative government. In: Williams, Geraint (Hg.): Utilitarism, On liberty, Considerations on representative government. London: J.M. Dent. S. 188–410.

ausführlicher im Kapitel fünf aufgegriffen. Zuerst soll im nächsten Abschnitt eine empirische Zusammenfassung der in Europa vorherrschenden Meinungen und Einstellungen vorgestellt werden.

4.4 Daten und Umfragen

Vorwegzunehmen ist, „*the notion of identity means quite different things to different people, and even when the concept is commonly defined, measuring it remains extremely difficult*" (Hermann/Brewer 2004: 4). Salienz von Zugehörigkeiten und Identitäten kann sich je nach sozialem Kontext verändern und insbesondere natürlich auch in wissenschaftlichen Untersuchungen je nach Frage variieren (vgl. Herrmann/ Brewer 2004: 4). Auch die Eurobarometer Umfragedaten im Auftrag der Europäischen Kommission können dabei kritisiert werden. Bruter wendet zum Beispiel ein, dass inadäquate, nicht valide Messinstrumente für eine europäische Identität eingesetzt werden, etwa durch die Fragestellung wie sich die Befragten „in der Zukunft" sehen oder, dass die Korrelation mit der Frage nach nationalen Identitäten das Ergebnis positiv beeinflussen würde. Außerdem wird nicht klar festgelegt, was Europäische Identität überhaupt bedeutet, die Antworten können also nicht verglichen werden, da Befragte unterschiedliche Vorstellungen dieser Identität aufweisen können (vgl. Bruter 2003: 1154). Dennoch bieten die Eurobarometerdaten das beste vorhandene Material, um die öffentliche Meinung in der EU abzubilden, weil sie wissenschaftlich fundiert und langfristig sind, sowie alle EU-Staaten mit einbeziehen. Darüber hinaus sollen natürlich auch diverse andere Untersuchungen das Bild abrunden.

4.4.1 Einstellungen gegenüber der Europäischen Union

Gestützt auf Eurobarometer Umfragen kommt Viktoria Kaina zu dem Schluss, dass es seit den 1970er Jahren eine leicht negative Entwicklung der Zustimmung zu der europäischen Einigung gibt. Seit den 1990er Jahren hat drüber hinaus ein deutlicher Negativtrend der öffentlichen Unterstützung der europäischen Entwicklung eingesetzt, im Umkehrschluss kann dies als Nationalisierungstrend angesehen werden (vgl. Kaina 2009: 19). Davon, dass der *permissive consensus* zu Ende ist, kann ausgegangen werden: Eine allgemeine, mehrheitliche Zustimmung zum europäischen Einigungswerk seitens der Bürger und Bürgerinnen ist nicht mehr selbstverständlich (vlg. Kaina 2009: 27). Vielmehr ist die

Abnahme der Zustimmung mit tieferen Integrationsschritten einhergegangen, die Unterstützung der EU variiert dabei mit Kosten-Nutzen-Kalkülen, ökonomischen Erwartungen, Verteilungsängsten und in Folge mit dem Schutz nationaler Interessen (vgl. Kaina 2009: 30). In einer Analyse der Eurobarometerdaten von 1974 bis 2004 bezüglich des Bedauerns über eine mögliche Auflösung der EU zieht Kaina interessante Schlüsse. Seit den 1970er und 1980er Jahren kann ein Abnahmetrend des Bedauerns hin zu einer größeren Gleichgültigkeit festgestellt werden, falls die Europäische Union sich morgen auflösen würde, allerdings gibt es nach wie vor eine Mehrheit, die nicht darüber erleichtert wäre. Sprunghafte Veränderungen und Schwankungen lassen darauf schließen, dass die Wertschätzung für die EU auf keiner soliden Basis steht und anfällig für Launen ist (vgl. Kaina 2009: 89 f./ 93). In dieser Indifferenz sieht Kaina gleichzeitig ein Chancen- sowie Gefahrenpotenzial, das einerseits von der EU als *Identity Building* Opportunität genutzt werden könnte, somit andererseits aber auch offen für Mobilisierung gegen die EU ist (vgl. Kaina 2009: 96). Kaina attestiert der Europäischen Union im Verständnis vieler Unionsbürger auch eine geringe psychologische Relevanz, etwa aufgrund von kognitiv widersprüchlichen Antworten bei den vorliegenden Umfragen, viele Befragte wünschen z.B., dass die EU in ihrem Leben eine Rolle spielt, würden es aber nicht bedauern, wenn es die EU nicht mehr geben würde (vgl. Kaina 2009 97 f.). In einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie der Firma Optem wurden qualitative Gruppendiskussionen in 25 Mitgliedsstaaten zum Thema Europäische Bürger und die Zukunft der Union durchgeführt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein allgemeines Klima von Unsicherheit und Ängsten, hautsächlich sozio-ökonomischer Natur, herrscht. Trotz widersprüchlicher Einstellungen gegenüber der EU und trotz geringem Wissen über die Kompetenzen und Funktionen der EU wird diese aber hauptsächlich positiv wahrgenommen und ihr werden starke Erwartungen entgegengebracht (vgl. Eurobarometer Qualitative Study 2006: 7-12). "*To sum up, quite widespread expectations and hopes that Europe will not reduce itself to being a single market and a mere free trade area, not even a Europe based on unrelated projects; on the contrary, the citizens expect progress in European integration in many fields and wish to see Europe assert itself collectively on the world stage*" (vgl. Eurobarometer Qualitative Study 2006: 12). Auch Westles Fazit ist, dass die Bürger überwiegend offen für Europa sind, aber Strukturen fehlen, die eine „nicht-konkurrierende Verknüpfung von regionaler, nationaler und europäischer Identifikation ermöglichen" (Westle 2004: 475). Ebenso werden die Fragen nach Nation oder Individuum als Legitimationsträger und die Thematik dominanter nationaler Identitäten die größten Herausforderungen im Prozess der europäischen Integration darstellen (vgl. Westle 2004:

475 f.). 2006 lag das Interesse an der Europäischen Union bei durchschnittlichen 63%, mit großen Schwankungen zwischen den Ländern, etwa Portugal mit 33% versus Finnland bei 94%. Indifferenz darf hier aber nicht als „schweigende Zustimmung“ missverstanden werden (vgl. Kaina 2009: 86 f.).

Das Bild der EU hat sich zwar in den letzten drei Jahren kaum verändert, im Trend seit 2006 ist aber eindeutig eine Abnahme eines positiven und eine Zunahme eines negativen Images sowie eine leichte Zunahme einer neutralen Einstellung zur EU zu erkennen. 2006 gaben noch 50% an, ein positives Bild von der EU zu haben, während 2013 nur mehr 30% dieser Meinung waren. Das negative Bild verdoppelte sich ab 2009 von 15% auf 29% im Jahr 2013 (vgl. Standard Eurobarometer 2013: 11). Den Ausbruch der Eurokrise damit in Verbindung zu bringen erscheint sinnvoll, möglicherweise gibt es aber auch andere Faktoren. Im Ausblick auf die Zukunft der Union lassen sich ein sinkender Trend des Optimismus und ein steigender Trend des Pessimismus über die letzten Jahre verorten, so dass sich aktuell die Waage hält (vgl. Standard Eurobarometer 2013: 11).

4.4.2 Identifikation mit der Europäischen Union

Es stellt sich die Frage, in welcher Form die viel diskutierte Europäische Identität existiert. Meinungen sowie Forschung dazu variieren, insbesondere auch durch die unterschiedlichen Definitionen.

Eine konstante absolute Mehrheit von über 60% der Europäer fühlt sich 2013 als EU-Bürger, im Ländervergleich gibt es erheblich Variationen mit Luxemburg, Malta und der Slowakei als Spitzenreiter mit 76% bis 88% eines Bürgergefühls, während in Griechenland, Zypern und im Vereinigten Königreich weniger als die Hälfte das Gefühl hat, ein Bürger der Europäischen Union zu sein. Das Gefühl der Unionsbürgerschaft wird dabei geringfügig durch den Euro verstärkt mit einer Zustimmung von 64% innerhalb und 57% außerhalb der Eurozone (vgl. Standard Eurobarometer 2013: 6). Eine „Verbundenheit“ mit der Europäischen Union fühlen 2012 aber nur 46%, ein Rückgang von 7% innerhalb von zwei Jahren. Auch gibt es einzelne Länder, die einen besonders drastischen Rückgang einer Verbundenheit mit der EU zeigen, wie etwa Italien. Es zeigt sich ebenfalls ähnlich wie bei dem Gefühl, ein EU-Bürger zu sein, ein Gefälle von Luxemburg mit 72% Verbundenheit, hin zu Großbritannien mit 27% (vgl. Standard Eurobarometer 2012: 8 f.). Mit ihrem jeweiligen Land fühlen sich hingegen über 90% „sehr“ oder „ziemlich“ verbunden, die Verbundenheit mit dem Dorf oder der Stadt kommt

auf ähnlich hohe Werte (vgl. Standard Eurobarometer 2012: 8). Soziodemografische Daten spielen dabei durchaus eine Rolle: Verbunden mit der EU fühlen sich eher jene, die eine höhere Ausbildung besitzen, sich für Politik interessieren und eher auf der oberen sozialen Leiter anzusiedeln sind (vgl. Standard Eurobarometer 2012: 10 f.). In der Frage, wie sich die Befragten in Zukunft sehen, zeigt sich in den letzten drei Jahren ein leichter Trend weg von einem reinen Nationalitätsgefühl (38%) hin zu einer multiplen Identität mit einem Gefühl als Nationalität und Europäer (49%). Andere Antwortmöglichkeiten befinden sich im einstelligen Prozentbereich, z.B. sich selbst als „nur" europäisch zu sehen, stellt für die meisten Unionsbürger keine relevante Alternative dar. Die Neigung, sich ausschließlich über Staatsangehörigkeit zu definieren, haben vor allem die Briten (vgl. Standard Eurobarometer 2012: 25). Wenn es darum geht Elemente einer europäischen Identität zu identifizieren, werden der Euro, demokratische Werte, Kultur und Geschichte, europäische Wirtschaft und Geografie am häufigsten genannt (vgl. Standard Eurobarometer 2012: 28).

Bruter befasst sich 2003 mit politischen europäischen Identitäten und ihrer Beeinflussung *top-down* durch Symbole und Medien: Haben gute und schlechte Nachrichten sowie Symbole einen Einfluss auf Europäische Identität? Seine Antwort lautet Ja. In einer experimentellen Studie (allerdings nur in drei Ländern) kommt Bruter zu dem Schluss, dass es eine Europäische Identität gibt, kulturell wie politisch, und diese auch weiter verbreitet ist als angenommen[31]. 70% der Befragten sehen sich selbst am oberen Ende einer Skala zur Stärke der Europäischen Identität (vgl. Bruter 2003: 1158 f./ 1170). „*This confirms that in both civic and cultural terms, there seems to be such a thing as a fairly widespread European identity"* (Bruter 2003: 1159). Des Weiteren zeigt das Experiment aber auch, dass die Europäische Identität über einen sehr kurzen Zeitraum stark variieren kann, etwa durch positive und negative Nachrichten (vgl. Bruter 20003: 1160). Insbesondere, dass die dauerhafte Aussetzung negativer Schlagzeilen eine schlechte Auswirkung auf die Bildung kollektiver Identität hat, könnte in der europäischen Krise auch erklären, warum die Solidarität eher abnahm, anstatt wie von anderen postuliert, während Krisenzeiten zusammenzuwachsen: „*being systematically exposed to bad news on European integration – it's failures and ist threats – damages citizens' perceptions of Europe's record and, in turn, also makes them less likely to feel part of Europe*" (Bruter 2003: 1165). Auch europäische Symbole haben einen Einfluss auf Europäische Identität, hauptsächlich in Bezug auf die kulturelle Identität, und können dabei helfen, Annahmen von „uns" und den „Anderen" zu beeinflussen. Hier lassen sich in Übereinstimmung mit

[31] Insbesondere macht hier eine andere Konzeptualisierung und Herangehensweise einen Unterschied zu den Eurobarometer Untersuchungen.

bereits vorgestellten Ergebnissen starke Länderunterschiede feststellen, Symbole haben sich z.B. stärker auf französische Testungsteilnehmer als auf britische ausgewirkt (vgl. Bruter 2003: 1160/ 1165-1167).

Diez Medrano hingegen kommt zu einem ganz anderen Ergebnis in seiner qualitativen Studie zur Europäischen Identität, deren Daten allerdings von Ende der 90er Jahre stammen: Er erkennt einen Trend, der auf eine sehr stabile und sehr niedrige Identifizierung mit Europa hindeutet. Insbesondere auch deshalb, weil das Verständnis von Europa und der EU so unterschiedlich zwischen Bürgern und Bürgerinnen ist und besonders auch zwischen den Erwartungen von Forschern und ihren Befragten variiert (vgl. Diez Medrano 2010: 45/ 64 f.). Meinhof führte ebenfalls qualitative Interviews zu dem Thema Transnationale Identität, allerdings mit anderer Herangehensweise und wieder anderem Ergebnis. Ihre Interviewpartner sind Menschen aus den gleichen Familien über drei bis vier Generationen, die entlang europäischer (ehemaliger) Grenzregionen in Deutschland und Polen leben. Fotos dienen in den Interviews als Gesprächsauslöser. Durch diese Feldarbeit und Diskursanalyse kommt Meinhof zu folgenden Schlüssen: Konstruktion multipler Identitäten ist „*fluid but not consistent*" mit vielen verschiedenen Level und auch Widersprüchen. Ebenfalls deutlich wurde eine starke Differenz zwischen *Ingroup*- und *Outgroup*-Konstruktion, hauptsächlich abhängig von persönlichen Erfahrungen. Dennoch konnten sehr ähnliche *Outgroup* Strategien einer negativen Dissoziation festgestellt werden, während die *Ingroup* Identifikation sehr unterschiedlich ausfällt. In Bezug auf Europa stellt sie fest, dass es eine „*almost total absence of positive or negative European identity makers*" gibt: EU und Europa werden abwechselnd verwendet und die Assoziationen dazu sind schwach (vgl. Meinhof 2004: 215 f./ 219). „*The most obvious lacuna in our informants' spontaneous narratives was connected with Europe and the European Union*" (Meinhof 2004: 241). Egal, ob eine negative oder positive Einstellung zur EU vorherrschte (vgl. Meinhof 2994: 242). Hier zeigt sich auch ein Gegensatz zwischen der instabilen Vorstellung von Europa in der Bevölkerung und einem sehr gleichmäßigen Bild von Europa bei Eliten, bzw. Beamten auf EU-Ebene (vgl. Meinhof 2004: 242, Wodak 2004).

François verweist auf zwei Untersuchungen, die die Fortschritte in der Europäisierung der Gedächtniskulturen zeigen. Einerseits greift er dabei auf Valérie Rosoux (2001[32], zitiert nach François 2008: 95) zurück, die in ihrer Studie nachweist, dass sich in Folge der

[32] Rosoux, Valérie B. (2001): Les usages de la mémoire dans les realtions internationals. Le recours au passé dans la politique étrangère de la France à l'égard de l'Allemgne et de l'Algérie de 1962 à nos jours. Brüssel.

deutsch-französischen Partnerschaft eine neue Wahrnehmung der Vergangenheit entwickelt hat und die Geschichte des jeweiligen Nachbarn auch als eigener Teil der Geschichte betrachtet wird. Zum zweiten zitiert François eine Meinungsumfrage in sechs Ländern über die großen Personen der europäischen Geschichte (vgl. Jeanneney 2003[33], zitiert nach François 2008: 96-99). Diese zeigt, dass zwischen den europäischen Ländern in der Einstellung zur Vergangenheit mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede herrschen, letztlich aber auch, dass das europäische dem jeweils nationalen Gedächtnis immer nachrangig ist. Dennoch scheint es nach nationalen Nennungen einen gewissen Konsens zu geben, was wichtige Persönlichkeiten der europäischen Geschichte betrifft – Leonardo da Vinci, Christoph Columbus und Martin Luther wurden in der Liste vor 1800 genannt, während Winston Churchill, Marie Curie und Charles de Gaulle in der Liste des 19. und 20. Jahrhunderts als wichtigste Personen von den meisten Befragten ausgewählt wurden. François schließt daraus, dass die befragten Europäer das historische Europa der Renaissance und Reformation favorisieren, sowie das persönliche Engagement für die Wissenschaft Curies, bzw. das Engagement gegen den Nationalsozialismus und für ein gemeinsames Europa von Churchill und de Gaulle schätzen. "Bei aller gebotenen Vorsichtigkeit in der Auswertung der Ergebnisse dieser Untersuchungen lässt sich doch mit Sicherheit feststellen, dass man tatsächlich von einem mindestens in Ansätzen vorhandenen europäischen Gedächtnis sprechen kann, und zwar von einem Gedächtnis, das schon über eine gewisse Selbstständigkeit verfügt und bei welchem alle Merkmale der Gemeinsamkeit und der inneren Spannung wieder zu finden sind, die für ein authentisches Gedächtnis konstitutiv sind" (François 2008: 99).

4.4.3 Einstellungen gegenüber Erweiterungen und „Anderen"

"*An overwhelming majority (92%) in the European Union agree that the integration of the CEE countries into the European Union has led to increased possibilities to move and travel freely within the European Union*" (Flash Eurobarometer 2009: 5). Drei Viertel der Befragten sind auch der Meinung, dass die Osterweiterungen die Verbreitung von demokratischen Werten und Menschenrechten sowie die globale Rolle der EU verstärkt haben (vgl. Flash Eurobarometer 2009: 5). Aber in den „alten" Mitgliedsländern der EU-15 sind die Menschen auch skeptischer, was die Erweiterung bedeutet hat – im Sinne einer erhöhten kulturellen Diversität und eines schwierigeren Managements (vgl. Flash

[33] Jeanneney, Jean-Noel/ Philippe Joutard (2003) (Hg.): Du bon usage des grands hommes en Europe. Paris.

Eurobarometer 2009: 6). Bezüglich zukünftigen Erweiterungen sind die Hauptpunkte Freiheit, demokratische Werte und ökonomische Themen, aber auch Migrations- und Kultur/Religionsthemen spielen eine Rolle – insgesamt gibt es hier aber einige Unterschiede und diverse Schwerpunkte in den einzelnen Ländern (vgl. Flash Eurobarometer 2009: 6 f.).

Interessant ist die Frage nach Solidaritätsbereitschaft, die im Eurobarometer leider aber nur in dem Zeitraum von 1973 bis 1985 gestellt wurde. Dabei geht es um die Bereitschaft zu persönlichen Opfern im Interesse der europäischen Gemeinschaft. Zwar hat sich damals die Mehrheit für grundsätzliche Solidarität mit anderen Staaten ausgesprochen, die individuelle Verzichtbereitschaft liegt dabei aber deutlich niedriger (vgl. Kaina 2009: 54 f.). 2005, nach der Osterweiterung, ist eine Mehrheit in 15 von 25 Mitgliedsländern gegen eine Budgetaufstockung angesichts neuer politischer Ziele (vgl. Kaina 2009: 55f.). 84% der Europäer sind der Meinung, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen, allerdings fühlt sich eine Mehrheit von 52% durch die Krise den Bürgern in anderen europäischen Ländern nicht stärker verbunden, 42% geben immerhin an, sich stärker verbunden zu fühlen. Der Frage, ob die EU aus der Krise langfristig stärker hervorgehen wird, stimmen 53% zu, 34% stimmen dem nicht zu und 13% wissen es nicht (vgl. Standard Eurobarometer 2013: 29). Die Offenheit der EU-Bürger für andere EU-Länder ist gleichbleibend gering, in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung hat nur eine Minderheit Waren oder Dienstleistungen aus anderen EU-Ländern bestellt, etwas in einer Fremdsprache gelesen oder im Fernsehen angesehen. Über 40% haben immerhin ein anderes EU-Land besucht und knapp 50% haben Kontakt zu Menschen aus einem anderen Mitgliedsland gehabt (vgl. Standard Eurobarometer 2012: 38). Auch der Index Internationaler Aufgeschlossenheit ist bei zwei Drittel der Befragten schwach – Luxemburg bildet dabei eine herausragende Ausnahme (vgl. Standard Eurobarometer 2012: 40).

Der Flash Eurobarometer 2007 befasst sich explizit mit den notorisch EU-skeptischen Einstellungen in Großbritannien zur EU und zeigt dabei keine große Verbesserung – die wahrgenommenen Vorteile werden von den wahrgenommenen Nachteilen der EU um weites übertroffen. Interessanterweise glauben aber über 80% der Befragten britischen Bürger, dass die EU in der Lösung aller ernsten Probleme wie Terrorismus, Klimawandel und globale Armut eine Rolle spielen wird (vgl. Flash Eurobarometer 2007: 4).

Abschließend kann die Widersprüchlichkeit der Daten zu einer europäischen Identität hervorgehoben werden, die jedoch in Ansätzen vorhanden zu sein schein – die Ausprägung

ist abhängig vom Konzept der jeweiligen Untersuchung. In den Einstellungen zu Erweiterungen sind die Europäer skeptisch, dennoch lässt sich eine gemeinsame Grundlage erkennen – die Briten bilden in vielerlei Hinsicht eine faszinierende Ausnahme.

4.5 Konkurrenz zwischen Nationalstaaten und EU

Wie empirische Daten zeigen, identifizieren sich Europäer und Europäerinnen mehrheitlich mit ihrem jeweiligen Nationalstaat. Die Nationen als wahrgenommene natürliche Einheiten und auch die Dominanz des Nationalgefühls als Legitimationsgrundlage für politisches Handeln sind eine Herausforderung für die EU. Doch durch die Transformation traditioneller Staatlichkeit, den „Tentakel" der EU in nationaler Politik und der Konstruktion einer supranationalen Polity wird auch der Nationalstaat herausgefordert (vgl. Laffan 2004: 77).

Auch nach 1945 spielten die Nationen die Hauptrolle im europäischen Geschehen und im Selbstverständnis der europäischen Bürger. „*Nationalism has become so integral a part of life in Europe today that it is virtually impossible not to identify oneself with a nation state*" (Woolf: 1996: 1). De Gaulle etwa unterstrich die spezifische Bedeutung des Nationalstaates und hob das „*Europe des patries*" immer wieder hervor (vgl. Pollak 2007: 93). Doch mit den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft werden Grundzüge eines gemeinsamen Europas gefestigt, die auf den Stellenwert der Nationalstaaten zurückwirken. In den 1940er und 1950er Jahren gab es starke Kräfte in der Öffentlichkeit, die den Nationalstaat als obsolet ansahen und im Laufe des 20. Jahrhunderts kann auch wahrgenommen werden, dass sich die west- und mitteleuropäischen Staaten immer ähnlicher wurden (vgl. Schulze 1994: 328/ 330). Die sprachlichen und kulturellen Unterschiede dürfen aber nicht unterschätzt werden: Besonders in den 90er Jahren trafen nationale Kämpfe und Ansprüche in Osteuropa viele wie einen Schock, ebenso wie die Erkenntnis, dass nationale Gefühle mehr Gewicht als ökonomische Interessen wiegen können (vgl. Schulze 1994: 333). Auch in Westeuropa sind zahlreiche nationale Interessen oder regionale Ambitionen zu beobachten – etwa am Beispiel des anfangs abgelehnten Vertrages von Maastricht (vgl. Schulze 1994: 334). Auch Schieder stellt zu Beginn der 1990er Jahre fest, dass das grundlegende Gliederungsprinzip des Europas dieser Zeit weder in Vielfalt noch Einheit besteht – sondern im Dualismus zweier Weltsysteme. Und somit auch die Relevanz des Nationalstaates in den Hintergrund tritt angesichts der Ideen der sozialen Ordnung und der internationalen Macht (vgl. Schieder 1991: 283). Der Kalte

Krieg ist nun vorüber und in ganz Europa scheint sich eines der Systeme durchgesetzt zu haben, dennoch bleibt Schieders Aussage relevant in dem Sinne, dass wir nun im 21. Jahrhundert in einer globalisierten, vernetzten, transnationalisierten Welt leben, in der sich Nationalstaaten nicht vom Weltgeschehen abschotten können. „Nicht die Idee der Nation muss in Europa überwunden werden, sondern die Fiktion der schicksalshaften, objektiven und unentrinnbaren Einheit von Volk, Nation, Geschichte, Sprache und Staat“ (Schulze 1994: 337). Nationale Identitäten sind oft auf Kriege aufgebaut, wie etwa Befreiungskriege, während die EU sich vor allem an Kriegsvermeidung und Friedenssicherung orientiert. Auch aus diesen Gründen heraus hat sich das europäische Selbstverständnis anders entwickelt als das nationale: Niedergang des Überlegenheitsbewusstseins, das Verstehen des Anderen und die EU nicht als Modell für die übrige Welt, „während im nationalen Denken Nationen oft unhinterfragt als normale und modernste Organisationsform der Menschheit angesehen werden“ (Kaelble 2005: 320).

Wissenschaftler sind in dieser Thematik durchaus unterschiedlicher Meinung, was die Relevanz und den Status des Nationalstaates vs. die Überlegenheit einer europäischen Union betrifft. Nationen sind ein sehr junges Phänomen – einige hundert Jahre zuvor haben sie noch nicht existiert, „*because human collectivities were not imagened as nations*“ (Greenfeld 1999: 37). Heute scheint es, als wären Nationen durch ihre Präsenz und Relevanz unvermeidlich, doch sie sind es nicht – nur im Moment sieht es so aus, als gäbe es zu schwache Alternativen, die den Menschen dasselbe bieten können (vgl. Greenfeld 1999: 52 f.). Auch Zehnpfennig ist der Meinung, dass es angesichts vieler Meinungen, die die Nationen bereits totsagen oder als überholt ansehen, wie etwa Habermas, noch nicht so eindeutig um die Nation bestellt sei. Zwar ist sie durch wirtschaftliche, mentale und politische Kräfte bedroht, nicht zuletzt durch die EU, doch Nationen seien unverzichtbar: Als geistiger und emotionaler Bezugspunkt, aber auch als schlichter rechtlicher oder wirtschaftlicher Rahmen (vgl. Zehnpfennig 2002: 139-141/ 151). Die Rolle Europas im „unersetzlichen“ Rahmen der Nationalstaaten sieht Zehnpfennig als übergeordnetes Prinzip, als Perspektive, Chance und gemeinsames Dach (vgl. Ebenda 2002: 152). Delors als ehemaliger Kommissionspräsident gilt zwar als glühender Europäer, ist aber dennoch ein Nationen-Verfechter: Er sieht die Nationalstaaten als unentbehrliche Bindung zur Außenwelt an, die den nötigen Spielraum innerer Kohäsion bieten. Europa sieht er dabei als Rahmen, der so ausgebaut werden sollte, dass er ebenso unverzichtbar wird (vgl. Delors 2004: 505).

Auf Grundlage von Westles theoretischen Überlegungen und empirischen Befunden widerspricht sie der Annahme eines Automatismus abnehmender regionaler und nationaler Identifikation und wachsender europäischer Identifikation bei zunehmender Modernisierung und Vertiefung, als naiv. Entlang ihrer Untersuchungen findet sie Belege für vorübergehende Renationalisierungsprozesse in Phasen der EU Vertiefung, aber auch starke nationaler Identifikation, wenn EU und Nationen als Gegensatz postuliert werden, ebenso wie Befunde eines „Konkordanzmodells multipler Identifikationen", wenn Ähnlichkeiten angedeutet werden (vgl. Westle 2003: 474). Nicht die Bürger und Bürgerinnen, „sondern die uneindeutige EU-Politik steht somit der Herausbildung einer stabilen EU-Identifikation im Weg" (Westle 2003: 474).

Mummendey/ Waldzus (2004) sehen allerdings auch Probleme in der Zunahme einer dualen, also europäischen *und* nationalen, Identität in Europa, denn dadurch kann ihren Untersuchungen zufolge auch mit vermehrten intra-europäischer Konflikte und Nationalismus zu rechnen sein (vgl. Mummendey/ Waldzus 2004: 70 f.). Konkret geht es dabei um *Ingroup* Projektionen, bei denen Europa Vergleichsdimensionen für europäische Subgruppen anbietet. „*Applying the model to the European context we would assume that Germans who project stereotypical German features onto the European prototype will construct a representation of Europe that is more similar to Germany than to, let's say, Greece. As a consequence, a German displaying high in-group projection will perceive Greeks as deviating from the positively evaluated European prototype, and he or she will evaluate Greeks rather negatively*" (Mummendey/ Walduz 2004: 65). Eine Europäische Identität könnte also als weiteres Argument für *Out-Group-Derogation* und Nationalismus verwendet werden, wenn Bürger Standards ihrer eigenen Nation als Norm für andere verwenden. Daher bedarf es einem Europa-Konzept, das Toleranz zwischen den europäischen Nationen fördert und nicht die einfache Annahme, dass dadurch, dass man „im selben Boot" sitzt, Konflikte zwischen diesen Gruppen verringert werden (vgl. Mummendey/ Waldzus 2004: 70-72). Laut Feichtinger sei es seit der Euroeinführung spürbar, dass Europa zunehmend als „nationenübergreifende Identitätsgemeinschaft" vorgestellt werden würde. Dabei ist für ihn problematisch, dass in der „verbissenen" Suche nach einer europäischen „Wir-Gruppe" Denkfiguren auftauchen, die von der Nationalismusforschung als gefährliche Charakteristika enthüllt wurden (vgl. Feichtinger 2007: 19). „Die EU-Integration wurde und wird zweifelsohne im Zeichen des Transnationalen betrieben, trotzdem ist unübersehbar, dass das Nationskonzept, wie es uns das 19. Jahrhundert tradierte, das historische Vorbild für die aktuelle Entwicklung Europas liefert" (Feichtinger 2007: 31). Er konstatiert eine auffällige Rückkehr von

Authentisierungs- und Abwertungsdiskursen, die früher national und heute europäisch geführt werden. Früher wurde Abgrenzung entlang von Abstammung, Rasse, Kultur oder Ethnizität betrieben, heute verläuft diese Trennlinie zu den „Anderen“ entlang von Werten. Darüber hinaus wird dadurch auch eine Hierarchie aufgebaut, in der die europäischen Wertvorstellungen überlegen sind und zur Selbstaufwertung dienen (vgl. Feichtinger 2007: 34). Dieser „methodische Nationalismus“ auf europäischer Ebene, als aufleben lassen von Mythen aus dem 19. Jahrhundert und Erfindungen eines europäischen Gedächtnisses, stellt die Europäische Union vor die Wahl: Soll der Nationalismus auf europäischer Ebene wiederholt werden oder schafft es ein europäisches Gedächtnis, „seiner diachronen Vielschichtigkeit und synchronen Überlappungen bewusst zu werden“ (vgl. Feichtinger 2007: 36/ 39). Angesichts der europäischen Gewaltgeschichte der vergangenen Jahrhunderte, die geprägt war von nationaler, ethnischer und kultureller „Reinheit“, wäre es auf jeden Fall vernünftig, Europa nicht auf exklusiven Werten, sondern auf geteiltem Erfahrungs- und Erinnerungspotenzial aufzubauen (vgl. Feichtinger 2007: 41).

Haller sieht zwei Möglichkeiten für die Zukunft der Identität in Europa: Entweder eine komplementäre Beziehung zwischen EU und Nationalstaaten oder eine Konkurrenz zwischen den beiden, die nur Exklusivität zulässt (vgl. Haller 1999: 270 f.).

Es gibt zahlreiche Gründe, die für einen Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten und der EU sprechen. Die integrierende Kraft der Nation hat sich in der Vergangenheit ja „als politisch besonders mächtig erwiesen“ (vgl. Schulze 1994: 111 f.). Münch zeigt, wie unterschiedlich die Debatten und Semantiken in den EU-Ländern verlaufen. Ein wahrhafter Klassiker ist die britische Distanz über Klassen und politische Lager hinweg zur europäischen Integration (vgl. Münch 2008: 187). Für Großbritannien bietet die EU keinen Anker der Identität, ihr Stolz ist tief in der Geschichte verwurzelt und es herrschen größte Probleme bei Souveränitätsabgaben (vgl. Münch 2008: 214/219). „*Europe has been and is* both *an active element of national, and of other identifications* and, *at the same time, something different and separate from national land other identifications. Europe is both We and the Other*“ (Stråth 2002: 390). Damit ist gemeint, dass in Ländern wie Großbritannien oder auch Skandinavien von Europa als „dem Kontinent“ gesprochen wird, also im Selbstverständnis von Menschen die Nation ein Teil Europas, aber Europa auch etwas außerhalb der Nation sein kann. Zwischen und auch innerhalb der Nationalstaaten variieren diese Wahrnehmungen stark (vgl. Stråth 2002: 391). Was passiert, wenn ein Staat oder mehrere Staaten nicht mit den Grundwerten der EU in Einklang stehen oder tragende Unionswerte verletzen? „Die Krise kann dem Grad der europäischen Integration neue

Grenzen ziehen“ (Tinnefeld 2013: 419). Im Besonderen ist es die ungarische Regierung, die durch Renationalisierung und antidemokratische und verfassungswidrige Maßnahmen zunehmend den demokratischen Rechtsstaat in Frage stellt[34]. Dabei versucht die EU hier juristische Bedenken zu bekunden, auch wurde ein offizielles Verfahren gegen die ungarische Justizreform von der Kommission eingeleitet und Ungarn angemahnt. Weitere Verfahren oder Sanktionen, etwa in Bezug auf die eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit, werden nicht ausgeschlossen (vgl. Tinnefeld 2013: 420). Auch wenn der EU seit dem Vertrag von Lissabon erweiterte Kompetenzen zustehen, um „eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung“ ihrer Mitgliedsstaaten zu gewährleisten und im Fall Ungarn schon Fortschritte erzielt wurden, reichen diese bei Weitem nicht aus (vgl. Tinnefeld 2013: 422). Auch von einer Härte wie den „Sanktionen der 14“ gegen die Koalitionsbeteiligung der vom Nationalsozialismus nicht sauber abgegrenzten FPÖ in Österreich 2000 kann aber im Umgang mit Ungarn nicht die Rede sein, wohl aufgrund der negativen Erfahrungen, die mit dieser drastischen Maßnahme gemacht wurden (vgl. Hummer[35] 2012). Das Beispiel dieser Sanktionen zeigt aber auch, wie sehr die EU als eine Wertegemeinschaft auf dem Wert der Demokratie aufgebaut ist und versucht, diesen Wert zu bekräftigen (vgl. Laffan 2004: 82). In der Eurokrise zeigte sich wiederum der Nationalismus von seiner besten Seite: Die nationalstaatlichen Interessen standen in den Verhandlungen um mögliche Pläne zwischen den Mächtigen Sarkozy, Merkel (und zu Beginn auch Brown), an erster Stelle. Der ökonomische Nationalismus Sarkozys, als er Hilfe für die französischen Autohersteller nur unter der Kondition versprach, sie würden ihre Werke in der Tschechischen Republik abziehen, führte sogar zu einer Beschwerde des Kommissionspräsidenten (vgl. Dinan 2010: 160 f.). Andererseits gab es auch Blockbildungsversuche der Mittel- und Osteuropäischen Staaten, die durch die geringen gemeinsamen Ansichten scheiterten (vgl. Dinan 2010: 161). „*Yet governments' behavior reflects the political realities in Europe. People look to their national capitals, not to Brussels, for solutions to pressing socio-economic problems*”, während “*the high and varied number of summits during the crisis demonstrated national leaders' appreciation of the importance of EU cooperation*” (Dinan 2010: 163). Auf die Solidarität und das gegenseitige Verständnis zwischen den Bürgern der Mitgliedsstaaten der Union hatte die Krise keinen guten Einfluss. Ausgehend von den wirtschaftlichen, asymmetrischen

[34] Etwa durch die Behinderung demokratischer Wahlen indem die Regierungspartei Vorteile und anderen Parteien Nachteile verschafft werden; indem durch Mediengesetze, Datenschutzanforderungen und Herabsetzung der Rentenalter in der Justiz bewusst Medien und Rechtsprechung politisch beeinflusst werden, auch sollen Gesetze die mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wurden nicht mehr einer verfassungsrechtlichen Überprüfung unterzogen werden (vgl. Tinnefeld 2013: 419).

[35] http://www.eu-infothek.com/article/sanktionen-der-eu-gegen-ungarn-1

Entwicklungen seit den 90er Jahren, in denen Deutschland durch die finanzielle Last der Wiedervereinigung Sparmaßnahmen beschloss und ebenso wie viele nordische Länder Fiskaldisziplin zeigte, stiegen in Griechenland die Staatsausgaben, in Irland oder Spanien die Privatausgaben durch billige Kredite unverhältnismäßig an (vgl. Ash 2012: 7). „*When, therefore, Germany was asked to help bail out those countries, German voters were understandably indignant. Why should we work even harder and retire even later, they asked, so these feckless Greeks, Portuguese, and Italians can retire earlier than we do and go sun themselves on the beach? "Sell your islands, you bankrupt Greeks," snorted Bild, Germany's largest tabloid, in October 2010*" (Ash 2012: 7). Doch in Realität waren "die Schuldigen" hier keineswegs nur die Länder in der Peripherie Europas. Deutschland war eines der ersten Länder, die den Stabilitäts- und Wachstumspakt ohne Sanktionierung verletzten, außerdem profitierte die deutsche Wirtschaft in beträchtlichem Maße von dem Euro und auch davon, dass die Südländer ihre Währung nicht mehr abwerten konnten. Darüber hinaus waren es auch zu einem großen Teil deutsche und nordeuropäische Banken, die die billigen Kredite überhaupt vergaben (vgl. Ash 2012: 7). Erste Maßnahmen gegen die Eurokrise wurden danach auch nicht als gemeinsame Ansätze verkündet, sondern als 27 verschiedene Versionen den „eigenen" Medien präsentiert (vgl. Ash 2012: 8). Gocaj und Meunier sind der Meinung, dass die Schaffung des EFSF und des ESM neben einer „*path dependency in the subsequent management of an unrelenting crisis*" und suboptimaler Lösungen auch zur Einzementierung des Intergouvernementalismus geführt und somit die Nationalstaaten gegenüber der EU gestärkt hat (vgl. Gocaj/ Meunier 2013: 239). Auch Donnelly sieht in dem Krisenverhalten der Staaten einen minimalen Supranationalismus, um die EU vor einem Kollaps zu bewahren, während die Hauptentwicklung in Händen der finanzmächtigen Nationalstaaten liegt, die Druck auf schwächere Mitgliedsstaaten ausüben, ohne selbst Zugeständnisse zu machen (vgl. Donnelly 2013: 1). Die gemeinsame Bankenaufsicht hat aufgrund nationaler Gegenstimmen nicht die notwendige Macht erhalten, auch bei der Bankenunion wurden nur teilweise Kompetenz- und Ressourcentransfers auf europäischer Eben zugelassen (vgl. Donnelly 2013: 9f.). Nordeuropäische Banken beschränken ihre Investments in südeuropäische Banken, die von der Krise am Härtesten getroffen wurden, Budgethärte wird statt Eurobonds eingefordert, besonders Deutschland besteht auf zahlreichen Sicherheiten, bevor Geld fließen kann. Währenddessen haben die Krisenländer kaum andere Optionen als allen Konditionen zuzustimmen und nördliche Finanzzentren profitieren von Krediten an die Krisenländer (vgl. Donnelly 2013: 16-18). Die Charakterisierungen dieser Vorgehensweise reichen von *power politics* bis ökonomischer

Nationalismus sowie Stärkung des europäischen Intergouvernementalismus (vgl. Donnelly 2013: 2, Gocaj/ Meunier 2013: 251). All dies wirft nicht nur ein reales wirtschaftliches Problem auf, sondern auch ein Identifikationsproblem. Aktuell kann aber auch noch von einem anderen Problem im Zusammenhang mit den Nationalstaaten und der Eurokrise die Rede sein: Nationalismus und teilweise sogar Rassismus, die sich in den Diskursen zu Immigration und Multikulturalismus wiederfinden. Ozkirimli spricht daher von einer Wirtschafts- *und* Wertekrise (vgl. Ebenda 2012: 307).

Gemäß der Annahme multipler Identitäten besteht aber immer noch die Hoffnung, dass die EU und die Nationalstaaten eine komplementäre Beziehung zueinander finden, etwa auch weil die Verbundenheit mit Herkunftsstadt, einer Region oder einem Bundesland gleichzeitig sehr hoch sein kann (vgl. etwa Kaina 2009: 65 f.). „Das System der nationalen Gesellschaften wird zunehmend von einem Mehrebenensystem nationaler, europäischer und globaler Ordnungen abgelöst“ (Münch[36] 2008: 11). Zwar ist umstritten, ob ein europäischer interkultureller Diskurs besteht, es ist jedoch unbestritten, dass die nationalen intellektuellen Diskurse zunehmend europäisiert werden (vgl. Münch 2008: 27). „Die Finalität einer europäischen Identitätsbildung steht schon deshalb in einem Spannungsverhältnis zu den nationalen Identitäten, weil das europäische Diskriminierungsverbot die rechtliche Begleitung von nationalen Gruppen bildenden Differenzierungsprozessen massiv beschränkt“ (vgl. von Bogdandy 2005: 359). Es wird im europäischen Recht aber auch festgehalten, dass dieses sich nicht gegen eine nationale Identität stellt, dass nationale und europäische Identität also nicht in einem Ausschließlichkeitsverhältnis zueinander stehen (vgl. von Bogdandy 2005: 360). Die EU ist eine Antwort auf viele Herausforderungen und soll nicht als verzichtbare, sondern vielmehr als existentielle Ergänzung verstanden werden: Sie „ist von ebensolcher Bedeutung für die Sicherheit und den Wohlstand der europäischen Völker, wie es einst der Staat wurde, der aus den Zerfallserscheinungen der spätmittelalterlichen Ordnung hinausführte“ (Preuß 2005: 532). Risse sieht auch Ideologie als Identitätskonstrukteur an: Nationalistische, xenophobische, rechte Einstellungen führen eher dazu, sich nur den Nationen zugehörig zu fühlen, während ein offeneres, kosmopolitisches, eher linkes *Mindset* dazu führt, die Nationen und Europa als vereinbar zu betrachten (vgl. Risse 2004: 251). Der Weg zu einer gemeinsamen europäischen Identität ist also auch ein Kampf gegen Nationalismen. „*Looking back across history … changes in identity are evident*“ (Herrmann/Brewer 2004: 16). Und da die europäische Einigung nur mit, nicht gegen die

[36] Mit Bezugnahme auf Sorge 2000 und Tyrell 2005.

Nationen und ihre legitimen Eigenheiten funktionieren kann (vgl. Schulze 1994: 337), besteht somit noch Hoffnung, dass ein Weg der Koexistenz zwischen nationalstaatlicher und europäischer Identität gefunden werden kann. Einer dieser Wege führt über aktive Maßnahmen zur Identitätsbildung.

4.6 *Identity Building* der Europäischen Union

"*There exists the repeated desire of the European elite to create or reinforce a mass European identity over the past 50 years*" (Bruter 2003: 1149). Im Hinblick auf die Fähigkeit der Europäischen Union, eine Europäische Identität sinnvoll zu konstruieren, ergeben sich hingegen mehrere Fragen. Zum einen erscheint die EU grundsätzlich fähig, „*Identity Building*" Maßnahmen zu ergreifen – Gehring etwa charakterisiert die EU als komplexe internationale Organisation, "*capable of generating social norms and knowledge*" (Gehring 2002[37], zitiert nach Kaina/Karolewski 2009: 11). Es drängt sich aber auch die Frage auf, ob es die richtigen Maßnahmen sind, mit welcher Intensität diese verfolgt werden und welche Interessen dem entgegenstehen. Natürlich ist es auch ein Problem der Abgrenzung, inwieweit welche Maßnahmen überhaupt auf Identitätsbildung ausgelegt sind, sich gegenseitig verstärken oder schwächen, was beabsichtigt ist und was nicht. In Ermangelung eines offiziellen Standpunktes der EU oder einem Leitfaden des *Identity Building*, der überprüft werden könnte, verschwimmen die Grenzen in diesem Bereich stark. Auch die Forschungslage betreffend dem Einfluss der EU auf Identitätsstrukturen ist dementsprechend inkohärent bis schwach und die Effektivität von „*EU's identity technologies is mixed at best*" (vgl. Karolewski 2011: 936). Und das, obwohl die EU gleichzeitig als „*one of the most important forces of societal change at work in the world today*" (vgl. Breakwell 2004: 39) bezeichnet oder ihr als „*macrosocial organisation*" ein bedeutender Einfluss auf die Identitätspolitik in Europa attestiert wird (vgl. Laffan 2004: 75).

Dass der europäischen Identitätspolitik nur mäßiger Erfolg attestiert werden kann, liegt neben mangelnder Initiative[38] aber insbesondere auch daran, dass nationale Interessen dem entgegenstehen. Von den meisten Mitgliedsstaaten werden Bemühungen, Europa eine gemeinsame Seele zu geben, eher behindert und stoßen auf wenig Zustimmung. Zum

[37] Gehring, Thomas (2002): Die Europäische Union als komplexe internationale Organisation: Wie durch Kommunikation und Entscheidung soziale Ordnung entsteht. Nomos: Baden-Baden.
[38] „Very few proponents of European integration have considered the possibility of launching an identity-constructing project aiming at the `production´ of Europeans" (Cederman 2001: 139).

Ausdruck gebracht etwa im „Maastricht-Urteil“ 1993, in dem der Bundesverfassungsgerichtshof bezeichnenderweise mehr Angst vor dem Verlust der deutschen Souveränität als der deutschen Identität bekundet oder in dem Vertragsverhandlungen 2007, wo auf den Ausdruck „Verfassung“ oder die Nennung von Fahne und Hymne als Symbol der europäischen Einigung verzichtet werden soll (vgl. König 2008: 23, von Bogdandy 2005: 333). „Es steht zu erwarten, dass das umstrittene Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Identität die europäische Integration auch in Zukunft beschäftigen wird“ (von Bogdandy 2005: 334). Auch sollte festgehalten werden, dass angesichts unterschiedlicher nationaler Identitäten, die in Komposition, Inhalten und Rollen variieren, auch unterschiedliche Auswirkungen der EU *Identity Building* Maßnahmen auf diese festzustellen sind (vgl. Breakwell 2004: 26). Der Fokus liegt dabei auf multiplen Lagen von Identität: „*The EU appropriates discourse most suitable to the type of multiple identity which is the more likely to accept a European ‘layer’ of allegiance*“ (Sassatelli 2002: 446). In Anlehnung an Kaina (vgl. Punkt 2.4) können Kontextfaktoren, die von der Europäischen Union beeinflusst werden, eingeteilt werden in endogenen Faktoren mit kultureller, institutioneller und prozessbezogener Dimensionen sowie in eine Kategorie der individuellen Aspekte. Dies stellt aber nur eine mögliche und beispielhafte Aufzählung dar, denn viele Punkte sind schwer trennbar miteinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig.

4.5.1 Kulturelle Dimension

Laffan unterscheidet eine normative und eine kognitive Dimension des *Identity Building* in der EU: normativ wird eine Bürgerschaft und Wertegemeinschaft durch Verträge oder etwa politische Praktiken von Beginn an hochgehalten. Besonders seit dem Vertrag von Amsterdam wurde die Bürgerschaft explizit ausgedrückt (vgl. Laffan 2004: 81/84). Eine kognitive Dimension wurde mit Beginn der 70er Jahre begonnen, indem politische Akteure aktiv versucht haben, eine symbolische Dimension der EU einzuführen, jedoch ausgelegt als zusätzliche Symbole, nicht als Ersatz für nationale Symbole. Generell können dabei die 1980er und 1990er als Zeit der Symbolentwicklung angesehen werden (vgl. Laffan 2004: 83 f.). In dieser Zeit hat die EU eine kulturelle Politik eingeführt, als Versuch durch symbolische Initiativen oder die Kreation der Europäischen Kulturstädte europäisches Bewusstsein „aufzuwecken“ (Sassatelli 2002: 435). Austausch signifikanter Symbole kann als Grundlage der Identitätsbildung angesehen werden, die Bindungen stärkt und Problemlösungsstrategien bietet indem sie Anpassungsprozesse ersparen (vgl. Esser 2001:

352 f.). François kommt zu dem Schluss, dass die Symbolpolitik der EU, sehr konventionelle Mittel verwendet und noch keine effektiven Ergebnisse hervorgebracht hätte. Als viel wichtiger stuft er hingegen Annäherungsprozesse und Verflechtungen auf transnationaler Ebene ein (vgl. François 2008: 94).

Kaina/Karolewski identifizieren verschiedene Symbole als Versuche Nationalstaaten zu imitieren und der Europäischen Union ein positives Selbstbild zu geben. Dies schließt etwa Personalisierungen mit ein, durch einen Außenministers bzw. einer Außenministerin wie der aktuellen Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton oder einem Komissionspräsidenten, aktuell José Manuel Barroso. Weitere Symbole sind neben der Gemeinschaftswährung an sich auch die Banknoten und Münzen des Euro, der Nationaltag Europas, der Pass, der europäische Führerschein, die Flagge und die Hymne Europas sowie eine noch theoretische Verfassung (vgl. Kaina/Karolewski 2009: 20 f./ Laffan 2004: 83). "*In the context of European integration, it is clear that central institutions, imitating traditional states, have made strong efforts to try to provide the European political community with a set of proper national symbols*" (Bruter 2003: 1152). Dabei weist Bruter darauf hin, dass die Europäischen Institutionen in diesen Versuchen die Union mit verständlichen Symbolen zu versorgen ganz genau wissen, was sie damit bezwecken – nämlich „*reinforce the citizens' sense of belonging to their new political community*" (Bruter 2003: 1152). Die gemeinsame Währung, der Euro, ist für die Bürger etwas real erfahrbares, „anfassbares" im täglichen Leben der Unionsbürger und bildet einen Link zwischen „Brüssel" und dem Individuum, somit kommt dem Euro eine signifikante Rolle in der Identitätsbildung zu. Es verdeutlicht aber auch Unterschiede in den Nationalstaaten, zwischen Ablehnung der Briten, Begeisterung der Italiener und Ambivalenz der Deutschen zu Beginn des neuen Jahrtausends (vgl. Risse 2003). Erst in der Eurokrise hat sich aber gezeigt, welche Fülle an Problemen diese Thematik auch mit sich bringt.

Es wird außerdem versucht, Europa mit positiven Bilder zu besetzen – ein kosmopolitisches Europa, Europa als „*civilian power*" im Kontext von internationalen Kooperationen und als normative Macht wenn es um die Verfolgung post-nationaler und ethischer Interessen geht (vgl. Kaina/Karolewski 2009: 22 f.). Die Europäische Union versucht auch zahlreiche Werte zu besetzen. Besonders den Wert der Demokratie hält die EU hoch, was ob des Diskurses zum Demokratiedefizit aber an Glaubwürdigkeit einbüßt. Der Wert Friede in der Europäischen Union fand 2012 durch die Verleihung des

Nobelpreises für Frieden seinen Ausdruck (vgl. *The Nobel Peace Prize Online* 2013[39]). „Doch nicht alles, was Europa sein muss, ist zugleich Distinktionsmerkmal beziehungsweise Identitätselement, das diesen gesellschaftlichen Raum von anderen abgrenzt“ (Kreis 2007: 61).

In Europa gibt es in der Bevölkerung kaum emotionale Bindungen oder Identifikation mit dem Jahrhundertprojekt der europäischen Einigung, ganz im Gegensatz zu den Eliten (vgl. König 2008: 20). Um dem entgegenzuwirken braucht es einer „Seele“, wie König es im Hinblick auf Jacques Delors bezeichnet: „Europa braucht Symbole, die begeistern, integrieren und Identifikation ermöglichen, Europa brauch populäre Hymnen, Fahnen, Devotionalien, braucht Kultur, braucht Fest- und Feiertage, Europa soll stolz machen und attraktiv sein. Und das bedeutet eben auch, dass sich Europa in eine transnationale, kontinentale Erinnerungsgemeinschaft verwandeln muss“ (König 2008: 21). Ein kollektives Gedächtnis hat nicht nur soziale Bedingungen, sondern auch politische Folgen und Funktionen, deswegen „können Gedächtnis und Erinnerungen zum Gegenstand gezielten Handelns politischer Akteure werden. Zu verlockend ist die Perspektive, mit Hilfe des Bezugs auf die Vergangenheit die jeweilige politische Ordnung, je nach Interessenslage, zu stabilisieren oder zu delegitimieren“ (König 2008: 14). Die Erinnerung konstruiert die Vergangenheit neu, anstatt sie wie eine Kopie abzubilden, besonders für die Konstitution und Legitimation politischer Ordnungen ist eine gemeinsame Vergangenheit als Grundlage kollektiver Identität von großer Relevanz (vgl. König 2008: 14). Seit einiger Zeit gibt es ein länderübergreifendes Projekt von Pierre Nora, europäische Erinnerungsorte zu bestimmen, was sich allerdings als schwierig erweist (vgl. König 2008: 21). Der 9. Mai wurde 1985 zum Europatag bestimmt, als der Tag von Robert Schumans berühmter Erklärung auf die die Gründung der EGKS zurückgeht. Er erfreut sich allerdings nicht gerade großer Beliebtheit oder Bekanntheit und spricht die Bürger emotional nicht an (vgl. König 2008: 22 f.). Zurückgehend auf Nora’s Annahme von konstitutiven Erinnerungsorten für jede Nation und seine *lieux de mémoire* für Frankreich (vgl. Nora 1995) erschien 2012 auch ein mehrbändiges Buch zu den Erinnerungsorten Europas von Pim den Boer. François sieht hingegen durchaus Fortschritte in der europäischen Annährung zwischen den Ländern für eine gemeinsame Erinnerung. Zentral ist die Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges in einem Prozess der Europäisierung und der Intensivierung transnationaler Gedenktage, wie die Befreiung von Ausschwitz am 27. Jänner, der Landung in der Normandie am 6. Juni oder dem Jahrestag vom Ende des

[39] http://nobelpeaceprize.org/en_GB/laureates/laureates-2012/announce-2012/

Zweiten Weltkrieges im Mai, die früher noch national veranstaltet wurden, aber nun länderübergreifend gefeiert werden (vgl. François 2008: 94 f./ Rousso[40] 2004, zitiert nach François2008: 95). Auch die zunehmende Integration der europäischen Dimension in die Lehrbücher der europäischen Länder sowie die Neugestaltung von Museen, Denkmälern und historischen Stätten stellen bedeutende Prozesse der Europäisierung dar (vgl. François 2008: 95). In Brüssel ist für Herbst 2015 die Eröffnung eines Hauses der Europäischen Geschichte geplant (vgl. Europäisches Parlament Homepage 2013[41]). Das Europamuseum, ebenfalls in Brüssel, hat seine Pforten in Brüssel bereits ab Oktober 2013 geöffnet, indem eine Ausstellung zum 50-jährigen Bestehen der Römer Verträge das Herzstück für die künftige Dauerausstellung und „Gedenkstätte" bildet (vgl. Europamuseum Homepage[42]).

4.5.2 Institutionelle Dimension

„*In the literature on integration, there is profound disagreement among scholars on the impact of EU institutions on identities*" (Laffan 2004: 75). Es kann auf jeden Fall davon ausgegangen werden, dass die Institutionen der europäischen Union sehr unterschiedlichen Einfluss ausüben; besonders zwischen supranationalen Institutionen wie der Kommission oder dem EuGH und intergouvernementalen Institutionen wie dem Rat oder dem EP muss unterschieden werden. Kaina ist der Meinung, dass Vertrauen und Institutionen zentrale Rollen in der Herausbildung und Stabilisierung einer kollektiven europäischen Identität spielen (vgl. Kaina 2009: 175). Institutionen die stabil und unumstritten sind, können dazu beitragen, Vertrauen in das Kollektiv zu festigen, in dem Wir-Gefühle noch entstehen müssen (vgl. Kaina 2009: 203). Die konkrete Ausgestaltung einer Beziehung zwischen institutionellen Strukturen und supranationalen Identitäten kann allerdings sehr unterschiedlich aussehen. In einem positiven Szenario der *dual identity structure* können dabei die nationale und internationale Identifikation sich gegenseitig stärken (vgl. Herrmann/Brewer 2004: 12). Die Beamten und Vertreter, die in diesen Institutionen arbeiten, sind dabei auch nur Menschen und ebenso von einer nationalen wie europäischen Zugehörigkeit beeinflusst (Laffan 2004: 76/ 84 f./ 88). Dies spiegelt sich sicher auch in der Politik der Union wieder, aber auch in der Veränderung von Normen und Kontexten, durch die die europäischen Institutionen Identitäten in signifikantem Ausmaß beeinflussen können (vgl. Breakwell 2004: 38).

[40] Rousso, Henry (2004): Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1, Heft 3.
[41] http://www.europarl.europa.eu/visiting/de/visits/historyhouse.html
[42] http://www.expo-europe.be/index.php?lang=de

Eine europäische Verfassung ist seit der aufkeimenden Europadebatte um die Jahrtausendwende verfolgt und auch auf dem Verfassungskonvent ausgearbeitet worden. Die Absicht dahinter scheint klar: mit dem Versuch, der EU eine Verfassung zu geben, kann unschwer erkennbar auch der Versuch „eine Analogie zu staatsrechtlichen Modellvorstellungen hergestellt werden“, also eine politische Finalität im Sinne eines europäischen Bundesstaates (vgl. Hummer 2009: 40 f.). Bekanntlich scheiterte das Projekt eine europäischen Verfassung allerdings an der Bevölkerung, insbesondere auch, weil nicht öffentlichkeitswirksam erklärt wurde, was unter dem staatsrechtlich besetztem Thema „Verfassung“ zu verstehen sei und weil mit diesen Begriffen Defizite der EU überdeckt werden sollten (vgl. Hummer 2009: 66 f.). Die Bedeutung einer Verfassung für die Europäische Union wird sehr unterschiedlich eingeschätzt, Tony Blair etwa sieht nach großbritannischem Vorbild keine Notwendigkeit dafür, während für Joschka Fischer eine europäische Verfassung ein zentrales Zukunftselement darstellt (vgl. Marhold 2001). In der Frage um die europäische Identität darf der identitätsstiftende Moment einer Verfassung auf jeden Fall nicht unterschätzt werden, denn ein expliziter Verfassungstext *kann* mittelfristig Identität stiften (vgl. von Bogdandy 2005: 340 f.). Verfassungen können auch eine grundlegende Bedeutung im Grundverständnis für die kollektive Identität einer Gesellschaft als „Verstrebungen in unseren Identitätsgebäuden“ darstellen sowie eine legitimationsstiftende Kraft haben (vgl. Kreis 2007: 69 f., Griller 2005: 245 f.). Wenn das Zugehörigkeitsgefühl zur EU als Bekenntnis zu Werten in einer Unionsverfassung ausgedrückt werden kann, verweist Griller darauf, dass eine gemeinsame Verfassungsüberlieferung womöglich auf europäischer Ebene wichtiger für die kollektive Identität ist, als Homogenitätsbedingungen nach Vorbild der Nationalstaaten (Griller 2005: 245 f.). In dem Verfassungsvertragsentwurf und dem Dokument der Regierungskonferenz, die jedoch nicht in dieser Form umgesetzt wurden, identifiziert von Bogdandy „Identitätsangebote“ zu einer gemeinsamen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie zur Abgrenzung (vgl. von Bogdandy 2005: 344-354). Die Abgrenzung gegenüber „der übrigen Welt“ erfolgt vor allem gegenüber den USA – durch das europäische Sozialmodell, der sozialen Gerechtigkeit und die Einhaltung des Völkerrechts, die Wahrung der Grundsätze der Vereinten Nationen (vgl. von Bogdandy 2005: 355). Entscheidend, ob eine europäische Verfassung zur europäischen Identität beitragen kann, ist aber auch der Weg dorthin: also die Verankerung in Diskursen und als Symbol für Europa. Je überzeugender die Unionsorgane dabei auf Grundlage dieser möglichen Verfassung operieren, desto eher kann sie auch Grundlage einer europäischen Identität sein (vgl. van Bogdandy 2005: 361-363). „Wenn wir die Essenz des Dokuments erfassen

wollen, dann ist es der Respekt vor der menschlichen Diversität, die Förderung der Inklusivität, die Überordnung der Menschen- und Naturrechte, die Förderung der Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung, die Freiheit des Denkens und die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Streben nach dauerhaftem Frieden und einem globalen Bewusstsein“ (Rifkin 2004: 232).

Aktuell ist das Thema einer europäischen Verfassung nicht auf dem Tisch, es kann aber einerseits in der Zukunft durchaus wieder einen Versuch dazu geben und andererseits stellt sich auch die Frage, ob nicht der Vertrag von Lissabon, in den sehr weite Teile des Verfassungsentwurfs übernommen wurden, oder auch schon frühere Vertrage der Union, bereits jetzt als verfassungsgebende Elemente angesehen werden können. Es scheint der Schluss nahezuliegen, dass das Wort „Verfassung“ an sich natürlich einen gewichtigeren Wert transportiert, als „nur“ Verträge, inhaltlich jedoch spielen diese eine verfassungsähnliche Rolle. Im Sinne einer „staatsähnlichen“ Union wäre damit eigentlich ja der passende Modus gefunden. Deutsche Staatsjuristen sind zwar der Meinung, dass eine Aufwertung des Europäischen Parlaments sowie Verfassungsreferenden ohne ein homogenes Unionsvolk nicht sinnvoll sind, Wimmer schätzt den Relevanzgehalt dieser Ansichten aber als nicht allzu hoch ein (vgl. Ebenda 2000: 101 f.).

4.5.3 Prozessbezogene Dimension

Vielmehr relevant sieht Wimmer das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit an. Wenn man Nationen auf „den Willen des Volkes“ herunterbricht und nach eben diesem Willen fragt, stellt sich auch die Frage, woher die Informationen zur Willens- und Meinungsbildung bezogen werden (vgl. Wimmer 2000: 104). Bescheide Ansätze einer europäischen Medienlandschaft sind bereits vorhanden (z.B. EuroNews), die Problematik der Sprache ist aber präsent (vgl. Wimmer 2000: 105). Auch Cederman ist der Meinung, dass eine funktionierende europäische Medienlandschaft nur auf entsprechender Bildung und Fremdsprachenkenntnissen aufbauen kann, momentan gibt es eine europäische Kommunikationssphäre nur für eine elitäre Minderheit. Nationalstaaten haben dabei systematisch Vorschläge der Kommission abgelehnt, die z.B. den audiovisuellen Sektor europäisieren wollten (vgl. Cederman 2001: 159 f.). Zunehmend gibt es aber auch mehr länderübergreifende Nachrichten und Großdemonstrationen, woraus etwa Tinnefeld (vgl. 2013: 418) eine wachsende europäische Öffentlichkeit schließt.

Die EU setzt auch auf verschiedene Initiativen um einen Dialog mit der Öffentlichkeit herzustellen, wie eine Plattform zu Online-Debatten, Chats und der Möglichkeit Ideen einzusenden um „Europa zu verändern". Oder auch das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013, wodurch europaweite Veranstaltungen und Konferenzen stattfinden, um im Dialog zwischen Regierungsebenen, Zivilgesellschaft und Unternehmen über die Zukunft Europas zu debattieren (vgl. Europäische Union 2013[43]); der Ansatz ist löblich, der Erfolg und die Breitenwirkung dieser Maßnahmen dürfen aber als nicht zu groß eingeschätzt werden.

„In den westlichen Industriegesellschaften sind de facto alle Lebensbereiche von modernen Kommunikationstechnologien penetriert – und zwar bis in die letzten Winkel unserer alltäglichen Lebenswelt hinein" (Wimmer 2000: 459). Im Hinblick auf die europäische Integration, die europäische Idee als solche, sind nicht nur europäische Medien sondern vielmehr nationale Medien in ihrer *Agenda-Setting* Funktion relevant. Auch wenn die Medien den Menschen nicht sagen können, wie sie denken sollen, so wird der Öffentlichkeit in *Agenda-Setting*-Marnier doch suggeriert, welche Themen von Relevanz sind (vgl. Wimmer 2000: 576 f.). Für das Thema Europa bedeutet das meist eine negative[44] bis zurückgestellte Rolle, besonders in der Krise, ebenso in der Thematisierung von nationalen Parteien oder Parteiprogrammen. Doch auch bereits 2004 beschreibt Meinhof eine „*often absurdly hostile media*" gegen die EU bzw. gegen eine Europäische Identität (vgl. Meinhof 2004: 215). Die unvorteilhafte Auswirkung von negativen Schlagzeilen auf die europäische Identifizierung wurde gemäß Bruter (2003) bereits ausgeführt.

Hettlage ist der Meinung, dass sich die EU zu sehr auf ökonomische Mechanismen der Inklusion konzentriert, dabei werden mehr Exklusionsprobleme produziert, etwa durch Ungleichheit unter den Mitgliedsstaaten, insbesondere zwischen wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Ländern. Dadurch entstehen Desintegration und Exklusion, die das Projekt der EU gefährden und nationalistische Tendenzen stärken (vgl. Hettlage 1999: 248/250 f.).

[43] http://www.yourideasforeurope.eu/de, http://europa.eu/citizens-2013/de/home

[44] „Negativismus" fungiert hier als Informationsvorteil, höherer Nachrichtenwert und prioritisiertes Thema des Journalismus (vlg. Wimmer 2000: 580)

4.5.4 Individuelle Dimension

Den Schlüssel für das Problem eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls, für Toleranz und Solidarität, sieht Hettlage in besserer Bildung und Information (vgl. Hettlage 1999: 259 f.). Bildung ist auch für Cederman, neben dem Sprachproblem, eines der wichtigsten Themen. Obwohl der EU durchaus einige Initiativen zugerechnet werden können, z.B. den Versuch in den 70er Jahren mehr Einfluss in der öffentlichen Bildung und Studienplänen zu haben oder die Etablierung der Programme Erasmus und Lingua. Allerdings sind nicht nur die Nationalstaaten gegen eine europäische Bildungspolitik, auch die Bevölkerung selbst wünscht sich in diesem Feld wenig EU-Mitsprache (vgl. Cederman 2001: 158). Eine substantielle Sprachenpolitik ist ebenso ein Tabuthema in der EU Politik geblieben (vgl. Cederman 2001: 159). Fuss/ Grosser stellen in ihrer Studie zu jungen Europäern fest, dass Bildung die relevanteste Quelle ist, „*for Europe to become an important aspect of self-identity*" (Fuss/Grosser 2006: 224). Andere wichtige Quellen stellen Sozialisation, das Beherrschen einer Fremdsprache und Erfahrungen im „Ausland" dar (vgl. Fuss/Grosser 2006: 224 f.).

Es gibt auf europäischer Ebene mittlerweile auch einige Projekte, die die Bildung einer europäischen Identität, die Solidarität und das Verständnis zwischen den europäischen Nationen und Bürgern fördern oder fördern sollen. Ein Klassiker ist dabei das Erasmus[45] Programm als Austauschplattform für Studierende und wissenschaftlichen Mitarbeiter. Kuhn kritisiert dabei allerdings, dass das Mobilitätsprogramm mit gebildeten Studenten nur diejenigen ansprechen würde, die sich ohnehin schon europäisch fühlen würden und im Hinblick auf eine mögliche Förderung zur Entstehung europäischer Identität also am Ziel vorbeischießen würde. Vielmehr sollte eine vermehrte Konzentration auf weniger gebildetere Menschen stattfinden, die eher dazu tendieren, sich nicht europäisch zu fühlen. Insbesondere Bildung und *Cross-Border-Interaction* sind wichtig, beide stärken eine Selbst-Kategorisierung und Verbundenheit mit Europa (vgl. Kuhn 2012: 994/ 1006 f.).

Andere interessante Projekte sind etwa Unterstützungsprojekte der EU wie *City Twinning*, also Städtepartnerschaften, oder auch das Bürgerschaft Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger"[46] mit einem Budget von 215 Millionen Euro, durch das sich Europa an seine Bürger und Bürgerinnen im Zeitraum 2007 – 2013 annähern möchte und

[45] http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/erasmus_de.htm
Erasmus von Rotterdam als Namenspatron des europäischen Austauschprogramms war in seinen Einstellungen jedoch auch kritisch zu betrachten, insbesondere was seine demokratischen Vorstellungen anbelangt (vgl. Münkler 1995: 21 f.).
[46] http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_de.php

die Gelegenheit zu transnationalen Erfahrungen und Mitarbeit am europäischen Integrationsprojekt unter vier Aktionen bieten möchte. Erstens werden Städtepartnerschaften und Bürgerprojekte unterstützt, zweitens eine aktive Zivilgesellschaft in Europa vorangetrieben, drittens durch „Gemeinsam in Europa" Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeitswirkung, Studien sowie Informationsinstrumente gestützt und die vierte Aktion „Aktive Europäische Erinnerung" hilft dabei, Archive und Stätten der Erinnerung an Opfer des Nationalsozialismus, des Stalinismus und Deportationen zu erhalten und zu pflegen (vgl. Bürgerschaft Programm 2013[47]).

Individuell betroffen sind natürlich auch Menschen, die mit der EU oder für sie arbeiten – Kommissare sind dem "*country I know best*" meist doch starker verbunden als einem europäischen ganzheitlichem Anspruch, während EuGH Richter traditionell dafür bekannt sind, die Zukunft Europas voran zu treiben. Grundsätzlich gibt es hier aber auch oft einen Zwiespalt (vgl. Laffan 2004: 88/95). Wodak hingegen kommt in ihren qualitativen Interviews und diskursiven Analyse mit EU-Beamte in der Kommission, Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Mitarbeiter des Sekretariats des Rats der EU und Mitgliedern des COREPER[48] zu dem Schluss, dass hier durch die Bank ein gemeinsames Kernverständnis gefunden werden kann, was Europa bedeutet – dass es eine gemeinsame Vergangenheit, Gegenwart und auch Zukunft gibt. Auch wenn die Kommissionsbeamten kohärente Antworten gaben und sich eher „europäisch" fühlten, als die anderen Befragten, ist ein Trend sichtbar. Ebenfalls finden sich Übereinstimmungen was *Outgroups* betrifft, hauptsächlich Asien und die USA werden dabei als „anders" genannt (vgl. Wodak 2004: 98/ 122 f.). Aktuell in der Eurokrise gibt es aber viele Europäer, die enttäuscht sind von der Europäischen Union. „*The greatest single driving force of the European project since 1945, personal memories of war, has disappeared. Where individual memory fades, collective memory should step in*" (Ash 2012: 11).

4.5.5 Exogene Faktoren

Auch exogene Faktoren spielen eine sehr wichtige Rolle in der Identitätsbildung. Welche Bedrohungen gibt es von außen? Welche Rolle spielt die EU als internationaler Akteur? Welches Bild vermittelt die EU von sich nach außen und wie werden die Europäer dabei

[47] http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/about_citizenship_de.php
[48] Comité des représentants permanents (Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten)

wahrgenommen? Hält man sich an die Sozialpsychologie, so stehen ein Feindbild und eine gemeinsame Not an den vordersten Stellen zur gemeinsamen Identitätsbildung, darum ist es für Pollak verwunderlich, dass in Europa die Integration mittels Werten und Symbolen so hoch im Kurs steht. Er stellt deshalb die These auf, dass Europa nicht auf gemeinsamen Werten aufbaut und der Verweis auf diese einerseits als Flucht vor unangenehmen politischen Entscheidungen dient und andererseits den sinnvollen Fortgang der Integration behindert (vgl. Pollak 2007: 90 f.). Er begründet dies einerseits auf der Entstehungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg als Notwendigkeit, anhand europäischer Verträge und Dokumente und von historischen und aktuellen Anekdoten, etwa die Kontroversen um Grenzen der Religionsfreiheit in Frankreich, den Karikaturenskandal in dänischen Zeitungen 2005 oder die Amtsenthebung Rocco Buttigliones 2004 aufgrund seiner persönlichen Wertvorstellungen (vgl. Pollak 2007: 96-99). In der Grundrechtecharta sowie in im Vertrag von Nizza heißt es, man stützt sich auf unteilbare und universelle Werte (der Würde, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität), sowie im Bewusstsein eines geistig-religiösen und sittlichen Erbes der Union. Dabei wird nicht auf eine europäische Urheberschaft dieser Werte eingegangen, sondern nur ihrer Verpflichtung und Verantwortung, insgesamt sprechen die Verträge und Dokumente von „gemeinsamen“ und nicht „europäischen“ Werten (vgl. Pollak 2007: 94 f.). Insgesamt sieht auch Hettlage deshalb ein fehlendes bzw. falsches *Identity Management* der Europäischen Union: der Ansatz eines *Spillover* durch wirtschaftliche Integration auf andere Bereich ist nicht haltbar, zentrale Änderungen passierten meist durch Krisen und Konflikt, selten aus dem Inneren heraus und Strategien der Inklusion und Exklusion müssen Hand in Hand gehen, eine einseitige Konzentration bringt wenig. Nach dem Ende des Kalten Krieges scheint die EU die wichtigste Bedrohung verloren zu haben und diesen Platz mit nichts gefüllt zu haben (vgl. Hettlage 1999: 252).

Doch bereits durch die schlichte Existenz der EU wird Identität gebildet und Einfluss auf Staatsidentitäten ausgeübt, da Kategorien von Mitgliedschaft, Nicht-Mitgliedschaft oder Akzeptanz als Kandidatenland Inklusion und Exklusion verdeutlichen. Innerhalb der Union wird in einer inklusiven Sprache von „Familienfotos“ der EU-Staatsoberhäupter und „Partnern“ gesprochen, *Outsider* können die EU nicht ignorieren, müssen sich zumindest überlegen wie sie zu ihr stehen oder welche Verträge mit ihr geschlossen werden (vgl. Laffan 2004: 79 f.). Die Akzeptanz als Kandidatenland ist eine „*powerfull marker of inclusion and identification as European*“ (Laffan 2004: 80). Meist wird die EU von außen eher nüchtern als „*a collection of countries with limited global power*“ wahrgenommen (vgl. Dinan 2010: 483) und in Zeiten der Krise in dem negative Licht, nicht in der Herr der

wirtschaftlichen Lage zu sein[49] (vgl. Donnelly 2013: 1). Durch die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik der Union wird aber auch versucht, eine kollektive Identität als „*civilian power*" durch Hilfe und Handel in das internationale System zu projizieren (vgl. Laffan 2004: 80). Die EU vermarktet ihre eigene kollektive Identität konkreter auch in der „Europäischen Nachbarschaft". Karolewski geht dabei von der Prämisse aus, dass die Beziehungen die die EU mit Drittstaaten pflegt und die Maßnahmen und Programme die sie dabei ergreift, interpretiert werden können als „*the search of the EU to legitimise its own politices by shaping rules, norms and institutions in third countries in accordance with EU standards, wich reflect the positive self- images oft he EU*" (Karolewski 2011: 936). In anderen Worten kann hier von einem Identitätstransfer als *Identity Building* Strategie gesprochen werden. Dabei sind diese „missionarischen" Strategien auf eine andere Art Identität ausgelegt als jene, die *in* der EU verfolgt wird. Nach außen hin wird eine „institutionelle" Identität beworben, die sich auf Abläufe, Normen, Regulierungen und Institutionen stützt, während innerhalb der EU eine eher „symbolische" Identität verfolgt wird. Einerseits ist dies problematisch, weil ein ambivalentes Verhältnis verschiedener Identitäten geschaffen wird, andererseits weil die EU nicht immer in der Lage ist, diesen positiven Eigenbildern gerecht zu werden (vgl. Karolewski 2011: 938 f.). Karolewski identifiziert dabei drei Typen von EU Selbstbildern: „*cosmopolitan Europe*", auf universalistische Prinzipien wie Menschenrechte ausgerichtet, „*civilian power*", als moralische post-nationale Überlegenheit, die normativen Wandel über Gewalt bevorzugt und als „*normative power*", als fortschrittliche Einheit, die etwa die Todesstrafe ablehnt und für Umweltschutz eintritt (vgl. Karolewski 2011: 944 f.). Alle ausgelegt auf eine Vermittlung von Superiorität und Abgrenzung von Anderen, im Besonderen von den USA – die Amerikaner sind „*especialley useful for the EU's identity constructing processes, since being a global power with its own normative appeal, it can serve as a ‚significant other'*" (Karolewski 2011: 946). Aber auch in Hinblick auf Drittländer ist die EU in der Lage sehr unterschiedliche Herangehensweisen von *Identity Transfer* durchzuführen, z.B. in Hinblick auf mittel- und osteuropäische Länder vs. Post-Sowjet-Staaten scheint die EU klare Entscheidungen zu treffen wer „*identity light*" bekommt und wer für eine Mitgliedschaft vorbereitet wird (vgl. Karolewski 2011: 943 f.).

Viele dieser Fragen spielen in den Finalitätsdiskurs hinein, dem das nächste Kapitel gewidmet ist – dazu ist es ebenso wichtig zu fragen, was die EU ist und was sie sein könnte, als sich auch mit der Grenzziehung Europas und der EU zu beschäftigen und

[49] „Six years into the financial crisis, the greatest threat to global financial stability remains the European Union's incapacity to provide for it at home" (Donnelly 2013: 1)

danach zu fragen, wer aus welchem Grund als *Insider* oder *Outsider* wahrgenommen wird. Auch Finalität, Außenbeziehungen und Abgrenzung sind *Identity Building* Mechanismen, auf die näher eingegangen werden soll.

5. Der Finalitätsdiskurs

Die Europäische Union wird in ihrer langjährigen Geschichte immer relevanter, immer tiefer, immer weiter und mit Vorbehalt auch immer gewichtiger: Es werden immer mehr verbindliche Entscheidungen in immer wichtigeren Gebieten entlang einer staatsähnlichen Agenda auf EU-Ebene getroffen und die institutionelle Integration und die Aufnahme neuer Mitgliedsländer schreiten stetig voran (vgl. Wessels 2008: 20-25). Doch wie die EU am Ende aussehen soll, was die finale Form sein wird, darauf gibt es bislang, abgesehen von zahlreichen Entwürfen, keine eindeutige Antwort. Die Tatsache, dass die EU eine „*unfinished category*" ist, die sich andauernd verändert, ist ein Problem. Neue Abkommen und Verträge, Vision oder auch Rückschritte verändern die Union, durch Erweiterungen werden neue Traditionen, Kulturen und Ökonomien in die EU geholt, die einerseits das Objekt EU verändern und andererseits der europäischen Öffentlichkeit nicht die Chance lassen, die EU einer Kategorie zuzuweisen (vgl. Breakwell 2004: 34 f./ 39, Lyons/Breakwell 1996[50] zitiert nach Breakwell 2004: 35). Zuerst wird daher die Frage gestellt, was die EU überhaupt ist und wie sie aktuell charakterisiert werden kann, um daraufhin näher auf Integrations- und Finalitätsdebatten einzugehen.

5.1 Finalität

5.1.1 Was ist die EU?

Die EU ist schwierig[51] einzuordnen: Historisch, da es kein vergleichbares Vorbild gibt, und juristisch, da es sich nicht eindeutig um einen Bundesstaat oder einen Staatenbund handelt (vgl. Reinhard 2002: 41). Nach außen hin wird die EU als hoch integrierte internationale Organisation mit beschränkter Rechtspersönlichkeit wahrgenommen, zentrale Akteure sind aber die Mitgliedsstaaten. Nach innen hingegen hat die EU eine Intensität der Integration, die herkömmliche Charakterisierungen des Völkerrechts nicht erfassen können (vgl. Griller 2005: 203).

Argumente dafür, dass es sich bei der EU um einen Staatenbund handelt, sind vielfältig: Die Mitgliedsstaaten sind „Herren der Verträge", der europäische Rat fällt die wichtigsten

[50] Lyons, E. / Breakwell G. M. (1996): Changing European Identities and Social Change in Europe: A Challenge for Social Psychology. In: Breakwell, G. M. / Lyons E. (Hg.): Changing European Identities: Social Psychological Analysis of Change. Oxford: Butterworth-Heinemann. S. 3-12.
[51] Allerdings ist die EU keinesfalls der erste Fall, der Einordungsprobleme als „Mittelding" hervorrufen würde (vgl. Griller 2005: 202 f.).

Entscheidungen, die Mitgliedsstaaten sind souverän und die Union besitzt keine Kompetenzen-Kompetenz, um nur einige Punkte zu nennen (vgl. Reinhard 2002: 41 f.). Auch im traditionellen Sinne der 3-Elemente-Lehre, nach der ein Staat einem Staatsvolk, einem Staatsgebiet und einer Staatsgewalt bedarf, kann nicht von einem „Staat Europa" die Rede sein: Rechtlich gibt es zwar ein Gebiet und ein Volk, das Gewaltenmonopol der Union ist allerdings zu dezentral (vgl. Griller 2005: 222 f.). Die fehlende Kompetenzen-Kompetenz hingegen sieht Griller als vernachlässigbar an, sie sei kein zwingender Schluss fehlender Staatlichkeit, viel wichtiger sei der fehlende Staatsgründungs*wille* (vgl. Griller 2005: 228/ 232). Aber auch Argumente für eine Charakterisierung als Bundesstaat sind gegeben: Durch die selbstständigen, selbstfinanzierten Institutionen, das eigene Bürgerrecht, die einheitlichen Reisepässe oder den Anwendungsvorrang des Unionsrechts vor nationalem Recht (vgl. Reinhard 2002: 41 f.). Ebenfalls sind die Zuständigkeiten der EU umfassend genug, um für einen Bundesstaat bezeichnend zu sein (vgl. Griller 2005: 225). Es gibt natürlich auch noch mehrere Kategorisierungsmöglichkeiten, etwa als Herrschaft des Rechts oder europäischer Verfassungsbund (vgl. Pernice 2005: 7769 f.). Schlussendlich kann die EU aber als „staatsähnlich", jedoch ohne Souveränität, betrachtet werden (vgl. Preuß 2005: 490): Als „supranationale Organisation mit staatsähnlicher Zuständigkeitsfülle" – auch die Verträge betreffend, die bereits vor Lissabon de facto die Aufgabe einer Verfassung erfüllt haben (vgl. Griller 2005: 236/ 248).

Der ehemalige Kommissionspräsident Delors sieht in Europa einen sehr gefragten Wirtschafts- und Handelspartner, der mit einer Stimme spricht, in politischen Belangen hingegen zeigte vor allem die Außenpolitik „kraftlose, europäische Versuche" und starke Nationalstaaten (vgl. Delors 2004: 437/ 445 f.). Bereits in der Gründung der Union war eine wirtschaftliche und rechtliche Ausrichtung sofort erkennbar, die politische Qualifizierung war und ist hingegen nicht komplett klar (vgl. Preuß 2005: 489 f.). Die EU wurde daher wiederholt als wirtschaftlicher Riese, aber politischer Zwerg tituliert, der Belgier Eyskens fügte dem auch noch einen militärischen Wurm hinzu (vgl. z.B. Leibfried 2009[52]).

In einem Analyseschema zur möglichen Zukunft der Union entwirft Wessels (vgl. 2008: 476 f.) ein Koordinatensystem, an deren Achsen sich Erweiterung bzw. Reduzierung und Integration/Vertiefung bzw. Souveränität/ Desintegration finden. Mit dem Vertrag von Lissabon und den darauffolgenden Maßnahmen in der Eurokrise geht die Bewegung deutlich nach oben in Richtung Vertiefung und supranationale Integration, auch der Beitritt

[52] http://www.zeit.de/2009/21/oped-Leibfried

Kroatiens 2013 deutet in der Längsachse auf eine weitere Vertiefung. Die institutionelle und vertragliche Ausgestaltung der Union erscheint somit auf den ersten Blick klar – das Problem liegt hier aber in der Diskrepanz zwischen den Elitenentscheidungen und dem, was die Unionsbürger wollen (vgl. Wessels 2008: 492).

5.1.2 Integrationstheorien und Integrationsziele

Die EU hat ohne Frage historisch einzigartige Charakteristika, betreffend der Größe oder der Art und Weise ihrer Entstehung, doch nach Haller divergieren die Erwartungen und Vorstellungen zur Zukunft der EU in den einzelnen Ländern auf drastische Art und Weise: Motive und Funktionen in Europa variieren von einer Stütze für eigene Probleme, als notwendiges Übel in Ermangelung besserer Alternativen, als abzulehnender Bürokratensuperstaat, als Ersatz für die eigene, schwache Identität bis hin zu einem Vehikel für ökonomische, politische oder kulturelle Interessen (vgl. Haller 1999: 273). Dieses eher skeptisch bis trostlos gezeichnete Bild der EU stellt zum einen allerdings nur eine These da, und zum anderen würden divergierende Vorstellungen über die Interessen verschiedener Staaten nicht zwingend bedeuten, dass daraus keine Gemeinschaft entstehen kann. Die genannten Punkte könnten auch auf unterschiedliche Gruppen innerhalb eines Staates zutreffen, die sich deshalb nicht weniger nationalstaatlich fühlen müssen. Aber auch Münch identifiziert in den einzelnen nationalen, intellektuellen Diskursen in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedliche Semantiken einer europäischen Integration. Es ist schwierig, draus ein sinnvolles, legitimes Leitbild für eine europäische Sozialordnung herauszukristallisieren – trennend sind vor allem eine Semantik des konventionellen Liberalismus in Großbritannien, eine Semantik des Republikanismus in Frankreich und eine Semantik des Legalismus im deutschen Diskurs zu Europa (vgl. Münch 2008: 15).

Das Design der europäischen Institutionen kann zu einem großen Ausmaß einer neofunktionalistischen Strategie zugeordnet werden, die durch Konflikt-Management, Kooperation und Förderung der Bildung von „*shared identities*“, Nationalismus und „*exclusionary commitment of nation-states*“ entgegenwirken wollte (vgl. Herrmann/Brewer 2004: 1). Nach Ernst Haas geht die neofunktionalistische Integrationstheorie von einem *Spillover* von wirtschaftlicher Integration auf andere Bereiche aus, insbesondere auch von „*common identities*“, die sich von Expertengruppen auch auf größere Gesellschaftsgruppen ausweiten sollen. Dieser Ansatz erhielt durch den EuGH sowie vermehrte Anwendung der Qualifizierten Mehrheit und andere Harmonisierungen seit der EEA wieder Auftrieb,

wurde er doch zuletzt von der Theorie des Intergouvernementalismus nach Moravcsik verdrängt (vgl. Münch 2008: 12, Herrmann/Brewer 2004: 2). Münch sieht die EU in Richtung konstitutionellen Liberalismus nach US-amerikanischem Vorbild gehen, sichtbar in zahlreichen Liberalisierungstendenzen und auch in der zunehmenden Individualisierung. Gemeint ist damit, dass die europäische Integration eine individualisierende Wirkung hat und somit mehr Spielräume für einzelne Personen ermöglicht – wenn diese ausgenützt werden, führe dies zur Verstärkung transnationaler Netzwerke und zur Vernachlässigung nationaler Bindungen (vgl. Münch 2008: 241 f.). Insbesondere meint Münch damit Menschen, die aktiv, mobil und vor allem gebildet sind: Je besser Bürger und Bürgerinnen gebildet sind, desto weniger Unterstützung brauchen sie durch kollektive Solidarität sondern wenden sich transnationalen Netzwerken zu (vgl. Münch 2008: 365). Dies ist natürlich ein zweischneidiges Schwert, wenn zwar eine Loslösung von der nationalen, aber keine Hinwendung zur europäischen Gemeinschaft stattfinden würde. Münch spricht in Folge auch von einem zunehmenden Kult des Individuums, das zu einer stärkeren Differenzierung zwischen Zentrum und Peripherie und neuen Klassen führt, angeführt von einer transnationalen Elite (vgl. Münch 2008: 380).

Reinhard ist der Meinung, dass es sich bei der EU um eine politische Organisationsform nachstaatlicher Natur handelt, die nach den Regeln des Marktes funktioniert, insbesondere sichtbar anhand der vier Freiheiten, die auch politische Konsequenzen nach sich ziehen, aber in erster Linie auf marktwirtschaftlichen Überlegungen ohne den Einbezug der Bevölkerung aufbauen (vgl. Reinhard 20002: 42/45). Weiler sieht in den Verträgen der EU, insbesondere durch Bezugnahme auf eine engere Union der Völker und *nicht* der Staaten, eine Absage an das staatliche Modell, indem die Bildung einer europäischen Nation das Ziel wäre. Damit sei auch das Besondere an der EU, dass sie quasi ohne *Demos* auskomme, weil sie auf die klassische Form der demokratischen Identifikation von Selbstherrschaft des Volkes verzichtet (vgl. Weiler 2003: 7/18-21[53], zitiert nach Pernice 2005: 752).

Heute kann angesichts der verschiedenen Zugehörigkeiten – Stichwort Euro, Schengen, *Opt-Outs* – durchaus von einem Europa *à la Carte* oder einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gesprochen werden. Ebenso im Hinblick auf die losen Grenzen der EU werden diese Begriffe gern als Charakterisierungen verwendet und offenbar auch von der Bevölkerung angenommen: „*Europeans tend to support the notion*

[53] Weiler, J. H. H. (2003): In defense of the status quo: Europe's constitutional Sonderweg. In: Weiler, J. H. H./ Wind, M. (Hg.): European Constitutionalism Beyond the State. Cambridge/ New York: o.V.

of a two-speed Europe, with 47% believing that countries that are ready to intensify the development of a common European politic in certain important areas should do so without having to wait for the others" (Spezial Eurobarometer 2012: 89). Cameron sieht im *Multi-Speed* kein Problem, vielmehr aber in einem Europa der *Multi-Visionen* (vgl. Ebenda 2004: 16). Dass es ein Problem der verschiedenen europäischen Visionen gibt, verdeutlichen die unterschiedlichen Finalitätsvorstellungen, die im folgenden Kapitel behandelt werden, sehr schön.

5.1.3 Finalitätstheorien und Finalitätsdiskurse

Die Finalitätskonzepte reichen von den Vereinigten Staaten von Europa bis zu einer Föderation von Nationalstaaten, einem Europa als Staatenbund vs. einem Europa als Bundesstaat, einer Staatenverbindung, einer wirtschaftlichen Union als Freihandelszone und darüber hinaus auch bis zu verschiedenen Variationen davon (vgl. z.B. Wessels 2008: 28, Rifkin 2004, Delors 2004, Pernice 2005: 744, Marhold 2001).

In den Verfassungen der Mitgliedsländer der Union selbst gibt es nur wenige Hinweise auf eine gemeinsame Zukunft in Europa. In der tschechischen Verfassung wird von einer „*family of democracies in Europe*" gesprochen, hauptsächlich findet man formale Dinge wie Integrationsklauseln, Strukturen, Übertragungen oder zumindest gemeinsame Ziele wie Friede und Demokratie (vgl. Pernice 2005: 748-750). Eine entscheidende Ausnahme bildet die deutsche Verfassung: Keine andere europäische Verfassung verbindet die eigene Identität so substantiell mit der EU, in dem von einem „gleichberechtigten Glied in einem vereinten Europa" gesprochen wird und dabei nicht der deutsche Staat, sondern das deutsche Volk gemeint ist (vgl. Pernice 2005: 747). In den Verträgen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union hingegen werden ebenfalls nur einige Punkte angesprochen. Bereits im EGKS wurde vom Frieden in einer immer engeren Union der Völker gesprochen, bezeichnenderweise nicht von Staaten (vgl. Pernice 2005: 751). Nach dem Vertrag von Nizza wird auch von einer „Globalen Verantwortung" gesprochen, vertraglich die Achtung nationaler Identität gewahrt und das Wort „föderal" bewusst vermieden, wohl auch aufgrund von unterschiedlichen Bedeutungsauffassungen in den einzelnen Nationalstaaten (vgl. Pernice 2005: 751 f., Cameron 2004: 14). Seit dem Konvent von Laeken kann allerdings ein Paradigmenwechsel erkannt werden: Es geht nicht mehr um die immer engere Union der Völker, sondern um Zusammenarbeit und

Rücksichtnahme, auch die Illusion eines primären wirtschaftlichen Zweckverbandes wird beendet (vgl. Pernice 2005: 754 f.).

„Dass die EU nicht bleiben kann, wie sie ist, scheint bisher das wichtigste integrative Moment zu sein“ (Meier 2002: 21). In welche Richtung sie gehen soll, scheint aber nach wie vor offen. Hartmut Marhold (2001) geht in seinem Buch „Die neue Europadebatte“ auf die Situation der Diskussion und Meinungen zur Zukunft der EU um die Jahrtausendwende ein, an der sich zahlreiche hochrangige Politiker und Denker beteiligt haben, jedoch mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen. Zum einen ist Joschka Fischer hervorzuheben, der mit seiner Rede im Europäischen Parlament 1999 und in Folge an der Berliner Humboldt-Universität im Mai 2000 der Diskussion ihren Anstoß gab. In dieser sogenannten Humboldt-Rede bezieht sich Fischer auf die Gründerväter und sieht das Ziel der Union in einer Europäischen Föderation, was volle Parlamentarisierung und Regierungsbildung bedeuten würde und in drei Etappen realisiert werden soll: Einer verstärkten Zusammenarbeit, der Schaffung eines Gravitationszentrums und schließlich einer europäische Verfassung (vgl. Marhold 2001: 25-27). Diese Idee einer Avantgarde in einem europäischen Gravitationszentrum begrüßt auch Delors, dem durch „Differenziation“ ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vorschwebt (vgl. Delors 2004: 15). Delors‘ Vorstellung für Europa ist ein Bund von Nationen-Staaten, eine Föderation der „*Etats-Nations*“, in dem die Nationen ihren Spielraum besitzen und die Europäische Union einen unverzichtbaren Rahmen der Zusammenarbeit darstellt (vgl. Delors 2004: 505 f.). Es entspricht auch seiner Vorstellung, dass man „die Tür“ der EU nie schließen darf, nicht innerhalb der Union, etwa im Hinblick auf die WWU, oder außerhalb der Union, im Hinblick auf Erweiterungen (vgl. Delors 2004: 515). Die unmittelbaren Reaktionen auf Joschka Fischers Vorstoß fielen allerdings nicht euphorisch aus, besonders aus Frankreich kam Zurückhaltung, was Finalitätstheorien betrifft, da dort der hohe Wert des Nationalstaates und nationale Souveränität schwer in Frage gestellt werden können (vgl. Marhold 2001: 28).

Das ehemalige Präsidentenduo Valéry Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt sprechen ebenfalls Skepsis aus und schlagen aus Angst vor zu schneller Erweiterung und Reformstau einen dreistufigen Integrationsraum mit einem Währungsunionskern und einem sicherheitspolitischen Ring darum herum vor (vgl. Marhold 2001: 199 f.). Der Vorstellungen einer europäischen Föderation stehen Tony Blair und José Maria Aznar ablehnend gegenüber, die sich in die Diskussion einbringen, indem sie für eine sehr wirtschaftlich ausgerichtete Union plädieren und Erweiterung vor Vertiefung stellen (vgl. Marhold 2001: 231 f.). Darüber hinaus hält Blair nach großbritannischem Vorbild der

Magna Charta eine geschriebene Verfassung für überflüssig und spricht sich eher für einen Grundrechtskatalog aus (vgl. Marhold 2001: 233). Görlach, Leinen und Linkohr wiederum setzten sich allem für eine Demokratisierung der Union als Hauptaufgabe ein. Die EU selbst sei bereits ein vollgültiger Staat, was viele allerdings nicht sehen wollen, um die Illusion der nationalen Souveränität nicht zu zerstören (vgl. Marhold 2001: 295).

Jerimy Rifkin tritt 2004 für die „Vereinigten Staaten von Europa" ein, da er im Gegensatz zum *„American Dream"* im „Europäischen Traum" einen normativ besseren und moralischeren Ansatz sieht (vgl. Rifkin 2004: 406 f.). Wenn man die Werte der Europäischen Union als Aufnahmegrund hernimmt – die Finalität der Europäischen Union also nicht auf ein geografisches, historisches Europa beschränkt, sondern auf Werte, Demokratie und Marktwirtschaft stützt – gelangt man zu einem Universalismus, der immer größere Teile der Welt umfassen würde. Dabei wäre die Europäische Union, als Gegenpol zu der kriegerischen Besetzung, mit der die US-Amerikaner Systemwechsel erzwingen, zu Wandel durch Einbezug fähig (vgl. Kocka 2005: 283, Rifkin 2004: 217). Rifkin sieht auch durchaus die Möglichkeit eines EU-Beitritts Kanadas in der Zukunft (vgl. Ebenda 2004: 382). Pernice hält die Europäischen Union für kein Übergangskonzept zwischen Staatenbund und Bundesstaat, da die Rückkehr zum Modell eines souveränen Staates unheilvolle Fehler des 19. und 20. Jahrhunderts wiederholen würde. Vielmehr geht er von einer Konstitutionalisierung Europas aus: Die Finalität der Europäischen Union sei eine Vision des Miteinanders von Menschen, die sich in einem „rechtlich verfassten Wirkungssystem ‚vertragen' und politisch organisieren" und zwar auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und möglicherweise globaler Ebene (vgl. Pernice 2005: 780). Auch Leibfried (vgl. 2009[54]) ist der Meinung, dass im Sinne einer Stabilisierung der Beitritt das wichtigste Instrument der EU ist und diesen Gedanken weiterdenkend, kann er sich auch eine expansive Erweiterungspolitik der Union bis hin zur Weltunion vorstellen. Diese globale Idee ist von einem pazifistischen Standpunkt aus sehr verlockend, doch Kocka bezeichnet sie zu Recht als unrealistisch, denn „es übersieht den Zusammenhang zwischen Grenzziehung und Identität und stellt nicht die Frage nach den inneren Kräften und Gemeinsamkeiten, die es geben muss, damit ein Gemeinwesen … existieren und expandieren kann" (Kocka 2005: 283 f.). Auch die Kultur als alleiniges Merkmal der Integration und somit Finalität reicht nicht aus: Die Verflechtungen nach außen, aber auch kulturelle Unterschiede innerhalb der Union, sind oft tief. Insbesondere geht es hierbei auch um die politische Entscheidung, welche kulturelle Tradition als gemeinsame oder trennende betont wird (vgl. Kocka 2005: 284). Kocka spricht sich deshalb für ein

[54] http://www.zeit.de/2009/21/oped-Leibfried

Kriterienbündel aus, das er „demokratische Handlungsfähigkeit“ nennt: Im Sinne einer inneren Kommunikation, von Gemeinsamkeiten, einer Balance, Vertrauen, sozialem Kapital und politischer Kultur (vgl. Kocka 2005: 284). Damit spricht er zwar zweifellos sehr wichtige Punkte an, leider sind diese aber sehr vage und analytisch schwer zu verwenden.

Viele Wissenschaftler kritisieren das fehlende Ziel, die fehlende Festlegung auf Europas „Form“. Meier kritisiert dabei im Besonderen, dass keine breite Debatte darüber geführt wird, der Verfassungskonvent sowie einzelne Meinungen und Ideen blieben trotz breiterer Beteiligung Elitendiskurse. Bürger und Parlamente werden nicht mit einbezogen in die Überlegungen (vgl. Meier 2002: 19 f./24). Ohne Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung ist ein Finalitätsdiskurs aber nicht sinnvoll und auch nicht möglich, denn Möglichkeiten einer Finalität benötigen den Widerhall der Bevölkerung. Im Weiteren ist durch das Fehlen öffentlicher, breiter Diskurse auch die Demokratisierung der Union schwierig (vgl. Meier 2002: 33, Pernice 2005: 746). Auch Kocka spricht von einem Legitimations- und Kohäsionsdefizit in der Union. Denn wollte man einen europäischen Bundesstaat ohne europäische Nation, ohne gesamteuropäische Kommunikation und Partizipation konstruieren, würde es diesem Bundesstaat an der Fähigkeit mangeln, Konflikte auszutragen oder über Umverteilung zu diskutieren, geschweige denn diese zu legitimieren (vgl. Kocka 1995: 48).

Aktuell gewinnt Intergouvermentalität in der Finalitätsdebatte wieder vermehrt an Bedeutung – in den 80er Jahren waren Deutschland und Frankreich die Lokomotive Europas, während es Anfang des neuen Jahrtausends scheint, die beiden starken Länder Europas erheben so etwas wie Führungsanspruch (vgl. Meier 2002: 22). Auch in der europäischen Krise hat sich deutlich gezeigt, wie wichtig die Staats- und Regierungschefs sind, Stichwort „Merkozy“[55], und welche geringe Rolle den supranationalen Organen der EU in Krisenzeiten beigemessen wird. Einerseits ist die deutsch-französische Lokomotive bekannt, andererseits ist es bezeichnend, wer die Hauptakteure in der Europäischen Union sind. Großbritannien würde neben dem Führungsduo Deutschland und Frankreich auch gerne mehr *Leadership* zeigen, ist aber dazu, insbesondere aufgrund der fehlenden Euro-Mitgliedschaft, nicht fähig (vgl. Cameron 2004: 12 f.). Seit dem Beginn der Euro-Krise nehmen positive Aussichten wie die von Jerimy Rifkin ab, vielmehr wird sogar schon davon gesprochen, dass die Existenz der Europäischen Union selbst bedroht sei. „*Without*

[55] „Merkel“ und „Sarkozy“ übernehmen in der Eurokrise wiederholt die Führung, siehe z.B. Schäfers et al (2011): Berlin und Paris übernehmen die Führung. In: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/merkozy-berlin-und-paris-uebernehmen-die-fuehrung-11549225.html.

some new driving forces, without a positive mobilization among its elites and peoples, the eu, while probably surviving as an origami palace of treaties and institutions, will gradually decline in efficacy and real significance, like the Holy Roman Empire of yore. Future historians may then identify some time around 2005 as the apogee of the most far-reaching, constructive, and peaceful attempt to unite the continent that history has ever seen" (Ash 2012: 12).

Auch wenn die Europäische Union keinen offiziellen Wegweiser einer Zukunft der Union herausgegeben hat, lassen sich an einigen Dingen dennoch Richtungen und Denkweisen festmachen, wie es um die momentane Situation bestellt ist. Im Folgenden werden die europäischen Grenzen sowie Inklusions- sowie Exklusionsmechanismen behandelt, um daraus mögliche Schlüsse der aktuell vorherrschenden Vorstellung zu ziehen, was die EU ist und wo sie hinwill.

5.2 Grenzen

Grenzen konstruieren Differenz; ihre Funktion liegt darin, Ordnung in ein angenommenes Chaos zu bringen (vgl. van Houtum/ Pijpers 2006: 55) und zwischen *Insidern* und *Outsidern* zu differenzieren (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 53). Grenzen sind auch „*multifaceted social institutions*", „*symbols*" und „*identity constructing elements*" (vgl. Scott 2006a: 4). Vor allem aber sind sie Konstrukte in Köpfen, ebenso wie es Europa ist (vgl. Kocka 2005: 282) – gerade deshalb darf man Grenzziehungen in der Frage um die Idee und Identität Europas auch einiges an Gewicht beimessen.

5.2.1 Historische Grenzziehungen in Europa

Historisch gesehen entstand europäische Identität „über Differenz *und* über Verflechtung" (vgl. Kocka 2005: 277). Abgrenzung ist ein Merkmal der Geschichte Europas als Idee, Griechen vs. Perser, Karolinger vs. Araber, Christen vs. Osmanen (vgl. Schmale 2001: 39[56], zitiert nach Preuß 2005: 504). „Grenzen und Identität Europas sind nichts Feststehendes, sondern ein historischer Entwicklungsprozess" (Münch 2008: 372). Viel mehr noch, unterschiedliche Grenzen liegen unterschiedlichen Denkern zugrunde und variieren hauptsächlich nach politischen Zielen (vgl. Kocka 2005: 278 f.).

Lange Zeit bildete der Don die östliche Grenze Europas, die erst im 18. Jahrhundert aus politischen Gründen in Richtung Ural und Wolga verschoben wurde. Aus französischer

[56] Schmale, Wolfgang (2001): Geschichte Europas. Wien u.a.: Böhlau.

Sicht war die Ostgrenze Europas, eingekreist von den Flügelmächten England und Russland, sogar entlang der Weichsel und der Donau zu verorten (vgl. Münkler 1995: 23 f.). Den Ural als Kontinentalgrenze, zurückzuführen auf den Russen Tatschtschew, bezeichnet Kocka als willkürlich, die von dem norwegischen Historiker Hajnal in den 1960er Jahren vorgeschlagene „Hajnal-Linie" als Ostabgrenzung Europas scheint hingegen zumindest einen fundierten Hintergrund zu besitzen. Hajnal zieht diese Linie von St. Petersburg bis nach Triest, um sie dann am Balkan verlaufen zu lassen, aufgrund von einem soziologischen „europäischen Heiratsmuster" (vgl. Kocka 2005: 282). Mitterauer (vgl. Ebenda 2003[57], zitiert nach Kocka 2005: 282) bestätigt dieses Unterscheidung, sieht darin aber die Grenze zwischen lateinischem und östlichem Christentum und kommt zu dem Schluss, dass „Europa als historisch-konstituierter sozialer und kultureller Raum eigentlich nur westlich, nicht aber östlich dieser Linie existiert" (Kocka 2005: 283). Auch im Süden Europas kann das Mittelmeer nicht ohne weiteres als natürliche Grenze angesehen werden – vor der Entkolonialisierung und auch in der Antike waren die mediterranen Länder auf allen drei Erdteilen eng miteinander verbunden. Europäische Grenzziehungen sind daher abhängig von politischen Gegebenheiten (vgl. Münkler 1995: 11 f.). Henri Pirenne geht in Folge pointiert davon aus, dass Europa als Idee erst im Mittelalter entstanden ist, als Verbindungen über das Mittelmeer geschlossen wurden und von Osten durch das arabische Vorstoßen im 8. Jahrhundert begrenzt wurde (vgl. Pirenne[58], zitiert nach Münkler 1995: 12 f.). Insbesondere fällt in diese Zeit auch das karolingische Reich unter Karl dem Großen, in dem Europa erstmals als politische und kulturelle Größe bezeichnet wird – und dessen Ausdehnung auch die EWG-Gründerstaaten umfasst (vgl. Münkler 1995: 13). Reinhard spricht von einem Kerneuropa, das von der lateinischen Kultur geformt worden ist. Dessen Grenze verläuft entlang einer Linie mit Finnland, Polen, Ungarn, Slowenien und Kroatien, die zu diesem Kerneuropa gehören und Russland, Weißrussland, der Ukraine, Rumänien und Serbien auf der anderen Seite (vgl. Reinhard 2002: 48). „Nun hat aber die spezifische politische Kultur dieses historischen Kerneuropa längst auch die östlich und südöstlich angrenzenden Länder einbezogen, die ursprünglich von orthodoxen oder islamischen religiösen und monokratischen politischen Traditionen geprägt sind" – auch wenn Probleme bleiben, sollte dieser eurozentrische Entwicklungsprozess, der Russland im 18. Jahrhundert und das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert erfasste, genügend kulturelle Übereinstimmungen für einen gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Weg mit den Ländern des Ostens bieten (vgl. Reinhard

[57] Mitterauer, Michael (2003): Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs. München: C.H. Beck Verlag.
[58] Pirenne, Henri (1941): Die Geburt des Abendlandes. Amsterdam.

2002: 48). Zur Diskussion einer europäischen Zugehörigkeit standen meistens die Türkei und Russland; Vergleiche mit anderen Kontinenten, vor allem vom 16. bis zum 18. Jahrhundert waren von Überheblichkeit und wenig Selbstkritik geprägt (vgl. Kocka 2005: 279). Die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert beendeten die noch übriggebliebene Überheblichkeit jedoch mit einem Schlag (vgl. Kocka 2005: 280).

5.2.2 Gemeinsames Gedächtnis

Der Sammelband von König, Schmidt und Sicking (2008) widmet sich dem Thema des europäischen Gedächtnisses. König nennt zwar explizit keinen Akteur, aber wenn er sagt, dass das europäische kulturelle Gedächtnis als Rückversicherung, als Sicherheitsnetz bei politischen Abstürzen verwendet wird, scheint klar, dass er von Europas Eliten spricht (vgl. König 2008: 9). Gemeinsame Erinnerungen bieten in dem Kontext auch eine Möglichkeit der Abgrenzung von anderen, denn Grenzen entstehen nicht nur historisch, geografisch und politisch, sondern auch aufgrund von individuellen Erfahrungen und Lebensrealitäten.

Besonders die Ereignisse der Jahre 1989 und 2001 bedeuteten tiefe Zäsuren, die Identitätsfragen wieder ins Zentrum der Gesellschaft gebracht haben, auch angesichts der nach Osten offenen Grenzen (vgl. König 2008: 11 f.). „Vor allem für die Konstitution und Legitimierung politischer Ordnungen ist der gemeinsame Bezug auf eine sei es positiv oder sei es negativ bewertete Vergangenheit von großer Bedeutung. Kollektive Identitäten und Gemeinsamkeitsglaube werden durch ihn gefördert und gestärkt“ (König 2008: 14). Dies trifft bereits auf die Nationenbildung zu, auch im französischen Verständnis nach Renan handelt es sich nicht nur um eine Willens-, sondern auch um eine Gedächtnisgemeinschaft. König identifiziert hier einen Gegensatz zwischen dem Westen und Osteuropa, das eine Revitalisierung der Nationen und eines kollektiven Gedächtnisses im nationalen Dienste erlebt (vgl. König 2008: 18/20). Das gemeinsame Erinnerungskonstrukt, das heute in Europa vorherrscht und auch politisch noch nachwirkt, sind die zwei Weltkriege und der Holocaust zu Beginn des 20. Jahrhunderts (vgl. König 2008: 23). Ebenso wichtig ist aber auch die Ost-West-Dimension des Kalten Krieges und die „Vereinigung“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (vgl. König 2008: 30). An diesen Linien zeigt sich aber insbesondere auch eine Zerrissenheit Europas, dessen Bürger entlang von Spaltungslinien wie Ost und West, oder Opfer und Täter unterschiedliche Erfahrungen erlebt haben. Hier bedarf es hauptsächlich einem Widerstehen, diese widersprüchlichen Erinnerungen der

europäischen Gewaltgeschichte zu homogenisieren (vgl. König 2008: 33). Giddens sieht die Umbrüche 1989 und den Kalten Krieg in ihren Auswirkungen noch viel drastischer. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sei überhaupt ein Produkt, dass erst durch den Kalten Krieg möglich geworden ist und das seine Identität durch den Kontrast in der damals bipolaren Welt fand. Durch das Jahr 1989 veränderte sich daher nicht nur die Welt, sondern das gänzliche Wesen der EU, eben auch durch die damit offen Grenzen der Union im Osten, die zuvor kein Thema darstellten (vgl. Giddens 2008: 40 f.). Die Frage nach dem „Warum" der EU sieht Giddens in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, im europäischen Sozialmodell als Schlüsselrolle im Selbstverständnis der Europäer und in den allgemeinen Werten wie Friede und Demokratie, die die EU vertritt. Es muss für die Bürger der EU etwas geben zu dem sie sich zugehörig fühlen, Giddens spricht sich dabei für eine Gemeinschaft aus und widerspricht dem Verfassungspatriotismus von Habermas. Den Schlüssel dafür sieht er in Bildung sowie der Festlegung der Grenzen (vgl. Giddens 2008: 46-48/ 58).

5.2.3 Aktuell

Einerseits möchte die EU ihre externen Grenzen kontrollieren, andererseits bedeutet das Thema Grenzen auch „*the sensitive issue of finally establishing its geographical limits*" (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 53). In der EU und in Europa können sehr unterschiedliche Grenzen gezogen werden, wie anhand von Geschichte und Erinnerungen gezeigt wurde: Aktuell kann man unterscheiden zwischen der Europäischen Union, deren Grenzen sich durch Erweiterung mittlerweile sechs Mal verändert haben, oder der Eurozone, deren Grenzen sich durch die späteren Beitritte Griechenlands, Sloweniens, Maltas, Zyperns und der Slowakei ebenfalls verändert haben, und den Grenzen von Schengen, denen nach fünf Erweiterungsrunden auch die Nicht-EU-Länder Island, Norwegen und die Schweiz angehören (vgl. Kaina 2009: 123). Vor diesem Hintergrund und mit dem Wissen, dass es auch neue Kandidatenländer oder sogar mögliche Austrittskandidaten gibt, wird ersichtlich, wie unklar oder kurzfristig die Grenzen der Europäischen Union verlaufen. Die EU hat „*unclear boundaries par excellence*"[59] (Risse 2004: 258). Andere politische europäische Organisationen bieten darüber hinaus ebenfalls divergierende Grenzziehungen

[59] "Consider the following: if you travel by car from Germany via France and Spain to Portugal; you never have to show your passport and you retain one single currency, the euro. However, if you travel by car and by boat from Germany via Denmark to Norway, you leave the euro-zone at the German-Danish border, than the EU at the Danish-Norwegian border, but you never have to show your passport because of Schengenland" (Risse 2004: 258).

und Mitglieder in Europa an: Beispielsweise der Europarat oder die OSZE (vgl. Risse 2004: 258).

Wehler ist der Meinung, dass es einer drastischen Grenzziehung in Europa bedarf (vgl. Ebenda 2008: 122). Dabei legt er zehn konstitutive, institutionelle und historische Unterschiede fest, die Europa über eine geografische Ebene hinaus von seinen Nachbarn und dem Rest der Welt unterscheiden: Das antike Erbe, das Christentum, die Trennung von Staat und Kirche, die Aufklärung, die moderne Wissenschaft, der Erwerbskapitalismus, das Bürgertum, der Adelsfeudalismus, das freie Bauerntum und der republikanischen Staat (vgl. Wehler 2008: 123-125). Am Ende des Tages birgt aber jeder dieser Punkte Konflikt- oder zumindest Diskussionspotenzial. Kocka wiederum spricht sich für eine Phase der Konsolidierung aus, was bedeuten würde, keine neuen Kandidaten in die EU aufzunehmen. Es geht ihm nicht so sehr darum, wo Grenzen zu ziehen sind, sondern wie diese beschaffen sind: Enge Zusammenarbeit und Abstufungen einer Mitgliedschaft, also eine Gradualisierung, würde die Grenzen für eine gemeinsame Identität ziehen, aber offen und durchlässig für neue Mitglieder bleiben (vgl. Kocka 2005: 285). In dieser Hinsicht gibt es bereits einige Bewegung auf europäischer Ebene. Die Europäische Union versucht, durch Programme wie die *European Neighbourhood Policy*[60] (ENP) enge Beziehungen zu Nachbarländern ohne Beitrittsperspektive aufzubauen (vgl. Scott 2006b: 18/32), oder wie es Mrinska ausdrückt: „*a ring of friends to share everything but the institutions*" (vgl. Ebenda 2006: 82). Begonnen wurde das Projekt mit einer Vorstellung von einem *Wider Europe*[61] (2002-2004), mittlerweile umfasst die ENP Partnerschafts- und Zusammenarbeitsabkommen, Assoziierungsabkommen oder die Euro-Mediterrane Partnerschaft in verschiedenen Qualitäten und Aktionsplänen mit über 15 Staaten (vgl. ENP Homepage 2013[62]). In der Realität profitiert die EU von einer Machtasymmetrie dank der sie die Linie vorgeben und Protektionismus betreiben kann (vgl. Scott 2006b: 33). Aber im Hinblick auf eine Europäische Identität werden hier wichtige Politiken verfolgt: „*It is through its relations with candidates and neighbours, more than in any other area of its external activity, that the collective identity of the EU will be constructed*" (Bretherton/ Vogler 2006: 137). Durch die verwendeten Instrumente der EU werden durchaus

[60] http://eeas.europa.eu/enp/

[61] „Discourses and processes of inclusion/ exclusion can, in the long term, have a decisive impact on geopolitical outcomes and the stability of macroregional spaces. The evolution of a European political community within this context can therefore only be comprehended in terms of gradual institutional shifts, changes in attitudes and the ability not only to tolerate ‚otherness' but also to break down barriers between ‚East' and ‚West'. Defining the borderlines between heterogeneity and coherence is not only the primary challenge of Wider Europe, it is also a central problem that will affect relationships between the EU and is larger ‚Neighborhood' for some time to come" (Scott 2006b: 33).

[62] http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm

Abstufungen sichtbar, z.B. durch die unterschiedlichen Aktionspläne in der ENP (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 148). Mit der ENP-Politik scheint ebenfalls die Bevölkerung einverstanden zu sein, denn 2006 waren 70% der Meinung, dass parallel zum gegenwärtigen Erweiterungsprozess, der nicht zu schnell stattfinden sollte, Nachbarländern eine andere Art von Beziehung angeboten werden sollte, die nicht so weitreichend ist wie die EU-Vollmitgliedschaft (vgl. Spezial Eurobarometer 2006b: 21).

Grenzen sind ohne Frage auch im Inneren der Union wichtig. Historische und sozioökonomische Trennungslinien durch Europa haben einen massiven Einfluss auf Menschen und ihre Einstellungen gegenüber jenen auf der „anderen Seite" einer Grenze (vgl. Meinhof 2004: 215). Für die ehemaligen Ostblock-Staaten ist es insbesondere schwierig, dort Grenzen zu setzen, wo zuvor im Kalten Krieg keine waren, und neue Grenzen „vorgesetzt" zu bekommen, etwa durch die Restriktionen der „alten" Mitgliedsstaaten, Malta und Zypern ausgenommen. Subjektiv wahrgenommen werden Grenzen innerhalb der Union auch entlang des Schengen Abkommens, dem nicht alle Staaten beigetreten sind, aber Nicht-Mitglieder, wie etwa die Schweiz, schon (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 54). Individuell machen die Europäer also nicht die gleichen Erfahrungen, wo die Union anfängt und endet.

Grenzregionen sind laut Untersuchungen der europäischen (und EU-finanzierten) Projekte *Exlinea*[63] und *EU Border Identities*[64] durch eine starke lokale Identität gekennzeichnet, die auf Kategorisierungen von einem „Wir" und den „Anderen" aufgebaut ist. Auch Europa bzw. die EU selbst tendiert dazu, in Grenzregionen sichtbarer und wahrnehmbarer zu sein (vgl. Scott 2006a: 4). Dass die Grenzziehung der Europäischen Union massive Auswirkungen hat, zeigt auch ein Blick auf „neue" Grenzregionen nach den jüngsten Osterweiterungen (vgl. Scott 2006a: 1 f.). In der Ukraine etwa, die seit 2004 eine Grenze zur EU hat, sind einfache Kooperationen mit den Nachbarn aus der Slowakei oder Polen nicht mehr möglich, andererseits kommen aber nun auch vermehrte europäische Investoren in die Grenzregion um wirtschaftlich zu profitieren (vgl. Mrinska 2006: 91 f.). Die Türkei und Russland bleiben nach wie vor am meisten umstritten (vgl. etwa Rifkin 2004: 217, Kocka 2005: 279).

„Für die Herausbildung einer supranationalen kollektiven Identität auf europäischer Ebene ist das Fehlen eindeutiger und für die Menschen nachvollziehbarer Grenzen ein Problem"

[63] http://www.exlinea.comparative-research.net/ („Lines of Exclusion as Arenas of Co-operation: Reconfiguring the External Boundaries of Europe Policies, Practices and Perceptions")
[64] http://www.borderidentities.soton.ac.uk/index_stat.htm („Border Discourse: Changing Identities, Changing Nations, Changing Stories in European Border Communities")

(Kaina 2009: 112). Dies wird in wechselseitiger Abhängigkeit aber auch durch ein mangelndes Selbstbewusstsein der Unionsbürger verstärkt (vgl. Kaina 2009: 123). Viele europäische Führungskräfte wollen die Grenzen allerdings bewusst offen lassen und sich zu keiner Finalität der EU bekennen, da die Union sich dadurch Einfluss sichern kann und die „goldene Karotte" des Beitritts bzw. die „silberne Karotte" verstärkter Zusammenarbeit als Druckmittel verwenden kann (vgl. Dinan 2010: 485, Bretherton/ Vogler 2006: 148 f.). Harris ist entgegen dem Wissenschafts*mainstream* und gemeinsam mit der EU der Meinung, dass es keinen Bedarf dafür gibt, die Grenzen der EU im Vorhinein zu definieren: „*they will define themselves as the EU responds to each wave of accession applications*" (Harris 2004: 100). Aber wer sind die möglichen Kandidaten für folgende Erweiterungen überhaupt und wie passen sie in das Europa der Europäischen Union?

5.3 Erweiterung

„*For the notion of identity transfer in the EU context the universalistic codes appear to be relevant, as they regard ‚Others' as potential members and attempt to include them by using proselytisation and conversion strategies. The non-members are considered inferior as long as they are not converted*" (Karolewski 2011: 938). Aber durch Mitgliedschaft können die *non-members* "gerettet" werden. Dabei kann diese missionarische Strategie auch als Selbstbestätigung für eine eigene unsichere kollektive Identität verstanden werden (vgl. Karolewski 2011: 938). Besonders die Osterweiterung 2004 wird als historisch markantes Ereignis in der europäischen Integrationsgeschichte angesehen (vgl. Faser 2004: Vorwort). Delors sieht dabei, trotz Problemen, „die Aussteuer, die der Osten in den Westen einbringt, [als] sehr viel reicher als man gemeinhin sagt" (Delors 2004: 509).

Die Kopenhagener Kriterien sehen vor, dass ein Land dann der Union beitreten kann, wenn es eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, sowie ökonomische Standards erfüllt, den Rechtsbestand der Union übernommen hat und wenn die EU selbst aufnahmefähig ist (vgl. Wessels 2008: 447 f.). Die Verhandlungspraxis ist allerdings komplizierter als die Vertragsregeln und es lässt sich eine große Varianz zwischen den Ländern feststellen – Polen z.B. begann die Annäherung an die EU bereits in den 80er Jahren, trat aber erst 2004 bei, der Fall der Türkei ist ebenfalls als spezielles Beispiel anzusehen (vgl. Delors 2004: 463). Trotz der Regelung, dass die Verhandlungen mit neuen Beitrittskandidaten eigentlich nur die Modalitäten der Übernahme, also Zeitpläne oder Unterstützungen beinhalten (vgl.

Europäische Kommission 2013[65]), zeigen Jacques Delors Ausführungen zu den Beitrittsverhandlungen mit Schweden, Finnland und Österreich, welche Spielräume neuen Staaten zugestanden bzw. wie sehr auf Forderungen eingegangen wurde (vgl. Delors 2004: 463 f.). Grundsätzlich steht die Union allen europäischen Staaten offen, manche Staaten sind aber doch zu offensichtlich nicht europäisch, wie etwa Marokko, so dass der marokkanische Beitrittsantrag ohne Umschweife oder Diskussion abgelehnt wurde (vgl. Pernice, 2005: 762, Bretherton/ Vogler 2006: 52). Neben der Beitrittspolitik sendet die EU aber auch andere klare Signale: „*since 1992, the progressive strengthening of the Union's external borders has contributed significantly to the process of excluding adjacent non-members such as Belarus, Moldova, Russia and Ukraine*" (Bretherton/ Vogler 2006: 55). Die ENP verstärkt dieses exklusive Grenzmanagement durch die Rhetorik „Partnerschaft ja, Mitgliedschaft nein" (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 55).

Erweiterungen waren immer auch verbunden mit Vertiefungen, Cameron spricht dabei von einem parallelen „*widening and deepening*" der Union im Laufe der Geschichte (vgl. Cameron 2004: 1 f.). Bis jetzt haben die Erweiterungen der EU auch dabei geholfen, „*core objectives*" zu erreichen: Stabilität, Sicherheit, Demokratie und nachhaltige Entwicklung in der unmittelbaren Umgebung der Union. Trotz Fragen der Kosten, Komplexität und Risiken bedeuten Erweiterungen meist wirtschaftliche Vorteile für die beteiligten Staaten und fördern das internationale Image und den Einfluss der EU (vgl. Dinan 2010: 484). Von Seiten der EU werden zahlreiche Instrumente zur Hilfe und Heranführung an EU-Standards angeboten, wie etwa finanzielle oder technische Unterstützung (vgl. Europäische Kommission 2013[66]). Ein Problem in der Erweiterungspolitik der Europäischen Union identifiziert Stahl in „strategischen Beitritten" (als Kontrast zu „zivilisatorischen") als eine besondere Art des Beitritts. Strategische Beitrittskandidaten sind dadurch gekennzeichnet, dass sie europäische Projekte unvollständig idealisieren, das Gemeinschaftsrecht nur mangelhaft übernommen haben und oft auch aus anderen „falschen" Gründen beitreten. Konkret sind dabei Großbritannien, Dänemark, Irland und Griechenland anzuführen. Vor allem solche Länder versuchten auch in Folge, Vertiefungen zu verhindern und weitere strategische Beitritte zu fördern. In der ersten Osterweiterung sei dies mit Ausnahme von Zypern auch gut gelungen, die 2007 beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien hatten aber wiederum ihre internen Probleme nicht gelöst und die *Acquis* nicht vollständig übernommen (vgl. Stahl 2010: 56 f.). „Diese strategischen Beitritte haben einen negativen Rückkoppelungseffekt auf die Haltung der Bevölkerung in den Alt-Mitgliedsstaaten zur

[65] http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/index_de.htm
[66] http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/index_de.htm

europäischen Integration gehabt – mit der Ablehnung des Verfassungsvertrages und dem Irland-Referendum als dramatische Ausprägungen“ (Stahl 2010: 57). Diese negativen Einstellungen als Resultat von als „falsch“ oder „verfrüht“ empfundenen Beitritten ist sehr relevant für das Thema der Europäischen Identität. Stahl bringt es auch mit dem Rückgang des „*permissive consensus*“ in den alten Mitgliedsstaaten in Verbindung (vgl. Stahl 2010: 44). Ebenso auf einen schlechten Einfluss auf die Gruppenbildung kann hier verwiesen werden, denn es ist anzunehmen, dass dadurch, dass Staaten der EU beitreten, obwohl sie subjektiv nicht hineingehören, die Attraktivität der Union insgesamt sinkt und auf individueller Ebene damit auch eine Identifikation unattraktiver wird. Ebenfalls kann von „Erweiterungsmüdigkeit“ gesprochen werden: Ein Prozess, indem Erweiterungen in der Bevölkerung zunehmend negativ beurteilt und weitere Vertiefungen verstärkt abgelehnt werden (Lang/ Schwarzer 2007: 117, Stahl 2010: 44). Diese Erweiterungsmüdigkeit, die seit 2004 sichtbar wurde, dreht sich hauptsächlich um die Angst der Menschen vor Arbeitsverlust, Migranten oder sozialen Problemen durch neue Mitgliedsländer (vgl. Dinan 2010: 486).

Wo hört die EU auf? Die Antwort darauf ist nur politisch, nicht geografisch zu beantworten – „*for the purpose of joining the EU, a country is European if EU leaders decide that it is*“ (Dinan 2010: 485). Island, Montenegro, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und die Türkei haben offiziell den Status eines Kandidatenlandes, die Verhandlungen mit Island und der Türkei haben bereits begonnen. Weitere potenzielle Kandidaten sind Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie der Kosovo, wobei diesen Ländern der Beitritt bei „Erfüllung der Bedingungen“ in Aussicht gestellt wird (vgl. Kommission[67] 2013). Rein geografisch gesehen, sind auch die osteuropäischen Länder Moldawien, die Ukraine und Weißrussland in Europa anzusiedeln – hier gibt es bislang jedoch keine konkreten Verhandlungen.

5.3.1 Island, Schweiz, Norwegen

Island ist hochentwickelt, stabil, wohlhabend und hätte bereits seit langem kein Problem, der EU beizutreten. Nach dem Trauma der Finanzkrise hat sich das Land auch schließlich zu einer Bewerbung in der Union entschlossen (vgl. Dinan 2010: 484/ 487). Island stellte den Antrag 2009, mittlerweile ist fast die Hälfte der Verhandlungskapitel vorläufig

[67] http://ec.europa.eu/enlargement/countries/check-current-status/index_de.htm

abgeschlossen und die andere Hälfte für Verhandlungen eröffnet (vgl. Kommission[68] 2013). Die Schweiz und Norwegen sind beide ebenfalls sehr wohlhabend, aber auch sehr nationalverbunden und die Bevölkerungen der beiden Länder haben sich eindeutig gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen, obwohl die Eliten der Länder diesen eher favorisiert hätten. Eine gewichtige Differenz liegt in der Sicherheitspolitik mit Norwegen als NATO-Mitglied und der neutralen Schweiz, sowie im Umgang mit der EU. Die Schweiz hat sehr starke Beziehungen und auch viele enge, finanzielle Abkommen mit der EU (vgl. Dinan 2010: 486 f.). In Norwegen hat sich 2011 eine vernichtende Mehrheit von 72% gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen, eine Verbindung zu der bereits ausgebrochenen Eurokrise kann stark angenommen werden (vgl. *News in English* 2011[69]). Auch in der Schweiz ist ein EU-Beitritt „so unpopulär wie noch nie" – wollten vor zwölf Jahren noch immerhin ein Drittel der Schweizer zur EU, sind es 2012 nur noch 11,5 % (vgl. Tages Anzeiger 2012[70]). Zwar basieren beide Umfragen für die Schweiz und Norwegen auf nationalen, nicht standardisierten Umfragewerten, sie zeigen dennoch ein eindeutiges Stimmungsbild. Grundsätzlich zahlen alle drei Länder Beiträge an die EU, etwa um Vorteile wie die Personenfreizügigkeit zu genießen, haben aber keinen Einfluss auf Entscheidungen (vgl. Harris 2004: 112).

5.3.2 Länder des Balkans

Die EU ist am Westbalkan der größte Geldgeber, dennoch kämpfen viele der Länder mit Korruption und hohen Kriminalitätsraten (vgl. Dinan 2010: 491 f.). Am Westbalkan ist das große Ziel eine dauerhafte Befriedung, im Gegensatz zu Osteuropa gäbe es hier kein politisch-moralisches Motiv der historischen Gerechtigkeit, sondern einen eher pragmatischen Stabilitätswunsch (vgl. Lang/ Schwarzer 2007: 121). Die zu lösenden Aufgaben sind aber zahlreich: Territoriale (mit Ausnahme Montenegros und Albaniens) und ethnische Streitigkeiten und ganz generell *state-building* Probleme werden bislang von der EU nicht wirklich in Angriff genommen. In Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zeigt die EU zumindest mehr Härte (vgl. Stahl 2010: 52). Mazedonien sieht sich mit einem ganz besonderen Problem, nämlich der Namensstreitigkeit mit Griechenland konfrontiert (in der EU daher mit FYROM, *Former Yugoslav Republic of Macedonia*, tituliert), das zumindest theoretisch einfach gelöst

[68] http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/iceland/index_de.htm
[69] http://www.newsinenglish.no/2011/11/01/eu-support-falls-to-record-low-2/
[70] http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/EUBeitritt-ist-so-unpopulaer-wie-noch-nie/story/28837548

werden könnte, während in Serbien und dem Kosovo, insbesondere aufgrund der Territorialität, eine dauerhafte Lösung in weiter Ferne scheint (vgl. Stahl 2010: 53-56, Dinan 2010: 488). Serbien spielt eine Schlüsselrolle in der Region und auch die Akzeptanz des Kosovo ist sehr wichtig (vgl. Dinan 2010: 491-493). In Bosnien und Herzegowina seien der EU schlechte und verwässerte Deals geglückt, offenbar fehlt aber die Kraft zur Einsicht, dass sich auch die Herangehensweise hier ändern sollte, um etwas Sinnvolles zu bewirken (vgl. Stahl 2010: 56). Besonders in dieser Region „droht Ungemach", weil Stahl auch hier eine Reihe von „strategischen" Beitritten befürchtet, da die EU bisher nicht in der Lage war, Probleme des *state-building* und der Kriegsverbrechen erfolgreich zu lösen. Lösungskapazitäten sind meist nicht durch einen EU-Beitritt zu erreichen, wie auch Zypern gezeigt hat, vielmehr sollte die EU mehr Zeit und Festigung einplanen und zu „zivilisatorischen" Beitritten zurückkehren (vgl. Stahl 2010: 57).

Die Einstellungen gegenüber der EU sind nicht konsistent, die Unterstützung ist etwa in Albanien und Serbien zurückgegangen, Kroatien hat als 28. EU-Mitgliedsland die niedrigsten Zustimmungsdaten. In einer Umfrage denken die meisten Bewohner der Balkanstaaten, dass die EU-Bevölkerung positiv auf den Beitritt ihres Landes reagieren würde, nur im Kosovo und in Serbien ist diese Meinung leicht zurückgegangen. Auch gibt es teilweise ein klares Bild von den stärksten Fürsprechern und Gegnern eines Beitritts in der Union, in Mazedonien ist der „Hauptgegner" ganz eindeutig Griechenland (vgl. Gallup Balkan Monitor 2010: 22-25). 2012 sind es nach wie vor die Kroaten, gefolgt von den Serben, die das niedrigste Level einer Identifikation mit Europa aufweisen. Im Kosovo identifiziert sich die Hälfte der Bewohner stark oder sehr stark mit Europa, nur 14% wenig bis gar nicht. Albanien ist mit knapp 43% starken Befürwortern und 30% Ablehnung noch eher gewillt, sich mit Europa zu identifizieren, während sich dies in Mazedonien und Montenegro mit jeweils ca. 30% auf jedem Ende der Identifikationsskala die Waage hält. In Bosnien und Herzegowina überwiegen mit 37% und in Serbien mit 47% eindeutig jene, die sich nur wenig bis gar nicht mit Europa identifizieren (vgl. Gallup Balkan Monitor 2012[71]). Wenn es um geopolitische Einschätzungen der Bevölkerung am Balkan geht, etwa die Zustimmung zur Führungsrolle der USA, Großbritanniens oder Deutschlands, gibt es ähnliche Werte der Zustimmung und gleichzeitig ähnliche Werte der Ablehnung betreffend einer russischen oder chinesischen Führungsrolle in den Balkanländern. Der Kosovo mit einer sehr hohen Zustimmung westlicher Mächte und Serbien mit einer eher russischen bis indifferenten Zustimmungspräferenz bilden die äußeren Werte, ebenso wenn es um

[71] http://www.balkan-monitor.eu/index.php/dashboard

Vertrauen in die EU oder die NATO geht – im Kosovo vertrauen die Menschen diesen Institutionen am meisten (70% starkes Vertrauen in die NATO), während in Serbien und auch in Montenegro die Menschen diesen ablehnender gegenüber stehen (vgl. Gallup Balkan Monitor 2012).

Eine relative Mehrheit der EU-25 von 45% war 2006 der Meinung, dass ein Beitritt der Westbalkanstaaten in erster Linie im Interesse dieser Staaten selbst liegt. Ein Viertel der Befragten sahen aber auch einen gegenseitigen Vorteil für die Länder und die EU (vgl. Spezial Eurobarometer 2006a: 65). Die Zustimmung zu einem Beitritt, „*once each of the following countries complies with all conditions set by the European Union*" unterscheidet sich nur geringfügig. Kroatien erhielt mit 56% die höchsten Zustimmungsraten, und auch FYRM, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro erhielten jeweils knapp unter 50% Zustimmung und rund 35% Ablehnung. Bezüglich Albanien sind mit 44% mehr EU-Bürger der Meinung, das Land sollte nicht beitreten, während 41% dafür wären. In Staaten aufgesplittert, spiegelt sich hier aber auch eine allgemeine Einstellung zur Erweiterung wieder (vgl. Spezial Eurobarometer 2006a: 67).

5.3.3 Osteuropa

Das „übrige" Osteuropa nach den EU-Erweiterungen besteht aus der Ukraine, Weißrussland sowie Moldawien. Alle drei Länder sind Teil der ENP, haben also nur geringe Aussichten auf einen Beitritt, auch wenn die prinzipielle Möglichkeit nicht ausgeschlossen wird. Das größte Problem in Moldawien bildet die pro-russische Region Transnistrien, in Weißrussland ohne Frage der autoritäre, fast diktatorische Führungsstil Lukaschenkos und die daraus resultierende politische und menschenrechtliche Situation: undemokratische Wahlen und scharfes Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft, politische Opposition und unabhängige Medien (vgl. Dinan 2010: 494 f., *EU External Action Service* 2013[72]). Auch die Ukraine wäre schwierig für die EU zu „verdauen", insbesondere auch durch die nationale Zerrissenheit entlang der sogenannten Huntington-Linie, die das Land in einen pro-europäischen Westen und einen pro-russischen Osten spaltet. Nach der Orangen Revolution schlug das Land eine westliche Orientierung ein, die mit dem Machtwechsel zu dem Kreml-treuen Janukowitsch aber wieder merklich abgekühlt ist (vgl. Mrinska 2006: 82 f., Dinan 2010: 484, 494 f.). Trotz einiger Fortschritte scheint aber in der EU ein Konsens zu herrschen, dass die Ukraine vorerst nicht beitreten sollte, auch die

[72] http://eeas.europa.eu/belarus/

Mitgliedschaft in der ENP *„appeared to dignify categorical rejection of Ukraine's candidacy*“ (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 52 f.). Die EU unterstützt hier eine eher technische Kooperation ausgerichtet auf demokratische Konsolidierung, auch weil man vermeiden möchte, Russland bzw. den pro-russischen Osten zu entfremden (vgl. Karolewski 2011: 948). Die ehemaligen Länder der Sowjetunion am Kaukasus Georgien, Armenien und Aserbaidschan werden zwar vereinzelt auch als mögliche Kandidaten genannt, die tatsächliche Chance darauf scheint aber, auch aufgrund des starken russischem Einflusses, sehr gering. Vielmehr werden auch diese drei Länder stattdessen stark in die ENP einbezogen.

5.3.4 Die Türkei

Die Beitrittsfrage der Türkei ist unweigerlich mit der Frage nach der Finalität der Europäischen Union verbunden und an ihr entzündet sich auch immer wieder eine Debatte um die Zukunft der EU (vgl. z.B. Preuß 2005: 512, Kocka 2005: 275). Es wird argumentiert, dass die Türkei keine Wurzeln in der europäischen, christlichen und aufklärerischen Zivilisation hätte. Das Christentum als europäisches, inkludierendes Argument dem Islam gegenüberzustellen, entkräftet Münch allerdings damit, dass der christliche Einfluss nicht allumfassend für Europa ist, sondern nicht unerheblich überhaupt erst zu einer konfessionellen Spaltungslinie beigetragen hat (vgl. Münch 2008: 372 f.). Historisch gesehen war Konstantinopel eine europäische Stadt, die Türken wurden zumindest um 1500 aber von dem Gelehrten und späteren Papst Piccolomini als nicht-europäisch angesehen (vgl. Kocka 2005: 277). „Bis ins 18. Jahrhundert hinein brachte die Furcht vor den vordringenden Türken – noch 1683 vor Wien – das im Übrigen äußerst uneinige Europa bisweilen dazu, tatsächlich zusammenzurücken und sich, in den Schriften seiner Intellektuellen, als zusammengehörig zu denken“ (Kocka 2005: 277). Davon abgesehen gab es aber lange Zeit einen sehr regen Kultur- und Wissensaustausch mit der islamischen Welt, der Einfluss der Türken auf Europa geht dabei weit über Kaffee und Kaffeehäuser hinaus. Damit will Kocka zeigen, dass die Türken nicht nur Fremde und Feinde waren, sondern auch „Quellen neuer Erfahrungen und Anregungen, neuen Wissens und Lernens“ (vgl. Kocka 2005: 277). Der entscheidende Punkt ist allerdings, dass Kocka die Türken ohne Frage als *Outgroup* betrachtet.

Auf der Grundlage einer Vielzahl an Unterschieden sind für Wehler (vgl. 2008: 126 f.) Russland, Weißrussland, die Ukraine sowie die Türkei kein historischer Teil Europas,

insbesondere gegen die europäische Zugehörigkeit und Aufnahme der Türkei spricht er sich vehement aus. Andere Wissenschaftler hingegen sind gegensätzlicher Meinung, und sprechen sich für die Fortführung der bereits getroffenen Entscheidung zu Aufnahmegesprächen aus (vgl. z.B. Giddens 2008: 60). Kleinschmidt sieht bereits im Frieden von Karlowitz 1699 den Beweis, dass die Türkei ein europäischer Staat ist, mit dem ein völkerrechtlicher Vertrag geschlossen wurde (vgl. Kleinschmidt 1998: 159[73], zitiert nach Wimmer 2000: 60). Man darf hier natürlich nicht dem Schluss unterliegen, dass die Türkei und der Islam gleichzusetzen wären, im Alltagsverständnis werden diese Dinge aber bedauerlicherweise oft vermischt. Feichtinger sieht den Islam als Teil europäischer Geschichte an, die osmanische Geschichte habe Lebensstil, Kultur und Alltag zumindest in Teilen Europas geprägt und war seit 1879 bzw. 1912 anerkannte Religion im habsburgischen Österreich (vgl. Feichtinger 2007: 40).

Die Türkei ist überhaupt ein Beispiel, das immer wieder fällt, wenn es um die Eingrenzung der EU geht, da sie im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, die sich ebenfalls in der östlichen Peripherie befinden, wie Weißrussland oder die Ukraine, eine konkrete Beitrittsperspektive besitzt (vgl. EU Kommission 2013[74]) und in einigen Ländern starke emotionale Reaktionen hervorruft. 52% der türkischen Bevölkerung sehen eine mögliche türkische Erweiterung als alleinig im Interesse der Türkei, während 20% ein Interesse für Türkei *und* EU identifizieren können. Im EU Durchschnitt sind 48% gegen einen Türkeibeitritt und 39% dafür, konkret kann hier ein Gefälle zwischen den neuen Mitgliedsstaaten, die eher für einen Beitritt sind und den alten Mitgliedsstaaten, die diesen eher ablehnen, gesehen werden. Auch zwischen den Ländern zeigt sich, dass es einige Länder gibt, in denen starke Ressentiments vorherrschen, wie etwa in Österreich, wo ein Türkeibeitritt mit 81% abgelehnt wird, aber auch Deutschland, Estland, Zypern, Luxemburg und Tschechien sind klar gegen einen Beitritt. Rumänien und Schweden hingegen wären am ehesten Fürsprecher eines Beitritts der Türkei (vgl. Spezial Eurobarometer 2006a: 69-71). Cem Özdemir, ein Mitglied des Europäischen Parlaments, sagte dazu in einem Interview: „Die türkische Regierung hat zur Kenntnis genommen, dass die Ablehnung des gerade von der AKP-Regierung angestrebten türkischen EU-Beitritts dort am höchsten in den Mitgliedstaaten ist, wo die Zahl der Türken besonders hoch bzw. ihre Integration – aus welchen Gründen auch immer – verbesserungswürdig ist“ (vgl.

[73] Kleinschmidt, Harald (1998): Geschichte der internationelen Beziehungen. Ein systemgeschichtlicher Abriß. Stuttgart: Reclam.
[74] http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/turkey/index_de.htm

Spiegel Online 2007[75]). Dabei hat der Rat der Europäischen Union längst entschieden, dass die Türkei europäisch ist, bereits 1963 und insbesondere seit 1999, als das Land offiziell als Kandidat aufgenommen wurde (vgl. Dinan 2010: 485). In den tatsächlichen Verhandlungen mit der Türkei kann ein eher strategischer Beitritt vermutet werden, auf staatlicher Ebene (im Gegensatz zur Meinung der Bevölkerung) unterstützt vor allem von Großbritannien, abgelehnt von Deutschland und Frankreich (vgl. Stahl 2010: 51, Dinan 2010: 485). Generell kann auf europäischer Führungsebene eine Allianz gegen und eine für den Beitritt identifiziert werden, die öffentliche Meinung hingegen ist eher ablehnend. Ebenso wie in der Türkei selbst. Nach anfänglicher „Eu(ro)phorie" und einer beispiellosen Anzahl an Reformen nach der Aussicht auf Beitritt haben die Türken und Türkinnen überwiegend das Gefühl, ohnehin nicht erwünscht zu sein. In der EU scheint es, als bestünde kein Interesse daran, die Verhandlungen zügig fortzuführen, vielmehr sind die Eliten dafür, die Grenzen offen zu lassen, um nicht politischen Einfluss zu verlieren. Der Status Quo ist also gefällig und es kann vermutet werden, dass die europäischen Führungskräfte insgeheim hoffen, die Türkei würde den Antrag von selbst zurückziehen, um danach mit der EU eine starke Partnerschaft einzugehen (vgl. Dinan 2010: 490 f.). In den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die 2005 begannen, konnte erst ein Kapitel – Wissenschaft und Forschung – vorläufig abgeschlossen werden (vgl. Kommission[76] 2013).

Im Hinblick auf die Ebene der Bevölkerung ist die Thematik eines türkischen Beitritts sehr emotional und auch wichtig. Offensichtlich wird hier von vielen Menschen eine eindeutige *Outgroup* identifiziert, die nicht in die Union soll oder nicht in sie hineinpasst. Da diese Meinungen aber von Land zu Land divergiert, kann dahinter auch die Projektion nationaler *Outgroups* stehen, welche die Türken als Andere ansehen. Bretherton und Vogler identifizieren im ambivalenten Umgang mit der Türkei ein exklusives Verständnis europäischer Identität, aber ein inklusives Herangehen, und trotz berechtigter ökonomischer und politischer Gründe zur Skepsis eines Türkei-Beitritts sind es auch viele Menschen mit anti-muslimischen Vorurteilen, die sich dagegen aussprachen (vgl. Ebenda 2006: 51). Eine alleinige Beschränkung auf anti-muslimische Vorurteile scheint aber zu kurz gegriffen, denn ein möglicher Beitritt des in weiten Teilen muslimisch geprägten Bosnien-Herzegowinas löst keine vergleichbaren Debatten aus.

[75] http://www.spiegel.de/politik/ausland/diaspora-warum-das-heim-wahlrecht-der-tuerken-die-integration-behindert-a-474170-2.html
[76] http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/turkey/index_de.htm

5.4 Inklusion und Exklusion

Die Unterscheidung von *Ingroup* und *Outgroup* sozialer Gruppen stammt von W. G. Sumner, wobei mit der *Ingroup* die Gruppe bezeichnet wird, der der Akteur zugehörig ist, die positiv als „Ort von Friede, Recht und Ordnung" identifiziert wird. Dem gegenüber stehen die *Outsider*, die fremd sind, mit denen Konflikt oder bestenfalls geschäftlicher Verkehr besteht und die als negativ, abschätzig und/ oder bedrohlich empfunden werden können (vgl. Esser 2001: 417). Der Prozess von Inklusion und Exklusion ist fundamental für die Identifikation mit anderen, inkludierende und exkludierende Vorgänge sind aber schwer zu erfassen, weil sie wandelbar, multipel und kontextgebunden sind (vgl. Meinhof 2004: 227). Für die „Herausbildung kollektiver Identifikationsbezüge werden Außenabgrenzung und Differenzbildung als ebenso bedeutsam angenommen wie Binnendefinition und Homogenisierungsprozesse nach innen" (Kaina 2009: 122).

Dass Identität von Alterität lebt, wie es Reinhard (vgl. Ebenda 1995: 132) ausdrückt, wurde bereits hinlänglich diskutiert: „*Europe requires distinction and salience when pitted against the Other*" (Stråth 2002: 388). Dass aber Europa einen Sonderfall in dieser Hinsicht darstellt, wurde möglicherweise noch nicht genügend betont: In der europäischen Geschichte hat Europa ständig in einem Ausmaß mit „Anderen" zu tun gehabt wie kein anderer Teil der Welt. „Der Andere" ist eines der großen Themen der europäischen Geschichte. Reinhard entwirft dabei fünf verschiedene historisch begründete Alteritätsmuster der „Anderen": Barbaren, edle Wilde, edle Weise, Heiden sowie den in seiner Andersartigkeit angenommenen Anderen (vgl. Reinhard 1995: 132 f.). Barbaren waren zunächst jene, die eine andere Sprache hatten, unzivilisiert waren oder sittenlos, aber später auch Randvölker, Andersgläubige oder „Hässliche". Positiver muteten Kategorisierungen an, die edlen Wilden Tugendhaftigkeit und Naturverbundenheit nachsagten oder die edlen Weisen, meist in Asien, bewunderten (vgl. Reinhard 1995: 134-136/ 144 f.). Die Abgrenzung zu Heiden als Nicht-Getaufte, was lange Zeit auch Nicht-Europäer bedeutete, war vor allem im Mittelalter relevant (vgl. Reinhard 1995: 137). Der Heide, sowie der Barbare, waren asymmetrische Gegenbegriffe, die ohne eine Eigengruppe nicht existieren konnten – für den antiken Griechen war der Barbare sein „Anderer", für die Juden und Christen war der Heide der „Andere" (vgl. Reinhard 1995: 137). Auch Preuß erkennt ähnliches, indem er anregt, dass die geistige Überlegenheit und Besonderheit Europas, etwa auch durch die Selbstdefinition, auch auf ein Gefühl der „Zweitrangigkeit" zurückzuführen sein kann, da Europa „sich von anderen Kulturen vor allem durch die Fähigkeit der Aneignung und schöpferischen Umformung fremder geistiger

Hervorbringungen unterscheide“ (Preuß 2005: 505). Der Eurozentrismus dieser Ausführungen kann stark kritisiert werden, doch „mit dem *Barbaren* und dem *Heiden* hat Europa anders als andere Kulturen *zwei* zur Abgrenzung gegen *Andere* dienliche Alteritätsmuster entwickelt, die alternativ, aber auch kombiniert eingesetzt werden konnten“ (Reinhard 1995: 149). Darüber hinaus dienen die beiden anderen Muster der Andersheit einer Idealisierung der Anderen, die Reinhard zufolge die Distanz zum Anderen aber nicht verringert, sondern mehr mit der Identität Europas als mit der der „edlen Weisen“ und „edlen Wilden“ zu tun hat (vgl. Reinhard 1995: 149). Dies zeigt zumindest, dass, auch wenn Abgrenzungsmechanismen meist auf Stereotypen aufgebaut werden, Xenostereotype, also die Einschätzungen über die Anderen, nicht notwendigerweise negativ sein müssen, wie Sumner annahm (vgl. Stråth 2002: 395).

Die Idee Europa ist historisch dort am prägnantesten, wo sie im Gegensatz zu etwas bestimmt wird, gegen äußere Gefahren oder andere Religionen und Weltauffassungen, oft gegenüber dem Osten. Der politische Europabegriff kann als Abgrenzungs- und Ausgrenzungsbegriff verstanden werden, ein Dilemma, dass sich laut Münkler wiederholen wird (vgl. Ebenda 1995: 18-20). Der Diskurs über die Abgrenzung zum Orient und den Gegensätzen Christentum und Islam begann bereits im Mittelalter, während die Abgrenzungsdebatten zu Osteuropa und Amerika erst in der Aufklärung auftraten (vgl. Stråth 2002: 395). Stråth sieht in Europa die religiösen und die linguistischen Differenzen als korrelierend an, die die Haupttrennungslinien in Europa bilden: Katholisch-Romanisch, Protestantisch-Germanisch und Orthodox-Slawisch (vgl. Ebenda 2002: 388).

Bretherton und Vogler skizzieren zwei verschiedene Verständnisse einer EU-Identität bzw. Gemeinschaft: Zum einen eine potenziell inklusive Identität, die aufbaut auf Werten und die Möglichkeit bietet, dass auch Nicht-Mitglieder näher kommen oder schließlich auch ein Teil davon werden. *Outsider* sind in diesem Szenario *mehr oder weniger* europäisch. Zum anderen eine exklusive Gemeinschaft, gemäß der „Festung Europa“, die geografische und kulturelle Grenzen setzt. Dabei sind *Outsider* der Gemeinschaft *nicht* europäisch (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 37 f.). Für beide Szenarien lassen sich empirische Belege finden: Die inklusive Identität der EU spiegelt sich wider in den Aussagen der Kommission, dass die EU für alle offen stünde, die sich den gemeinsamen Werten der Union verschreiben und in den Vorstellungen einer zivilen und normativen, nicht militärischen Macht Europas, die auf Werten basieren. Dieses „*comittment to superior values*“ kann auch als Abgrenzung von anderen, insbesondere den USA gelesen werden (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 41-43). Die exklusive Identität der Union spiegelt sich wider in Bereichen, die der

EU den Beinamen als „Festung Europa“ eingetragen haben: Ein gestärkter, exklusiver Markt und eine Auswahl derer, die diesem exklusiven Club beitreten dürfen – damit sind Individuen in der restriktiven Asyl- und Migrationspolitik oder auch Staaten in den Beitrittsprozessen gemeint (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 46 f.). Einige dieser Praktiken widersprechen sich auch, wie etwa die Entwicklungshilfe und das Ziel der Wahrung der Menschenrechte im Gegensatz zu protektionistischen Handelspolitiken. Schlussendlich kann aber von einer Mischung, einer hybriden Identität der EU gesprochen werden, deren exklusive Identität allerdings die meisten inklusiven Praktiken, mit Ausnahme der Erweiterungspolitik, unterminiert (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 47, 58 f.).

Die *World Values Survey* kommt in Anlehnung an Inglehart und Welzel (2010) zu dem Schluss, dass Europa auf einer kulturellen Karte der Welt entlang der Koordinaten „*Survival Values*“ und „*Self Expression Values*“ vs. „*Traditional Values*“ vs. „*Secular-Rational-Values*“ in vier verschiedene Kategorien eingeteilt werden kann: Ein protestantisches Europa mit nordwesteuropäischen Ländern sowie der Schweiz, ein Katholisches Europa mit mittel- und südeuropäischen Ländern, eine orthodoxe Kategorie mit Russland, den Balkan- und osteuropäischen Ländern sowie einer Englischsprachigen Kategorie, in der sich Großbritannien und Irland gemeinsam mit den USA, Kanada, Australien und Neuseeland befinden (vgl. *World Values Survey* 2012[77]). Basierend auf der Wertegemeinschaft, die im EU-Recht verankert ist, erstellt Gerhards ein Gesellschaftsskript mit Werten wie Familie, Religion, Demokratie usw. und testet die Zustimmung zu diesem in den einzelnen Ländern. Er kommt zu dem Schluss, dass es eine Abstufung zwischen den „alten“ und den „neuen“ Mitgliedsstaaten, sowie eine weitere Abstufung von Rumänien und Bulgarien gibt und eine durch die Bank abweichende Türkei (vgl. Gerhards 2005: 250-255). Zurückzuführen sei dies aber auf ökonomische Modernisierungsunterschiede, die direkt mit Wohlstand, Bildung und Werten zusammenhängen würden. Es kann also behauptet werden, dass die Türkei kulturell nicht zur EU passt, da es sich um eine Momentaufnahme handelt, aber durch Modernisierung ist durchaus eine Nivellierung möglich, wie etwa die DDR oder Spanien gezeigt haben (vgl. Gerhards 2005: 260/ 266 f./272). Dies bedeutet aber auch, dass sich die Werte der aktuellen EU-Mitgliedsstaaten sehr ähnlich sind, also durchaus ein gemeinsames Fundament vorhanden ist.

[77] http://www.worldvaluessurvey.org/wvs/articles/folder_published/article_base_54

5.4.1 Binnendefinition und Homogenisierungsprozesse nach innen – „Wer sind wir?“

Für die Abgrenzung zwischen „uns“ und „denen“ sind die Wahrnehmungen angenommener oder tatsächlicher „kostbarer“ Gemeinsamkeiten von großer Bedeutung (vgl. Kaina 2009: 84). Ein genaues Selbstbild der europäischen Bürger anzunehmen, wäre wohl utopisch, 2006 wusste die Mehrheit der Unionsbürger nicht einmal, wie viele Länder Mitglied in der EU sind (vgl. Spezial Eurobarometer 2006b: 3). Bezüglich einer Vorstellung davon, welche Werte die Europäische Union verkörpert, gibt es aber eindeutige Tendenzen. Die häufigsten Nennungen auf diese Frage waren 2006 Menschenrechte, Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft (vgl. Spezial Eurobarometer 2006b: 24). Wenn es um allgemeine Assoziationen geht, denken die Menschen zuerst an „*unity, community of states, equality, common desicions and rules, legislation*“ (vgl. Spezial Eurobarometer 2012: 59). Auch der Binnenmarkt im Sinne von „in der EU frei reisen/studieren/arbeiten zu können“ und der Euro werden oft genannt, in offenen Fragemethoden jedoch, ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten, gibt es deutlich weniger gemeinsame Assoziationen mit der EU (vgl. Kaina 2009: 106 f.). Kaina ist der Meinung, dass Europäer von einem kollektiven Selbstbild auf Basis gemeinsamer Wahrnehmungen weit entfernt sind und die Inhalte, die mit der Union verbunden werden, und auch ihr Ruf sind sehr unterschiedlich (vgl. Kaina 2009: 112). Nur ein Teil dieser Einschätzungen ist positiv – negative Assoziationen aber stehen einer erfolgreichen Identifikation im Weg, denn wer identifiziert sich freiwillig mit etwas Negativem? Doch auch wenn ein positiver Zusammenhang zwischen einem guten EU-Image und einer Bindung an die Gemeinschaft besteht, gilt dies nicht kausal und automatisch für jedes Land. Aufgrund von Kontexteffekten gesellschaftlicher Unterschiede treten nämlich auch Unterschiede wie etwa in Zypern auf, wo ein positives EU-Image besteht, aber die Bindung an die Union niedrig ist (vgl. Kaina 2009: 115/ 117).

Demarkationslinien nach außen gibt es etwa anhand der Unionsbürgerschaft, des Euros, des Schengenraumes, gemeinsamer Erinnerungen, gemeinsamer Werte und Symbole. Aber auch nach innen bestehen zahlreiche Abgrenzungsmöglichkeiten durch sozioökonomische, politische, kulturelle, religiöse, sprachliche, wirtschaftliche oder ethische Unterschiede (vgl. Kaina 2009: 124). Die Einstellungen zu möglichen Beitrittskandidaten könnten hier aufschlussreich sein, weil so zumindest abgelesen werden kann, ob es eine gemeinsame Haltung in der Frage gibt, wer „dazu“ gehört. In den Einstellungen zur Erweiterung über den Zeitraum 2001 bis 2005 zeigt sich, dass es hierbei einerseits starke Unterschiede zwischen den „alten“ EU-Ländern, also den sechs Gründerstaaten und den neuen mittel-

und osteuropäischen Mitgliedsländern gibt. Während sich erstere hauptsächlich für eine begrenzte Aufnahme und zunehmend für keine Erweiterung aussprechen, stehen letztere der Aufnahme von beitrittswilligen Kandidaten deutlich positiver gegenüber. Andererseits kann aber im europäischen Durchschnitt klar ein Wunsch zu Begrenzung erkannt werden[78] (vgl. Kaina 2009: 129). Welche europäischen Länder würden von den Bewohnern der Europäischen Union als Neumitglieder akzeptiert? Norwegen und die Schweiz weisen seit den 90er Jahren eine wachsende Akzeptanz von 77% (Zahlen von 2005) auf, während auch Island mit Aufwärtstrend bei fast 70% steht. Vor der EU-Osterweiterung brachte eine Bevölkerungsmehrheit nur Malta und Ungarn Zustimmung entgegen, nach dem Beitritt der neuen Kandidaten sind diese durchwegs positiver gegenüber Neukandidaten eingestellt. Bei fast allen Ländern ist außerdem eine leichte Tendenz nach oben, also eine Zunahme der Akzeptanz, über einen Zehn-Jahres-Zeitraum sichtbar (vgl. Kaina 2009: 134 f.), mit Ausnahme der Türkei, die auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten die geringste Zustimmungsrate aufweist (vgl. Spezial Eurobarometer 2006a: 69-71).

Offenbar gibt es also klare Unterschiede in der Zustimmung für potenzielle Neumitglieder. Die Frage ist allerdings, aufgrund welcher Kriterien? Oft geht es mehr um nationale Loyalitäten und Angst vor Identitätsverlust oder wachsenden Zahlungsverpflichtungen als um den Gedanken, was das Beste für die Union wäre (vgl. Kaina 2009: 132). Auch variieren die Begründungen für diese Unterschiede erheblich – ergo gibt es keine homogene Vorstellung, wo die Grenzen der EU festgelegt werden sollten, welche Länder also Gleiche sind und welche nicht. Was sind nun die Kriterien für *Ingroup* und *Outgroup*? Fast allen ist Protektionismus, also die ökonomische Entwicklung neuer Mitgliedsstaaten, wichtiger als gemeinsame Politik und Wertvorstellungen (mit Ausnahme von Schweden und Dänemark) – dieses Interesse von Ressourcenschutz kann allerdings nicht eindeutig der EU oder den Nationalstaaten zugeordnet werden (vgl. Kaina 2009: 141 f.). Obwohl Norwegen, die Schweiz und Island sehr hohe Zustimmungsraten haben und somit vermuten lassen, dass es eine Einigkeit gibt, wer zu „uns“ gehört, ist dies nach Ansicht Kainas wertlos, wenn nicht auch Exklusionsstrategien und Begründungen existieren (vgl. Kaina 2009: 136 f.). Hier stechen insbesondere Albanien und die Türkei hervor, die durchwegs niedrige Akzeptanzraten finden. Allerdings wird auch sichtbar, dass die EU-Gründerstaaten eher gegen neue osteuropäische Staaten sind, während alle Mitgliedsstaaten sich für die westeuropäischen potenziellen Kandidaten erwärmen lassen –

[78] Unter Begrenzung wird im Sinne der Antwortmöglichkeiten ein Wunsch verstanden, nur einige Länder der EU beitreten zu lassen oder überhaupt keine Erweiterung zuzulassen.

es besteht hier also eine unterschiedliche Begründung für „uns“ und die „anderen“ in den Ländergruppen (vgl. Kaina 2009: 139).

Es kann davon ausgegangen werden, dass es ansatzweise eine Vorstellung der EU-Bürger und Bürgerinnen gibt, was Andere von „uns“ in der EU unterscheidet. Außerdem scheint auch ein Teil der Bürger „die Idee von der Europäischen Union als einer Wertegemeinschaft verinnerlicht zu haben und daraus auch Begründungen für Differenzbildungs- und Abgrenzungsstrategien von Anderen abzuleiten“ (Kaina 2009: 145). Diese Werte sind etwa Demokratie, Menschenrechte, Umweltschutz und Sicherheit vor organisierter Kriminalität und Drogenkonsum – diese kann durchaus als „kostbare“ Gemeinsamkeiten angesehen werden. Der universalistische Charakter der EU macht es allerdings schwierig, sich in diesen Werten abzugrenzen, da es auch außerhalb Europas Länder gibt, die ähnliche Werte vertreten (vgl. Kaina 2009: 45). Der Mangel an exklusiven Gemeinsamkeiten ist nicht förderlich für eine kollektive europäische Identität, aber in Studien wie der *World Values Survey* (2012) oder anderen Studien (vgl. Gerhards 2005: 255) lässt sich eine große gemeinsame Wertebasis der Europäer ablesen, über die gegenseitige Wahrnehmung und Zuschreibung dieser Werte sagt dies allerdings nichts aus (vgl. Kaina 2009: 146).

Insbesondere abträglich sind dabei Statusunterschiede zwischen Mitgliedern einer Gruppe, die für Vorurteile und Diskriminierung Nährboden bieten und der gegenseitigen Akzeptanz abträglich sind. Ökonomische Unterschiede erzeugen dadurch z.B. Angst vor Wohlstandsverlust (vgl. Kaina 2009: 125). Mit Blick auf Daten des *Human Development Index*, der das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf oder die Arbeitsproduktivität[79] erhebt, lassen sich tatsächlich klare Unterschiede und ein Gefälle Richtung neuer Mitgliedsstaaten, insbesondere Rumänien und Bulgarien, erkennen (vgl. Kaina 2009: 126 f.). Es besteht sogar die Gefahr, Mitglieder erster, zweiter und dritter Klasse anhand von Verteilungskonflikten um Netto-Zahler und Netto-Empfängern bzw. alte und neue Mitgliedsstaaten zu generieren (vgl. Kaina 2009: 125). Mit Blick auf die Eurokrise, die sich zentral im Gegensatz zwischen Geldgeber Deutschland und Hilfsempfänger Griechenland widerspiegelt, könnte dies traurige Realität werden. Zumindest aber sind in den jeweiligen Bevölkerungen zunehmende Ressentiments gegen den jeweils anderen unübersehbar. Gefühle der Überlegenheit oder Unterlegenheit sind allerdings fatal für die

[79] Zahlen von 2004 und 2006. Auch aktuell zeigt sich, dass offenbar ein Unterschied vorhanden ist – auf der Homepage des HDI werden nur Daten mittel- und osteuropäischer Länder zur Verfügung gestellt, „Westeuropa“ ist nicht in der Database vorhanden (vgl. Human Development Reports 2013, unter http://hdr.undp.org/en/reports/)

Bildung einer kollektiven Identität, weil keine Wahrnehmung als Gleiche mehr möglich wird (vgl. Kaina 2009: 125), in Hinsicht auf Zusammengehörigkeitsgefühl stehen die Zeichen also auf Krisenverschärfung. Es besteht hier das Problem, dass sich im europäischen Kontext anhand des Fehlens eines klaren „Anderen" außerhalb der EU, diese „Anderen" innerhalb der EU gesucht werden, oder auch nationalstaatliche Identitäten sich wieder verstärken, die sich von anderen Nationen abgrenzen möchten. Im Hinblick auf Länder wie Norwegen und die Schweiz stellt es sicherlich auch ein Problem dar, dass Gruppen, die in der Wahrnehmung der EU-Bürger sehr ähnlich sind, nicht der *Ingroup* angehören – möglicherweise auch ein Grund dafür, der EU weniger Bedeutung beizumessen.

5.4.2 Außenabgrenzung und Differenzbildung – „Wer sind die Anderen?"

„Differenz bleibt wichtig, wenn man Identität haben will, die man braucht, um handlungsfähig zu sein. Der Vergleich mit anderen ist unabdingbar, wenn man sich selbst verstehen und Selbstbewusstsein haben will. Die Abgrenzung nach außen bleibt nach allen historischen Erfahrungen eine wichtige Quelle der Kohärenz jeder Person, jeder Gruppe, jedes Gemeinwesens. Deshalb sind Grenzen so wichtig. Auch Verflechtung … setzt Grenzen voraus. Das gilt auch für Europa heute. Aber mit wem soll es sich vergleichen, von wem absetzen?" (Kocka 2005: 280). Es gibt verschiedene Mechanismen, um „die Anderen" zu identifizieren, Meinhof stößt in ihren Untersuchungen etwa auf einen Unterschied zwischen älteren Menschen, die zwischen „Freund" und „Feind" unterscheiden, während Jüngere sich hauptsächlich aufgrund von negativen Zuschreibungen abgrenzen. Hauptmechanismen bleiben neben Indifferenz und seltener positiver Einstellungen aber Angst und Antipathie in unterschiedlichen Ausprägungen, wie z.B. Abneigung einer allgemeinen Situation bis hin zu Ablehnung einer bestimmten Art von Verhalten oder Aussehen der Anderen (vgl. Meinhof 2004: 226, 230-239). Meinhof identifiziert in ihren Untersuchungen gemeinsame *Out-grouping*-Strategien wie Angst, Ablehnung oder Abscheu. Interessant ist dabei aber, dass die gleichen Argumente verwendet werden, um sich als Westdeutscher von Ostdeutschland abzugrenzen wie von Ostdeutschen, die sich als Deutsche sehen, von Polen (vgl. Meinhof 2004: 239). Ausgrenzungsstrategien sind also per se sehr subjektiv und individuell geprägt.

Europäische Grenzen sind auch im Hinblick auf Inklusions- und Exklusionsprozesse schwer für Menschen greifbar. Kocka identifiziert drei Punkte der Grenzziehung, die

aktuelle Relevanz besitzen: Erstens eine Abgrenzung von der eigenen Vergangenheit, vom Totalitarismus, zweitens von der Islamischen Welt und drittens von Amerika. Und zwar insbesondere, weil die beiden letzteren Europa so nahe und ähnlich sind. Trotz Überschneidungen und Mischzonen, wie etwa der Türkei, gäbe es aber eine unübersehbare Differenz zwischen Europa und der islamischen Welt (vgl. Kocka 2005: 281 f.). Unterscheidungen ergeben sich auch entlang einer NATO-Linie, in der beispielsweise Großbritannien oder Polen den USA näher sein können als der EU, und einer UN-Linie – also zwischen Staaten, die „nur" Mitglieder der UN oder auch der NATO sind (vgl. Meinhof 2004: 214). In den Beitrittsverhandlungen sehr interessant sind die gegensätzlichen Behandlungen der Länder Marokko, Türkei und Ukraine: Marokko ist offenbar ohne Diskussion nicht-europäisch, der Ukraine wird keine Beitrittsperspektive zugestanden und an der Türkei scheiden sich die Geister. Auch in den Rhetorik lassen sich eklatante Unterschiede feststellen: Bei den Ländern in Mittel- und Osteuropa wurde der Diskurs von einer „Rückkehr" nach Europa geleitet, während der Diskurs der Türkei von einer strategischen Partnerschaft spricht (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 144). Generell betreibt die EU durch Erweiterungen, Beitrittsverhandlungen oder Nachbarschaftspolitik (besonders ENP) „*active othering*" (vgl. Bretherton/ Vogler 2006: 55).

Anhand der bisherigen Ausführungen lassen sich mehrere wesentliche Spaltungslinien im Inneren Europas feststellen: Ost und West, Zentrum und Peripherie aber auch Nationalstaaten und Europäische Union. Nach außen hin gibt es nun verschiedene Möglichkeiten der Kategorisierung. Krause etwa identifiziert vier verschiedene „Andere Europas": Die Anderen im Westen, also die „egozentrische Supermacht" USA; die Armut im Süden, also in Afrika; den Archaismus und die Instabilität des Ostens; sowie den Islam in der Türkei, im Nahen Osten und auch als innere Differenz in Europa (Krause 2008: 202). Nach außen hin scheint die historische Abgrenzung Christentum vs. Islam aber an Bedeutung verloren zu haben, da sich die meisten Europäer selbst nicht mehr als christliche Einheit wahrnehmen, obwohl sich natürlich in der ambivalenten Haltung zur Türkei noch Konfliktpotenzial widerspiegelt. Ängste vor Fundamentalismus, Islamismus und Überfremdung werden in diesem Zusammenhang besonders seit dem 11. September 2001 diskursiv konstruiert (vgl. Krause 2008: 213). Auch der Ferne Osten, etwa China, bietet Potenzial, da die Differenz zum asiatischen Modell der Modernisierung und der Entwicklung sich jedenfalls stark in Werten und politischen Ideen von der EU unterscheidet (vgl. Dinan 2010: 512). Als ein Inbegriff des östlichen Anderen als despotisch, chaotisch und instabil kann auch Russland angesehen werden, die Ukraine kommt dem zumindest nahe (vgl. Krause 2008: 205/207). Die Abgrenzung zu Afrika

basiert hauptsächlich auf einem binären Schema: Zivilisation und Unterentwicklung, Reichtum und Armut, Weiß und Schwarz, Krieg und Frieden. Dabei werden Afrikaner oft als Bedrohung des eigenen Wohlstandes wahrgenommen, etwa in Bezug auf Flüchtlingsboote vor der Küste der Union (vgl. Krause 2008: 204 f.).

Große Relevanz wird aktuell der Abgrenzung von den USA zugeschrieben. Die Unterscheidung zu den USA stuft Kocka als gewichtig ein, weil in den grundsätzlichen Werten zwar Übereinstimmung besteht und somit nicht von einem Gegenmodell gesprochen werden kann, aber Erfahrungen, Realitäten und Einstellungen, etwa zum Sozialstaat, Markt und Freiheit, doch zentrale Unterscheidungsmerkmale bieten (vgl. Kocka 2005: 281 f.). Auch im Verfassungsentwurf war der Unterschied deutlich erkennbar – die Betonung der Grundrechte und der fehlende Bezug auf Gott grenzen sich sehr stark von den Vereinigten Staaten ab (vgl. Rifkin 2004: 229, Von Bogdandy 2005: 355). Dem kann aber die Warnung hinzugefügt werden, dass dies auch zu einer internen Spaltung Europas beitragen könnte, ebenso wie zu einer Schwächung der internationalen Stabilität, wenn die gemeinsame westliche Welt nicht mehr als solche wahrgenommen wird (von Bogdandy 2005: 355). Doch insbesondere tragen dazu auch die USA selbst bei, nachdem die US-amerikanischen Einstellungen und *Policies* besonders im Kalten Krieg für eine EU Integration eingetreten sind, wird nach 1989 und auch nach 9/11 sichtbar, dass die beiden auseinanderdriften, in den USA sogar zeitweise die Angst vorherrschte, Europa könnte zu stark werden. Trotz dessen, dass die USA nach wie vor *Pro-Enlargement* sind, werden auch Versuche sichtbar, das „Alte“ und das „Neue“ Europa gegeneinander auszuspielen, z.B. durch die NATO. Seit Präsident Obama scheint das Verhältnis aber wieder entspannter zu sein, vereint etwa unter dem „gemeinsamen Kampf“ gegen Fundamentalismus (vgl. Serfaty 2004: 135/ 140, Dinan 2010: 567 f.). Eine Spaltung zwischen sozialen und politischen Anschauungen ist aber trotz eines intakten Verhältnisses zu sehen (vgl. Dinan 2010: 586). Auch Rifkin erkennt klare normative Abgrenzungen zwischen der EU und den USA: Der Europäische Traum sei auf die Allgemeinheit, auf globales Bewusstsein, Gemeinschaft, Vielfalt, Menschenrechte, Natur und Lebensqualität ausgerichtet, während in den USA das Wohl des Einzelnen und Reichtum an erster Stelle stehen. Er geht sogar so weit, von der Amerikanischen Konsumkultur als Todeskultur und einem dem moralisch überlegenen Europa zu sprechen (vgl. Rifkin 2004: 8/ 403-407). Interessanterweise war eine Begründung Frankreichs, warum gegen den ersten Beitrittsantrag von Großbritannien in den 1960er Jahren gestimmt wurde, dass das Land den USA zu nahe stehen würde (vgl. Cameron 2004: 3). Krause postuliert außerdem, dass diese Abgrenzung eines moralisch überlegenen Europas gegenüber einem egoistischen,

kriegslüsternen Amerika auch diskursiv konstruiert wird und ein geeintes Europa langfristig besonders durch die Bush-Administration gefördert wurde (vgl. Krause 2008: 203 f.).

Doch ob die USA, Russland, Afrika oder der Islam zu diesem Zeitpunkt ausreichendes Potenzial als *Outgroup* bieten, die die europäische kollektive Identität stärken kann, ist fragwürdig. Zu tief scheinen nach wie vor innereuropäische Spaltungslinien. Die Spaltung in Ost und West in den Köpfen vieler Unionsbürger zeigt sich etwa in der Angst vor Jobverlust und stärkt „*us, Europeans*" vs. „*them, non-Europeans*" – meist sind damit aber Menschen aus den osteuropäischen Staaten gemeint. „*The fear of massive westward flows of migrants after EU enlargement … demonstrates that, within society, there exists a continuous desire for opposing the normal to the deviant and the self to the Other*" (van Houtum/ Pijpers 2006: 55). In der Aufklärung haben Philosophen, unter der Leitung von Voltaire, nach der bisherigen Abtrennung von Uns und den Anderen in Süden und Norden (Römisches Reich vs. Barbaren) die Trennung in West- und Osteuropa erfunden[80], dabei aber eine Zwischenposition geschaffen: „*The construction of Eastern Europe was a paradox of simultaneous inclusion and exclusion: Europe, but, at the same time, not Europe*" (Stråth 2002: 393). Ein Zeugnis dafür liefert auch der „*Cordon Sanitaire*", der nach dem ersten Weltkrieg als Sicherheitsgürtel aus unabhängigen Staaten auf Drängen von Frankreich zwischen der Weimarer Republik und der Sowjetunion eingerichtet wurde. Die mittel- und osteuropäischen Staaten spielten dabei ein Isolationsgebiet (vgl. Stråth 2002: 393 f.). In der Gründung der Union war die Trennung in Ost- und Westeuropa ein konstitutives Merkmal und kann als „*most traumatic*" und „*most guarded borderline of the 20th century*" angesehen werden (vgl. Meinhof 2004: 214, Laffan 2004: 78 f.). Auch die innereuropäische Spaltungslinie in Nord und Süd, Zentrum und Peripherie, oder im EU-Jargon auch Geber- und Empfängerländer, birgt entlang ökonomischer Unterschiede zumindest seit Ausbruch der Eurokrise eine zunehmende Gefahr mentaler Abgrenzung. Durch die Eurokrise gibt es Gewinner und Verlierer: In Deutschland geht das Leben fast so weiter wie bisher, während in Spanien die Hälfte aller jungen Menschen keinen Job hat und in Griechenland immer mehr Menschen obdachlos sind, sich keine Medikamente oder Essen mehr leisten können (Vgl. Ash 2012: 11). „*There is a new dividing line across Europe, not between east and west but between north and south. Now, and probably for years to come, it will be a very divergent experience to be a young German or a young Spaniard, a young Pole or a young Greek* (Ash 2012: 11).

[80] Ebenfalls erwähnenswert ist, dass viele von denen die über Osteuropa schrieben, selber nie dort gewesen sind (vgl. Stråth 2002: 393).

Trotz dem Angebot “der Anderen” etwa durch die USA und anderen außereuropäischen Staaten, scheinen also die Spaltungslinien innerhalb Europas selbst momentan zu tief zu sein, um von einer für fundierte kollektive Identitätsbildung klar sichtbaren *Outgroups* und *Ingroups* zu sprechen.

6. Conclusio

Die Frage, welchen Einfluss die ungelöste Finalitätsfrage auf die Bildung einer europäischen kollektiven Identität hat, kann nicht mit einem Satz und unumstößlicher Determiniertheit beantwortet werden. Aber im Laufe der vorliegenden Masterarbeit ist ein Stimmungsbild entstanden, das Antwortmöglichkeiten anbietet.

Dass sie in Ansätzen vorhanden ist, kann nicht bestritten werden – wie stark die europäische kollektive Identität aber tatsächlich ausgeprägt ist, kann aufgrund ihrer Fragilität höchstwahrscheinlich auch mithilfe zahlreicher Untersuchungen nicht haargenau bestimmt werden. In theoretischer Hinsicht ist es für die Stärkung jeder Identität ohne Zweifel von großer Wichtigkeit, eine abgeschlossene Entität mit erkennbarer *Ingroup* und *Outgroup* wahrzunehmen. Einer Finalität der EU stehen aber nicht nur die starke Rolle der Nationalstaaten und ihre historisch sehr unterschiedlich verlaufene Entwicklung, sowie ihre Dominanz in der Krise, sondern auch tiefe Spaltungslinien innerhalb dieser Gemeinschaft entgegen. Die EU verfolgt mit ihren *Identity Building*-Maßnahmen durchaus relevante Ansätze, insbesondere durch die Nachbarschaftspolitik und die Beitrittsperspektive der Balkanstaaten wird schon ein konkreteres Bild von Grenzen geschaffen, an dem sich die Menschen orientieren könnten. Die Außen- und Konditionalitätspolitik der EU lässt auch einen deutlichen Trend erkennen, wer *Ingroup* und wer *Outgroup* ist: Die Mittel- und Osteuropäischen Staaten werden als Heimkehrer und Europa als gemeinsame Identität verstanden, während durch die ENP gezeigt wird, dass ex-sowjetischen Ländern wie Moldawien und der Ukraine keine Beitrittsperspektive angeboten wird (vgl. Karolewski 2011: 951). Auch am Balkan ist die Lage klar – das Ziel ist eine Integration aller ex-jugoslawischen Staaten. Das größte, weil unklarste, Problem in der Erweiterungs- und Abgrenzungspolitik ist die Türkei.

Auch darf man nicht vergessen, dass „*strong Othering*“ kontextabhängig ist, und da es keine fixe Beschreibung dessen gibt, was Europa ist, gibt es auch keine fixen europäischen „Anderen“ (vgl. Risse 2004: 258). Die EU betreibt zwar aktives *Othering* und eine Art von Grenzpolitik, nur für die Bürger und den Einzelnen ist dies nicht erfahrbar. Insbesondere in der Krisendiskussion hat die leichtfertige Rhetorik, bezüglich der Möglichkeit eines Ausschlusses von Schuldenländern an der Peripherie Europas, gezeigt, dass ein verstärktes Zusammengehörigkeitsgefühl bitter nötig ist, um zukunftsträchtig zu bleiben, denn eines kann gewiss auch ohne empirische Untermauerung über die EU gesagt werden: Dies wird nicht die letzte Krise gewesen sein.

„Politische Identitätsbildung bedarf … klarer Konturen der Identifikationsobjekte“ (Westle 2003: 474). Es sollte daher das Ziel der Europäischen Union sein, den Widerspruch der Notwendigkeit von Abgrenzung gegenüber der Werte eines offenen, toleranten Europas aufzuheben – denn Abgrenzung bedeutet nicht Ausgrenzung. Griller etwa wirft ein, dass auch ein Übergang zwischen Staatenbund und Bundesstaat ein Dauerzustand sein könnte und nicht per se eine Unvollkommenheit darstellt (vgl. Griller 2005: 264). Dabei geht es in der EU also nicht darum, eine adäquate juristische und politikwissenschaftliche Charakterisierung der EU zu finden, sondern eine gemeinsame Vision zwischen der EU und ihren Bürgern und Bürgerinnen zu teilen. Bevor überhaupt wieder an eine Erweiterung gedacht werden sollte, wünschten sich die Unionsbürger und –Bürgerinnen bereits 2007 an erster Stelle, dass es ein „*Clear political project for Europe*“ geben sollte (vgl. Spezial Eurobarometer 2006a: 72). Es wird nicht zielführend sein, die EU punktgenau vorauszuplanen, um die rastlosen Versuche der Wissenschaftler, der EU ein Namensschild umzuhängen, endlich zu befriedigen. Aber es muss ein dringendes und ein wichtiges Ziel sein, den Bürgern eine klare europäische Zukunftsvision zu vermitteln, in der sich Details noch verändern können, aber in der auch klar ersichtlich wird, wer „Wir“ sind und wer die „Anderen“, welche Länder Teil der EU sein werden und welche als „Freunde“ außerhalb der Union betrachtet werden. Die Schritte dahin werden mit der ENP Politik durchaus begonnen, allerdings aus Angst vor einem Einflussverlust nicht klar genug an die Bevölkerung kommuniziert. Zur Herausbildung einer europäischen kollektiven Identität, im Sinne der europäischen Union, bedarf es ganz besonders viel Arbeit von Seiten der verantwortlichen Eliten, einen klaren Weg im Umgang mit der Türkei und auch eine Forcierung zivilisatorischer Beitritte statt strategischer Überlegungen.

Die Lösung der Finalitätsproblematik ist ein fundamentales Thema für die Zukunft der Union in mehrfacher Hinsicht. Denn wenn dieses einzigartige Projekt einer europäischen Einigung dauerhaft und gestärkt fortbestehen soll, funktioniert dies nur durch den Zusammenhalt der Bürger und Bürgerinnen, die hinter diesem Projekt stehen. Zu wissen, wohin die Reise gehen soll und wer mit im Boot der EU sitzt, genügt nicht – die Europäer und Europäerinnen müssen damit auch einverstanden sein. In der qualitativen Gruppendiskussionsstudie kommen auch die Forscher von Optem zu dem Schluss, dass Kritik an der EU und Europessimismus hauptsächlich von einem “*perceived lack of visible political ‘offer’*” kommt, und dass ein ganzheitliches Ziel sowie ein „*comprehensive political project that citizens would find attractive and stimulating*” im Sinne der Bürger und Bürgerinnen wäre (vgl. Eurobarometer Qualitative Study 2006).

7. Quellenverzeichnis

7.1 Literaturverzeichnis

Anderson, Benedict (1993): Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. Überarbeitet und erweitert. London/ New York: Verso.

Ash, Timothy Garton (2012): The Crisis of Europe: How the Union Came Together and Why It's Falling Apart. In: Foreign Affairs. Vol. 91, Nr. 5. S. 2-15.

Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika (2012): Theorien der europäischen Integration: ein Systematisierungsversuch. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: Springer Verlag. S. 9-34.

Breakwell, Glynis M. (2004): Identity Change in the Context of the Growing Influence of European Union Institutions. In: Herrmann, Richard K./ Risse, Thomas/ Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities. Becoming European in the EU. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. S. 25-39.

Bretherton, Charlotte/ Vogler, John (2006): The European Union as a Global Actor. London/ New York: Routledge.

Bruter, Michael (2003): Winning Hearts and Minds for Europe. The Impact of News and Symbols on Civic and Cultural European Identity. In: CPS Comparative Political Studies, Vol. 36, Nr. 10. S. 1148-1179.

Cameron, Fraser (2004): Widening and deepening. In: Cameron, Fraser (Hg.): The future of Europe. Integration and Enlargement. London/ New York: Routledge. S. 1-17.

Castano, Emanuele (2004): European Identity: A Social-Psychological Perspective. In: Herrmann, Richard K./ Risse, Thomas/ Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities. Becoming European in the EU. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. S. 40-58.

Cederman, Lars-Erik (2001): Nationalism and Bounded Integration: What it Would Take to Contruct a European Demos. European Journal of International Relations. Vol. 7, Nr. 2. S. 139-174.

Delors, Jacques (2004): Erinnerungen eines Europäers. Berlin: Parthas.

Diez Medrano, Juan (2010): Unpacking European Identity. In: Politique européenne. Vol., Nr. 30. S. 45-66.

Dinan, Desmond (2010): Ever Closer Union. An Introduction to European Integration. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Esser, Hartumut (2001): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 6: Sinn und Kultur. Frankfurt am Main: Campus.

Estel, Bernd (1997): Moderne Nationsverständnisse: Nation als Gemeinschaft. In: Hettlage, Robert/ Deger, Petra/ Wagner, Susanne (Hg.): Kollektive Identität in Krisen. Ethnizität in Religion, Nation, Europa. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 73-85.

Feichtinger, Johannes (2007): Europa, quo vadis? Zur Erfindung eines Kontinents zwischen transnationalen Anspruch und nationaler Wirklichkeit. In: Csáky, Moritz/ Feichtinger, Johannes (Hg.): Europa – geeint durch Werte? Die europäische Wertedebatte auf dem Prüfstand der Geschichte. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 19-43.

Flora, Peter (1991): Introduction and Interpretation. In: Flora, Peter/ Kuhnle, Stein/ Urwin, Derek (Hg.): State Formation, Nation-Building, and Mass Politics in Europe. The Theory of Stein Rokkan. New York/ Oxford: Oxford University Press. S. 1-91.

François, Etienne (2008): Auf der Suche nach den europäischen Erinnerungsorten. In: König, Helmut/ Schmidt, Julia/ Sicking, Manfred (Hg.): Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 85-103.

Fuss, Daniel/ Grosser, Marita A. (2006): What Makes Young Europeans Feel European? Results from a Cross-Cultural Research Project. In: Karolewski, Ireneusz P. / Kaina, Viktoria (Hg.): European Identity. Theoretical Perspectives and Empirical Insights. Münster et al.: LIT Verlag. S. 209-241.

Gerhards, Jürgen [unter Mitarbeit von Michael Hölscher] (2005): Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Giddens, Anthony (2008): Acht Thesen zur Zukunft Europas. In: König, Helmut/ Schmidt, Julia/ Sicking, Manfred (Hg.): Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 39-69.

Gocaj, Ledina/ Meunier, Sophie (2013): Time Will Tell: The EFSF, the ESM and the Euro Crisis. In: Journal of European Integration. Vol. 35, Nr. 3. S. 239-253.

Greenfeld, Liah (1999): Is Nation Unavoidable? Is Nation unavoidable Today? In: Kriesi, Hanspeter/ Armingeon, Klaus/ Siegrist, Hannes/ Wimmer, Andreas (Hg.): Nation and National Identity. The European Experience in Perspective. Chur, Zürich: Ruegger. S. 37-54.

Griller, Stefan (2005): Die Europäische Union. Ein staatsrechtliches Monstrum? In: Schuppert, Gunnar Folke/ Pernice, Ingolf/ Haltern, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 201-274.

Habermas, Jürgen (1995): Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? In: Habermas, Jürgen: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 6. Auflage. S. 92-126.

Haller, Max (1999): Voiceless Submission or Deliberate Choice? European Integration and the Relation between National and European Identity. In: Kriesi, Hanspeter/ Armingeon, Klaus/ Siegrist, Hannes/ Wimmer, Andreas (Hg.): Nation and National Identity. The European Experience in Perspective. Chur, Zürich: Ruegger. S. 263-291.

Harrie, Gerd (2006): European identity – implications from the social theory of Norbert Elias. In: Karolewski, Ireneusz Pawel/ Kaina, Viktoria (Hg.): European Identity. Theoretical Perspectives and Empirical Insights. Berlin: LIT Verlag. S. 59-90.

Harris, Geoffrey (2004): The Wider Europe. In: Cameron, Fraser (Hg.): The future of Europe. Integration and Enlargement. London/ New York: Routledge. S. 98-113.

Herrmann, Richard/ Brewer, Marilynn B. (2004): Identities and Instituions: Becoming European in the EU. In: Herrmann, Richard K./ Risse, Thomas/ Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities. Becoming European in the EU. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. S. 1-22.

Hettlage, Robert (1999): European Identity – Between Inclusion and Exclusion. In: Kriesi, Hanspeter/ Armingeon, Klaus/ Siegrist, Hannes/ Wimmer, Andreas (Hg.): Nation and National Identity. The European Experience in Perspective. Chur, Zürich: Ruegger. S. 243-262.

Hobesbawm, Eric (1962): Europäische Revolutionen. Zürich: Kindler Verlag.

Hroch, Miroslav (2005): Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Hummer, Waldemar (2009): Von der „Verstaatlichung der EU durch den Verfassungs-Vertrag (2004) zu ihrer „Entstaatlichung durch den Vertrag von Lissabon (2007) – Das Scheitern des „Verfassungs-Konzepts“. In: Hummer, Waldemar/ Obwexer, Walter (Hg.): Der Vertrag von Lissabon. Baden-Baden: Nomos. S. 19-68.

Kaelble, Hartmut (2005): Eine europäische Gesellschaft? In: Schuppert, Gunnar Folke/ Pernice, Ingolf/ Haltern, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 299-330.

Kaina, Viktoria/ Karolewski, Ireneusz Paweł (2009): EU governance and European identity. In: Living Reviews in European Governance. Vol. 4, Nr. 2. S. 5-41.

Kaina, Viktoria (2009): Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Karolewski, Ireneusz Pawel (2011): European Identity Making and Identity Transfer. In: Europe-Asia Studies. Vol. 63, Nr. 6. S. 935-955.

Kocka, Jürgen (2005): Die Grenzen Europas. Ein Essay aus historischer Perspektive. In: Schuppert, Gunnar Folke/ Pernice, Ingolf/ Haltern, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos. S.275-288.

Kocka, Jürgen (1995): Die Ambivalenz des Nationalstaates. Zur Zukunft einer europäischen Staatsform. In: Delgado, Mariano/ Lutz-Bachmann, Matthias (Hg.): Herausforderung Europa: Wege zu einer europäischen Identität. München: Beck. S. 28-50.

König, Helmut (2008): Statt einer Einleitung: Europas Gedächtnis. Sondierung in einem unübersichtlichen Gelände. In: König, Helmut/ Schmidt, Julia/ Sicking, Manfred (Hg.): Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 9-37.

Kohler, Manfred (2012): European Identity. Wien, Graz: Neuer Wissenschaftlicher Verlag.

Krause, Johannes (2009): Die Grenzen Europas. Von der Geburt des Territorialstaats zum Europäischen Grenzregime. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Kreis, Georg (2007): Müsste Europa demokratischer sein? In: Csáky, Moritz/ Feichtinger, Johannes (Hg.): Europa – geeint durch Werte? Die europäische Wertedebatte auf dem Prüfstand der Geschichte. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 61-74.

Kuhn, Theresa (2012): Why Educational Exchange Programmes miss their mark: cross-border mobility, education and European identity. In: Journal of Common Market Studies. Vol. 50, Nr. 6. S. 994-2010.

Laffan, Brigid (2004): The European Union and Its Institutions as „Identity Builders".In: Herrmann, Richard K./ Risse, Thomas/ Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities. Becoming European in the EU. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. S. 75-98.

Lang, Kai-Olaf/ Schwarzer, Daniela (2007): Argumente für eine neue Erweiterungsstrategie – die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU. In: Integration. 30. Jg., April. S. 117-128.

Liedtke, Rainer (2010): Geschichte Europas. Von 1815 bis zur Gegenwart. Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh.

Marhold, Hartmut (2001) (Hg.): Die neue Europadebatte. Leitbilder für das Europa der Zukunft. Bonn: Europa Union Verlag.

Meier, Christian (2002): Welches Europa für welche Bürger? In: Acham, Karl (Hg.): Europa – wohin? Zeitdiagnosen 1. Wien: Passagen Verlag. S. 19-36.

Meinhof, Ulrike Hanna (2004): Europe Viewed from Below: Agents, Victims, and the Threat of the Other. In: Herrmann, Richard K./ Risse, Thomas/ Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities. Becoming European in the EU. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. S. 214-246.

Meyer, Thomas (2009): Europäische Identität. In: Meyer, Thomas/ Eisenberg, Johanna (Hg.): Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 15-30.

Mrinska, Olga (2006): The Impact of EU Enlargement on the External and Internal Borders of the New Neighbours: The Case of Ukraine. In: Scott, James Wesely (Hg.): EU Enlargement, Region Building and Shifting Borders of Inclusion and Exclusion. Aldershot u.a.: Ashgate. S. 81-94.

Mummendey, Amélie/ Waldzus, Sven (2004): National Differences and European Plurality: Discrimination or Tolerance between European Countries. In: Herrmann, Richard K./ Risse, Thomas/ Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities. Becoming European in the EU. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. S. 59-74.

Münch, Richard (2008): Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft: zur Dialektik von transnationaler Integration und nationaler Desintegration. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Münkler, Herfried (1995): Die politische Idee Europa. In: Delgado, Mariano/ Lutz-Bachmann, Matthias (Hg.): Herausforderung Europa: Wege zu einer europäischen Identität. München: Beck. S. 9-27.

Nora, Pierre (1995): Das Abenteuer der *Lieux de mémoire*. In: François, Etienne/ Siegrist, Hannes/ Vogel, Jakob (Hg.): Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich 19. Und 20. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S. 83-92.

Oberwexer, Walter (2009): Aufbau, Systematik, Struktur und tragende Grundsätze des Vertrags von Lissabon. In: Hummer, Waldemar/ Obwexer, Walter (Hg.): Der Vertrag von Lissabon. Baden-Baden: Nomos. S. 95-122.

Occhionero, Marisa Ferrari (2006): Von der europäischen Idee zur europäischen Gesellschaft. In: Hettlage, Robert/ Müller, Hans-Peter (Hg.): Die europäische Gesellschaft. Konstanz: UVK. S. 25-40.

Ozkirimli, Umut (2012): ‚And People's Concerns Were Genuine: 'Why Didn't We Listen More?': Nationalism, Multiculturalism and Recognition in Europe. In: Journal of Contemporary European Studies. Vol. 20, Nr. 3. S. 307-321.

Pernice, Ingolf (2005): Zur Finalität Europas. In: Schuppert, Gunnar Folke/ Pernice, Ingolf/ Haltern, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 743-794.

Pollak, Johannes (2007): EUropäische Werte? In: Csáky, Moritz/ Feichtinger, Johannes (Hg.): Europa – geeint durch Werte? Die europäische Wertedebatte auf dem Prüfstand der Geschichte. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 89-101.

Preuß, Ulrich K. (2005): Europa als politische Gemeinschaft. In: Schuppert, Gunnar Folke/ Pernice, Ingolf/ Haltern, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 489-540.

Reinhard, Wolfgang (2002): Europäische Einigung aus historischer Sicht. In: Acham, Karl (Hg.): Europa – wohin? Zeitdiagnosen 1. Wien: Passagen Verlag. S. 41-49.

Reinhard, Wolfgang (1995): Der „Andere“ als Teil der europäischen Identität. Vom „Barbaren“ zum „edlen Wilden“. In: Delgado, Mariano/ Lutz-Bachmann, Matthias (Hg.): Herausforderung Europa: Wege zu einer europäischen Identität. München: Beck. S. 132-152.

Renan, Ernest (1995): Was ist eine Nation? Und andere politische Schriften. Wien, Bozen: Folio Verlag.

Rifkin, Jeremy (2004): Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.

Risse, Thomas (2004): European Institutions and Identity Change: What Have We Learned? In: Herrmann, Richard K./ Risse, Thomas/ Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities. Becoming European in the EU. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. S. 247-272.

Risse, Thomas (2003): The Euro between national and European identity. In: Journal of European Public Policy. Vol. 10, Nr. 4. S. 487-505.

Sassatelli, Monica (2002): Imagined Europe. The Shaping of a European Cultural Identity through EU Cultural Policy. In: European Journal of Social Theory. Vol. 5, Nr. 4. S. 435-451.

Scharpf, Fritz W. (2005): Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaates. In: Schuppert, Gunnar Folke/ Pernice, Ingolf/ Haltern, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 705-742.

Schieder, Theodor (1991): Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa. Herausgegeben von Otto Dann und Hans-Ulrich Wehler. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Schröder, Richard (2005): Europa – Was ist das? In: Schuppert, Gunnar Folke/ Pernice, Ingolf/ Haltern, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 289-298.

Schulze, Hagen (1994): Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München: C.H. Beck.

Scott, James Wesely (2006a): Wider Europe as a Backdrop. In: Scott, James Wesely (Hg.): EU Enlargement, Region Building and Shifting Borders of Inclusion and Exclusion. Aldershot u.a.: Ashgate. S. 3-14.

Scott, James Wesley (2006b): Wider Europe: Geopolitics of Inclusion and Exclusion at the EU's New External Boundaries. In: Scott, James Wesely (Hg.): EU Enlargement, Region Building and Shifting Borders of Inclusion and Exclusion. Aldershot u.a.: Ashgate. S. 17-34.

Serfaty, Simon (2004): The transatlantic dimension. In: Cameron, Fraser (Hg.): The future of Europe. Integration and Enlargement. London, New York: Routledge. S. 135-148.

Stahl, Bernhard (2010): Strategische und zivilisatorische Erweiterungen und die Folgen für die europäische Integration. In: Leiße, Olaf (Hg.): Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 42-59.

Stråth, Bo (2002): A European Identity: To the Historical Limits of a Concept. In: European Journal of Social Theory. Vol. 5. S. 387-401.

Tichy, Gunther (2002): EU-Osterweiterung: Übertriebene Ängste und übertriebene Hoffnungen. In: Acham, Karl (Hg.): Europa – wohin? Zeitdiagnosen 1. Wien: Passagen Verlag. S. 59-76.

Tinnefeld, Marie-Theres (2013): Europäische Integration vs. Nationalismus. In: Datenschutz und Datensicherheit. Nr. 7. S. 418-422.

Trenz, Hans-Jörg (2005): Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.

Van Houtum, Henk/ Pijpers, Roos (2006): The European Community as a Gated Community: Between Security and Selective Access. In: Scott, James Wesely (Hg.): EU Enlargement, Region Building and Shifting Borders of Inclusion and Exclusion. Aldershot u.a.: Ashgate. S. 53-62.

Von Bogdandy, Armin (2005): Europäische Verfassung und europäische Identität. In: Schuppert, Gunnar Folke/ Pernice, Ingolf/ Haltern, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 331-374.

Wehler, Hans-Ulrich (2008): Grenzen und Identität Europas bis zum 21. Jahrhundert. In: König, Helmut/ Schmidt, Julia/ Sicking, Manfred (Hg.): Europas Gedächtnis. Das neue

Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 121-131.

Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Westle, Bettina (2003): Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 44, Heft 4. S. 453-482.

Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat Parteien Öffentlichkeit. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.

Wodak, Ruth (2004): National and Transnational Identities: European and Other Identities Constructed in Interviews with EU Officials. In: Herrmann, Richard K./ Risse, Thomas/ Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities. Becoming European in the EU. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. S. 97-128.

Woolf, Stewart (1996) (Hg.): Nationalism in Europe 1815 to the present. New York, London: Routledge.

Zehnpfennig, Barbara (2002): Abschied von der Nation? Nationale Identität im Zeitalter der Globalisierung. In: Acham, Karl (Hg.): Europa – wohin? Zeitdiagnosen 1. Wien: Passagen Verlag. S. 139-152.

7.2 Internetquellenverzeichnis

Das Europa Museum (2013). In: http://www.expo-europe.be/index.php?lang=de (abgerufen am 25.9.2013)

Donnelly, Shawn (2013): Power Politics and Undersupply of Financial Stability in Europe. In: Review of International Political Economy. Published online Taylor & Francis/ Routledge.
In: DOI http://dx.doi.org/10.1080/09692290.2013.801021 (abgerufen am 25.9.2013)

EU Border Identities (o.J.).
In: http://www.borderidentities.soton.ac.uk/index_stat.htm (abgerufen am 25.9.2013)

Eurobarometer Qualitative Study (2006): The European Citizens and the Future of Europe. Qualitative Study in the 25 member states. Optem.
In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/quali/ql_futur_en.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Kommission (2013): Bürgerschaft Programm.
In: http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_de.php (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Kommission (2013): Das Programm ERASMUS – Studieren in Europa und mehr. In: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/erasmus_de.htm (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Kommission (2013): Der Euro. Wirtschaft und Finanzen. In: http://ec.europa.eu/economy_finance/euro/index_de.htm (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Kommission (2013): Erweiterung: Türkei.
In: http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/turkey/index_de.htm (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Kommission (2013): Voraussetzungen für die Mitgliedschaft. Erweiterungspolitik. In: http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/index_de.htm (abgerufen am 25.9.2013)

Europäisches Parlament (1973): Dokument über die europäische Identität. Kopenhagen. In: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Organe/ER/Pdf/Dokument_Identitaet.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

EU External Action (2013): European Neighbourhood Policy (ENP) Overview.
In: http://eeas.europa.eu/enp/ (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Union (2013): Eure Ideen können Europa verändern.
In: http://www.yourideasforeurope.eu/de (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Union (2013): Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013.
In: http://europa.eu/citizens-2013/de/home (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Union (2013): Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.
In: http://europa.eu/about-eu/countries/member-countries/index_de.htm (abgerufen am 25.9.2013)

Europäische Union (2013): Vertrag von Lissabon. Der Vertrag auf einen Blick. In: http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm (abgerufen am 25.9.2013)

Exlinea (o.J.). In: http://www.exlinea.comparative-research.net/ (abgerufen am 25.9.2013)

External Action Service (2013): Belarus. In: http://eeas.europa.eu/belarus/ (abgerufen am 25.9.2013)

Flash Eurobarometer (2007): Attitudes towards the EU in the United Kingdom. Analytical Report. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl203_en.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Flash Eurobarometer (2009): Views on European Union Enlargement. Analytical Report. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_257_en.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Gallup Balkan Monitor (2012): Insights and Perceptions: Voices of the Balkans. In: http://www.balkan-monitor.eu/index.php/dashboard (abgerufen am 25.9.2013)

Gallup Balkan Monitor (2010): 2010 Summary of Findings. In: http://www.balkan-monitor.eu/files/BalkanMonitor-2010_Summary_of_Findings.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Hummer, Waldemar (2012): Sanktionen der EU gegen Ungarn. Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission (Teil 3). EU-Infothek. In: http://www.eu-infothek.com/article/sanktionen-der-eu-gegen-ungarn-1 (abgerufen am 25.9.2013)

Leibfried, Stephan (2009): Ein Riesenzwerg, der vieles kann. Die Außenpolitik der Europäischen Union ist enorm erfolgreich. Die Zeit. In: http://www.zeit.de/2009/21/oped-Leibfried (abgerufen am 25.9.2013)

News in English (Views and News from Norway) (2011): EU support falls to new low. 1. November 2011. In: http://www.newsinenglish.no/2011/11/01/eu-support-falls-to-record-low-2/ (abgerufen am 25.9.2013)

Schäfers, Manfred/ Schubert, Christian/ Mussler, Werner (2011): „Merkozy“. Berlin und Paris übernehmen die Führung. FAZ Online. In: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/merkozy-berlin-und-paris-uebernehmen-die-fuehrung-11549225.html (abgerufen am 25.9.2013)

Spezial Eurobarometer 379 (2012): Future of Europe. Report. April 2012. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_379_en.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Spezial Eurobarometer (2006a): Attitudes towards European Union Enlargement. Juli 2006. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_255_en.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Spezial Eurobarometer (2006b): Die Europäische Union und ihre Nachbarn. Oktober 2006. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_259_de.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Spiegel Online (2007): Diaspora: Warum das Heim-Wahlrecht der Türken die Integration behindert. 28.3.2007. In: http://www.spiegel.de/politik/ausland/diaspora-warum-das-heim-wahlrecht-der-tuerken-die-integration-behindert-a-474170-2.html (abgerufen am 25.9.2013)

Standard Eurobarometer 79 (2013): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse. Frühjahr 2013. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_first_de.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Standard Eurobarometer 77 (2012): Die Europäische Bürgerschaft. Frühjahr 2012. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb77/eb77_citizen_de.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Standard Eurobarometer 77 (2012): Die Werte der EU-Bürger. Bericht. Frühjahr 2012. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb77/eb77_value_de.pdf (abgerufen am 25.9.2013)

Surowiecki, James (2012): The Fairness Trap. The New Yorker. 4. Juni 2012. In: http://www.newyorker.com/talk/financial/2012/06/04/120604ta_talk_surowiecki (abgerufen am 25.9. 2013)

Tages Anzeiger (2012): EU-Beitritt so unpopulär wie noch nie. 25. November 2012. In: http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/EUBeitritt-ist-so-unpopulaer-wie-noch-nie/story/28837548 (abgerufen am 25.9.2013)

The Nobel Peace Prize (2012): The Nobel Peace Prize for 2012.
In: http://nobelpeaceprize.org/en_GB/laureates/laureates-2012/announce-2012/ (abgerufen am 25.9.2013)

World Values Survey (2012): The WVS Cultural Map of the World.
In: http://www.worldvaluessurvey.org/wvs/articles/folder_published/article_base_54 (abgerufen am 25.9.2013)

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit dem Themenkomplex der kollektiven Identität in der EU, welche in zahlreicher Hinsicht vital für die Zukunft der Union erscheint, etwa im Hinblick auf Demokratie, Legitimität oder Solidarität. Bezüglich der Frage, was der Ausbildung einer solchen Identität auf europäischer Ebene entgegensteht, wird insbesondere auf das Paradox der ungelösten Finalitätsfrage Bezug genommen. Denn für die Festigung eines Gemeinschaftsgefühls ist eine konkrete Vision dieser Gemeinschaft und ihrer Mitglieder von immenser Bedeutung – Identität verlangt immer nach Alterität und braucht Abgrenzung bzw. einer Vorstellung von „den Anderen“. Die EU, mit ihren unscharfen Grenzen (Stichwort Schengen, Euro) oder den sich immer erweiternden Mitgliedsländern und Beitrittskandidaten, bietet aber genau diese Abgrenzung ihren Bürgern nicht an.

In dem Versuch, ein deskriptives sowie empirisches Bild der historischen und aktuellen Lage in Europa zu zeichnen, wird klar, dass einerseits die Dominanz der Nationalstaaten und andererseits die damit zusammenhängende unklare Linie in *Identity Building*-Ansätzen der EU der Festigung einer europäischen Identität im Wege stehen.

Eine gewisse Vorstellung wie die finale Union aussehen könnte, bzw. wer zur *Ingroup* und *Outgroup* gehört, bietet aber die Beschäftigung mit den Grenzen und Erweiterungskandidaten der EU: auch wenn die Grenzen Europas als soziale und politische Konstrukte angesehen werden können, so zeigt sich, dass doch so etwas wie eine Vorstellung davon existiert, wer zur dazu gehören sollte und wer nicht. Während etwa die Länder der ersten Osterweiterung als Heimkehrer bezeichnet wurden und Länder des Balkans eine klare Beitrittsperspektive besitzen, wird den osteuropäischen Ländern Moldawien, Weißrussland und der Ukraine nur eine verstärkte Partnerschaft angeboten. Die Türkei ist hierbei ein Beispiel an dem sich die Geister scheiden, und gerade deshalb sehr interessant für die vorliegende Arbeit.

Die möglichen Abgrenzungsangeboten nach außen wie etwa von den USA, der Islamischen Welt, dem Osten oder von Afrika bieten aber noch zu wenige starke Differenzierung an, so lange die Trennlinien *innerhalb* Europas zu tief sind und sich in der Krise weiter vertiefen. Zwar in Ansätzen vorhanden, darf also nicht zu viel Hoffnung in eine wachsende Identifikation mit der Europäischen Union gelegt werden.

Curriculum Vitae

Melanie Schörkhuber, Bakk.phil.

Ausbildung

2011 – 2013: Masterstudium der Politikwissenschaft mit Spezialisierung auf EU- und Europäisierung sowie Internationale Politik, Universität Wien

2009: Auslandssemester „*European Studies*“ an der *Haagse Hogeschool*, Den Haag, Niederlande

2007 – 2011: Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit freier Wahlfachkombination Politik, Italienisch und Kunstgeschichte, Universität Wien

2001 – 2006: Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe, Zweig Kultur- und Kongressmanagement, Steyr

Arbeitserfahrung

2012: Verwaltungspraktikum an der Österreichischen Botschaft in Rom, Italien

2011: Ehrenamtliche Mitarbeit als Erasmus-Buddy an der Universität Wien

2010 – 2011: Museumsaufsicht im „Bank Austria Kunstforum“, Wien

2008 – 2012: Messe-Assistentin für „AMA Marketing“, in Deutschland, Italien und Frankreich

2007 – 2008: Praktikum im „Tourismusbüro Steyr“, Steyr

2006 – 2007: Au-pair in Rom, Italien

Sprachkenntnisse

Deutsch: Muttersprache

Englisch: fließend

Italienisch: fließend

Französisch: gute Kenntnisse